8. Heft / 21. April 1910

HANS MÜLLER · DIE GENOSSENSCHAFTLICHE INTERNATIONALE

ZUM erstenmal wird in diesem Jahr der internationale Genossenschaftskongreß auf deutschem Boden tagen. Er wird der 8. in der Reihe der bisher abgehaltenen Kongresse dieser Art sein und vom *Internationalen Genossenschaftsbund* veranstaltet. In Deutschland ist diese Organisation, die 1895 in London gegründet wurde, noch nicht in weiteren Kreisen bekannt geworden, und selbst innerhalb der deutschen Genossenschaften hat man sich mit ihr noch nicht sehr viel beschäftigt. Dem Durchschnittszeitungsleser gar dürfte es gänzlich unbekannt sein, daß es auch eine genossenschaftliche Internationale gibt.

Der Grund hierfür ist wohl hauptsächlich in dem Umstand zu suchen, daß der *Internationale Genossenschaftsbund* seine Kongresse bisher nur in England, Frankreich, Holland, Ungarn und Italien abgehalten hat und auch erst seit kurzem die Protokolle darüber nicht nur in englischer und französischer sondern auch in deutscher Sprache herausgibt. Naturgemäß haben infolgedessen die am deutschen Genossenschaftswesen interessierten Kreise wenig von dieser internationalen Bewegung in der Genossenschaftswelt erfahren. Dazu kommt, daß sich bei den deutschen Genossenschaften selbst erst im Lauf der letzten Jahre ein lebhaftes und teilnehmendes Interesse an den Bestrebungen des *Internationalen Genossenschaftsbunds* geregt hat. Sie fanden dazu in früherer Zeit kein rechtes Verhältnis, und die Fragen, über die auf den ersten Bundeskongressen debattiert wurde, waren ebenfalls nicht dazu angetan den deutschen Genossenschaftern einen engern Anschluß an die genossenschaftliche Internationale erstrebenswert erscheinen zu lassen. Wenn sich das im Lauf des letzten Lustrums wesentlich geändert hat, wenn heute diese Internationale in Deutschland über 130 Mitglieder, darunter den *Zentralverband deutscher Konsumvereine*, dessen Unterverbände, die *Großeinkaufsgesellschaft deutscher*

Konsumvereine, den *Hauptverband der gewerblichen Genossenschaften,* die *Deutsche Gartenstadtgesellschaft* und zahlreiche größere Konsumvereine, zählt, so liegt der Grund dafür in den Umbildungen, die der Bund selbst wie auch das deutsche Genossenschaftswesen erfahren hat. In diesem Umbildungsprozeß liegt ein großes und interessantes Stück der Geschichte des europäischen Assoziationswesens und der darin um die Herrschaft ringenden Ideen beschlossen, so daß es sich für den Sozialpolitiker wohl verlohnt auf die Entwickelung der genossenschaftlichen Internationale einen Blick zu werfen.

Schon ihre Entstehungsgeschichte ist von ungewöhnlichem Reiz und reich an interessanten Momenten.

Als in der Mitte des 19. Jahrhunderts fast in allen westeuropäischen Ländern die Genossenschaftsbewegung erstmals, wenn auch noch mehrfach durch Stockungen unterbrochen, in Fluß kam, war sie eine Arbeiter- und Handwerkerbewegung. Die ersten Formen der Genossenschaft, die zur Ausbildung und Verbreitung gelangten, waren der Konsumverein, die Produktivassoziation und die Vorschußkasse. An ein Genossenschaftswesen der Beamten, der großen und mittleren Grundbesitzer, der gutsituierten Gewerbetreibenden und Kolonialwarenhändler, wie wir es heute besitzen, dachte noch niemand. Die Genossenschaft galt allgemein als eine Angelegenheit der kleinen Leute und sollte nach Ansicht der damaligen Genossenschaftstheoretiker für diese ungefähr das sein, was die Aktiengesellschaft für die Kapitalisten war. Der letzte Zweck der Genossenschaft war sozialpolitisch, sozialreformerisch gedacht: Es sollten mit ihrer Hilfe die kleinen selbständigen Handwerkerexistenzen gestützt werden, und den unselbständigen Arbeitern sollte damit der Aufstieg aus der Lohnknechtschaft zu für sich selbst arbeitenden Mitgliedern einer genossenschaftlich-gewerblichen Unternehmung ermöglicht werden. Kurz, man wollte mit dem Genossenschaftswesen die proletarisierenden Konsequenzen der kapitalistischen Wirtschaftsentwickelung bekämpfen und paralysieren. Insofern hatte auch die Genossenschaftstheorie eines Schulze-Delitzsch, eines V. A. Huber und anderer einen antikapitalistischen Kern. Ganz besonders deutlich trat dies aber bei den sogenannten *Rochdaler Pionieren* hervor, die sich bekanntlich die Aufgabe stellten durch Akkumulierung ihrer zunächst durch den Konsumverein möglich gemachten Ersparnisse das nötige Kapital zu beschaffen, mit dem sie sich dann selbst in eigenen Werkstätten, Fabriken beschäftigen, für ihre Kinder Schulen errichten und sonstige Bildungsstätten für Erwachsene ins Leben rufen könnten. Daß im Hintergrund dieses Projekts in nebelhaften Umrissen nochmals das Owensche Ideal der sozialistischen Landbau- und Industriekolonie, die *Community,* auftauchte, vermag nichts an der Tatsache der fundamentalen Übereinstimmung zu ändern, die zwischen der genossenschaftlichen Auffasung der damaligen englischen Arbeiter und der des *Vaters des deutschen Genossenschaftswesens* bestand. Auch Schulze-Delitzsch wollte den Konsumverein hauptsächlich als Mittel, um den Arbeitern zu ermöglichen Kapital anzusammeln, mit dem sie dann Produktivgenossenschaften gründen sollten. Zweifellos hätten sich also Schulze und die Rochdaler vortrefflich verstehen und eine völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten konstatieren können, wenn sie sich etwa um das Jahr 1860 herum über die *soziale Frage* zu unterhalten Gelegenheit gehabt hätten. Nicht umsonst wurde der Erfolg der Rochdaler Genossenschafter bis in die achtziger Jahre hinein von bürgerlich-libe-

ralen Sozialpolitikern in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien propagandistisch fruktifiziert. Eugen Richter hat ihnen Loblieder gesungen, und in Zeitschriften vom Rang der *Preußischen Jahrbücher* pries man begeistert ihre Tugenden, was sicher nicht der Fall gewesen wäre, wenn man, wie heute hinter jedem harmlosen Konsumverein, auch hinter dem ihrigen *sozialdemokratische Bestrebungen* gewittert hätte.

Im Unterschied von England verflüchtigte sich dann allerdings auf dem Kontinent die Begeisterung für die Konsumvereine und das Genossenschaftswesen der Arbeiter überhaupt in dem Maß als diese mit den Prinzipien der Rochdaler Ernst machten und sie zu umfassender praktischer Anwendung brachten. Nichts charakterisiert den Unterschied zwischen dem englischen und speziell dem deutschen und österreichischen Liberalismus feiner als das verschiedene Verhältnis, in das sie sich zur Genossenschaftsbewegung der Arbeiter setzten. Die englischen Liberalen ließen sich in ihrer Sympathie für die Konsumvereine nicht irre machen, auch als der *Mittelstand* drüben anfing dagegen Gift und Galle zu speien; sie taten den *shop-keepers* and *trades-men* nicht einmal den Gefallen für eine tüchtige Besteuerung der Konsumvereine zu sorgen sondern lehnten entschieden jedes Ansinnen ab die *überhand nehmende Entwickelung* dieses *Krebsübels am Leib des staatserhaltenden Mittelstands* durch die Gesetzgebung einzudämmen. Anders bekanntlich auf dem Kontinent. Als man hier gewahr wurde, daß die Ersparnisse, die die Konsumvereine den Arbeitern zu machen ermöglichten, auf Kosten des Profits der Krämer, Bäcker und Höker erzielt wurden, und daß mit der weitern Entwickelung der Konsumvereine auch die Profite der Metzger, Milch-, Schuh- und Kleiderhändler und sonstiger Gewerbetreibenden, wenn auch langsam, so doch sicher geschmälert werden müßten, begann gegen die Konsumvereine eine infame Politik der Schikanierung und gesetzlichen Beraubung, der die liberalen Führer, die teilweise sogar an der Spitze der Genossenschaftsverbände standen, mit verschränkten Armen zusahen, und gegenüber der sie es jedenfalls an der notwendigen Energie der Abwehr fehlen ließen. Erleichtert und befördert wurde diese Haltung des Liberalismus und der liberalen Sozialpolitiker durch die Tatsache, daß die kontinentale Arbeiterschaft sich seit Mitte der sechziger Jahre mit ihrem Interesse von den Konsumvereinen abgewandt hatte und fast ein Vierteljahrhundert lang von deren Pflege und ihrem planmäßigen Ausbau nichts wissen wollte. Von einer entschiedenen, konsumgenossenschaftsfreundlichen Haltung vermochte sich der Liberalismus deshalb keinen Gewinn bei der Arbeiterklasse zu versprechen, und beim Mittelstand schadete sie ihm. Als dann Ende der achtziger, entschiedener aber noch im Lauf der neunziger Jahre, die kontinentale Konsumgenossenschaftsbewegung, unter dem Impuls einer neuen Genossenschaftstheorie und infolge einer psychologischen Wandlung in der Stimmung der arbeitenden Volksmassen, eine neue Belebung erfuhr, wurde diese Erscheinung im Lager der liberalen Genossenschaftsschule begreiflicherweise höchst unangenehm empfunden. Wollte man nicht der stets als soziale Weisheit des Liberalismus verkündeten eigenen Theorie ins Gesicht schlagen, so mußte man die Konsumvereine anerkennen und sogar seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Arbeitermassen endlich angefangen hätten sich dem Genossenschaftswesen zuzuwenden. Auf der andern Seite aber hatte man mit der konsumgenossenschaftsfeindlichen Stimmung zu rechnen, die in den Kreisen des sich

inzwischen ebenfalls genossenschaftlich organisierten Mittelstands Platz gegriffen hatte. Man stand also vor dem Problem, wie man sich grundsätzlich für und in der Praxis doch gegen diese Renaissance im Arbeitergenossenschaftswesen erklären könne. Bekanntlich löste Herr Dr. Crüger, der deutsche Genossenschaftsanwalt, auf dessen Schultern der soziale Königsmantel des alten Schulze-Delitzsch fiel, dies Problem, indem er erklärte: Die Konsumvereine sind recht und gut, aber nur so lange als man sie als Glied der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung auffaßt; sie werden schlecht und können in den Reihen der anderen Genossenschaften nicht geduldet werden, wenn die Arbeiter in ihnen ein Mittel sehen die kapitalistische Wirtschaftsordnung umzugestalten und auf neue Grundlagen zu stellen. Über die Haltlosigkeit dieses sophistischen Standpunkts brauchen wir uns hier wohl nicht lange zu verbreiten. Es genügt daran zu erinnern, daß selbst Schulze-Delitzsch mit Hilfe der Konsumvereine zu einem über das ganze Land verbreiteten Netz von Produktiv- und Kreditgenossenschaften zu gelangen hoffte, wodurch dann nicht nur Klein- und Großhändler sondern auch Fabrikanten, Kapitalisten und Banken ihre Kundschaft und damit ihre Funktion als Bestandteil der heutigen Wirtschaftsordnung verloren hätten. Tatsächlich lag in der Stellungnahme der liberalen Genossenschaftsführer gegen die moderne Konsumvereinsbewegung eine Preisgabe ihrer eigenen, bisher verfochtenen Theorie, der Rückzug auf einen Standpunkt, von dem aus betrachtet nur diejenigen Formen der Genossenschaft als wünschbar und zulässig erscheinen, die geeignet sind die selbständigen Existenzen zu stützen, die kapitalschwachen Unternehmungen des Mittelstands gegenüber den großkapitalistischen Betrieben konkurrenzfähig zu machen, also Kredit-, Magazin-, Rohstoff- und Werkgenossenschaften.

Die Folgen dieser Stellungnahme sind bekannt. Sie führten zur Loslösung der Konsumvereine vom alten Schulzeschen Verband und zur Bildung einer besondern Zentralorganisation für die modernen, im Grund aber recht alten Konsumvereine: stehen sie doch sämtlich auf der gleichen Grundlage wie die Genossenschaft der Rochdaler, die auch von Schulze stets als vorbildlich anerkannt worden war.

Ebenso wie das vorwiegend von der Arbeiterklasse getragene Konsumvereinswesen hatte sich das von der ländlichen Bevölkerung gepflegte landwirtschaftliche Genossenschaftswesen selbständig gemacht und eigene Verbände geschaffen. Ja, nicht einmal der gesamte gewerbliche Mittelstand ließ sich mit den ihm dienenden genossenschaftlichen Kredit-, Verkaufs- und Rohstoffvereinen dauernd um die alte Fahne Schulzes scharen. Auch hier gab es Sezessionen und Spezialverbände. So zerbrach im Lauf einer 60jährigen Entwickelung das sozialreformerisch gedachte Genossenschaftsideal, das den Pionieren der deutschen Genossenschaftsbewegung, Schulze und Huber, vorgeschwebt hatte, in lauter Scherben. Seine Auferstehung hat es allein in der modernen Konsumvereinsbewegung, der sogenannten *Hamburger Richtung* gefunden; sie allein besitzt ein großzügiges und zukunftsreiches Programm und ist in Wahrheit der einzige Erbe der genossenschaftlichen Gedankenarbeit und des Idealismus der früheren Genossenschaftergenerationen geworden.

Während sich in Deutschland diese Wandlung vollzog, nahm die Genossenschaftsbewegung in England und Schottland trotz sehr gleichartiger Anknüpfungspunkte einen ganz andern Verlauf. Sie blieb in erster Linie fast ganz auf

die städtisch-gewerblichen Arbeitermassen beschränkt, gewann aber unter diesen eine viel schnellere Verbreitung und eine intensivere Ausbildung als in Deutschland. Die vorgeschrittenere industrieelle Entwickelung des Britenlands erklärt wohl in der Hauptsache dies Phänomen. Mitgewirkt hat dabei allerdings auch der Umstand, daß die Entwickelung des Genossenschaftswesens nach 1850 durch keine politische Bewegung und genossenschaftsfeindliche Doktrinen mehr gestört worden ist. Schon in den sechziger Jahren begannen sich die Konsumvereine zu Großeinkaufsgesellschaften zu föderieren, und Anfang der siebziger Jahre wurde der Genossenschaftsverband ins Leben gerufen. Dadurch gewann die britische Arbeitergenossenschaftsbewegung vor der Deutschlands und aller anderen kontinentalen Länder einen gewaltigen Vorsprung. Sie bewahrte stets dank ihrer homogenen sozialen Zusammensetzung ihre imponierende Einheit und Geschlossenheit, und von Spaltungen und Sezessionen weiß die britische Genossenschaftsgeschichte nichts zu berichten. Nichtsdestoweniger wäre es verkehrt zu glauben, daß sich drüben die Entwickelung ohne innere Reibung vollzogen hätte. Gewisse Gegensätze haben seit den fünfziger Jahren auch im britischen Genossenschaftswesen bestanden und sind sogar heute noch nicht völlig ausgeglichen und theoretisch überwunden. Sie wurden durch den Widerspruch hervorgerufen, der zwischen der produktivgenossenschaftlichen und der konsumgenossenschaftlichen Interessenorganisation der Arbeiter besteht.

Die Arbeiterproduktivgenossenschaft entstand, wie der Konsumverein, urwüchsig auf britischem Boden schon in den zwanziger und dreißiger Jahren. Das Bestreben der Konsumgenossenschafter ihren Mitgliedern auch Arbeit zu verschaffen führte zur Einrichtung von Werkstätten, die häufig auch dann noch bestehen blieben, wenn der Konsumverein wieder verschwunden war. Rechte Wurzel vermochte jedoch die Idee der unabhängigen Produktivgenossenschaft nicht zu schlagen. Zu Beginn der fünfziger Jahre setzte aber eine planmäßige Agitation für diese Form der Genossenschaft ein. Sie ging von den sogenannten *christlichen Sozialisten* aus, deren Häupter Kingsley und Maurice waren. Ein Schüler der letzteren, Ludlow, hatte Ende der vierziger Jahre in Frankreich die nach den Lehren Buchez' und L. Blancs gebildeten Arbeiterproduktivassoziationen kennen gelernt und vermeinte, ähnlich wie Lassalle, darin die Lösung der sozialen Frage entdeckt zu haben. Die christlichen Sozialisten, darunter namentlich Hughes und Vansittart Neale, hochgebildete und aus der *besten Gesellschaft* stammende junge Männer, griffen diese Idee mit Feuereifer auf und halfen mit ihren eigenen Mitteln den Arbeitern zahlreiche Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen. In 90 von 100 Fällen machten diese Gründungen Fiasko. Aber alle niederdrückenden Erfahrungen vermochten den wahrhaft religiösen Glauben der Ludlow, Hughes und Neale an die große Zukunft der Produktivgenossenschaften nicht zu erschüttern. Ihrer Beharrlichkeit und ihrem Opfermut gelang es immerhin einige Buchdrucker-, Buchbinder-, Schuhmacher- und Schneidergenossenschaften über Wasser zu halten. Diese Tatsache in Verbindung mit dem in der Arbeiterklasse steckenden Drang nach wirtschaftlicher Selbständigkeit ließ immer wieder neue Produktivassoziationen entstehen. Vermutlich wäre trotzdem die ganze Bewegung im Sand verlaufen, wenn die christlich-sozialistischen Pioniere der Produktivgenossenschaft nicht auch die geistigen Führer der Konsumvereine geworden wären. Sie waren es, die den An-

stoß zur Bildung des Genossenschaftsverbands gaben, die Genossenschaftskongresse organisierten, die bis dahin rein empirisch entwickelten Genossenschaftsgrundsätze zu einem System zusammenschmolzen und der Bewegung eine Theorie gaben. Nach Lage der Dinge konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß diese Theorie mehr auf die Bedürfnisse und Interessen der Produktivassoziationen als auf die Tendenzen der Konsumvereine zugeschnitten wurde. Im Mittelpunkt dieser Lehre stand der Satz, daß der Arbeiter sein eigener Herr werden müsse; er solle nicht bloß den Lohn für seine Arbeit sondern auch den Gewinn erhalten, den der Unternehmer durch den Verkauf der Produkte erziele. Diese Doktrin sieht auf den ersten Blick sehr radikal und sozialistisch aus, entpuppt sich aber bei näherm Zusehen als eine kleinbürgerliche Illusion. Sie geht nicht auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, auf eine Ersetzung der privatwirtschaftlichen Unternehmung durch einen gemeinwirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieb aus sondern will aus jedem Arbeiter einen kleinen Kapitalisten und Unternehmer machen. Sie nimmt am Profit, am Kapitalzins, an der Rente nicht Anstoß sondern nur daran, daß der Produzent nichts davon bekommt. Demzufolge vermag sie auch dem Profit und Rente eliminierenden Konsumverein gar nicht gerecht zu werden. Tatsächlich galten denn auch die Konsumvereine den christlich-sozialistischen Genossenschaftstheoretikern nur als ein Mittel zu dem Zweck für die Arbeiter individuell Kapital zu akkumulieren, mit dem sie dann Produktivgenossenschaften gründen könnten. Letztere wurden als die Hauptsache im Genossenschaftswesen, der Konsumverein nur als ein untergeordnetes Hilfsmittel gewertet.

Nun brachte es aber die natürliche Entwickelung der Konsumvereine mit sich, daß sie mit ihrer zunehmenden Erstarkung dazu übergingen gewisse Güter, für die sie einen bedeutenden Verbrauch und Absatz hatten, selbst zu fabrizieren. Besonders war dies bei den Großeinkaufsgesellschaften der Fall. Beschränkten sich die Konsumvereine meist auf den Betrieb von Bäckereien, von Schneider- und Putzmacherateliers usw., so gingen die Großeinkaufsverbände im großen Stil zur Fabrikation von Schuhen, Seife, Biskuits, Zuckerwaren, Zigarren, Unterkleidern und dergleichen über. Die Folge war, daß diverse Produktivgenossenschaften, die meist auf die Kundschaft der Konsumvereine angewiesen waren, ihren Absatz verloren und in harte Bedrängnis gerieten. Durch die Eigenproduktion der Konsumvereine und Großeinkaufsgesellschaften schien plötzlich die Existenz des gesamten Produktivgenossenschaftswesens, auf das so unendlich viel Mühe verwendet worden war, in Frage gestellt zu sein. Es ward Neale und seinen Freunden bald klar, daß die eine Form der genossenschaftlichen Produktion der andern werde weichen müssen. Und ohne Zögern erklärten sie sich für die produktivgenossenschaftliche Form als die sozial höhere. Aber mit welchem Recht konnten sie den Konsumvereinen und ihren Großeinkaufszentralen die Befugnis bestreiten für den Bedarf ihrer Kunden Fabriken zu betreiben? Aus diesem Dilemma half ihnen ihre Theorie. Sie argumentierten: Wenn Konsumvereine Arbeiter in produktiven Betrieben beschäftigen, so erhalten sie nur einen Lohn, der zwar meist höher sein mag als der, den Privatunternehmer bezahlen, aber es ist und bleibt doch nur Lohn. Der Arbeiter hat aber auch Anspruch auf den Gewinn, der mit den Produkten seines Fleißes erzielt wird. Die Konsumvereine und Großeinkaufsgesellschaften sind deshalb durch die genossenschaftlichen Grundsätze verpflichtet ihre produ-

zierenden Angestellten am Gewinn zu beteiligen. Dieser darf nicht allein den Konsumenten zufallen, die die Waren nur bezahlen, sondern muß *gerechterweise* zwischen allen *Faktoren der Arbeit,* das heißt zwischen Arbeit, Kapital und Kundschaft, verteilt werden. Offenbar wurde bei dieser Forderung folgendermaßen kalkuliert: Wenn die Großeinkaufsgesellschaften den Konsumvereinen und diese ihren Mitgliedern auf den in eigener Regie hergestellten Gütern keine oder eine niedrigere als die durchschnittliche Rückvergütung gewähren können, so wird das Interesse der Konsumenten diese Waren zu kaufen nicht mehr so groß sein, und die Produktivgenossenschaften können besser konkurrieren. Das Gewinnbeteiligungssystem erhöht für die produzierenden Konsumentenorganisationen die Herstellungskosten ihrer Produkte, so daß sie keine Veranlassung haben die Eigenproduktion zu entwickeln. Die Produktion wird dadurch den selbständigen Produktivgenossenschaften im Bereich der Genossenschaftsbewegung als ihre Domäne gesichert. Daß so ziemlich der ganze Nutzen der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion mittels des Gewinnbeteiligungssystems für die Masse der Konsumvereinsmitglieder wegeskamotiert werden sollte, zeigt folgender Vorschlag, den Neale für die große Schuhfabrik der *Wholesale Society* in Leicester machte. Nach Ausweis der Jahresrechnung der *Wholesale Society* habe sie 1887 den Arbeitern jener Fabrik an Löhnen 44 340 Pfund Sterling bezahlt. Die Verzinsung des investierten und im Betrieb verwandten Kapitals habe 1180 Pfund erfordert. Die produzierten Schuhwaren seien mit 124 024 Pfund an die Mitglieder verkauft. Nach Abzug aller Löhne, Zinsen, Abschreibungen und Spesen sei ein Überschuß von 6344 Pfund verblieben. Solle dieser Überschuß unter die Faktoren der Produktion gerecht verteilt werden, so müssen die Arbeiter 5493 Pfund = 85 % erhalten, die *Wholesale Society* als Vertreterin des Kapitals 190 Pfund = 3 % und die Käufer (Konsumvereine) 750 Pfund = 12 %. Diese Prozentzahlen gewinnt Neale durch folgende Rechnung: Die Arbeitslöhne zu 5 % kapitalisiert bilden ein am Gewinn beteiligtes *Arbeitskapital* von 886 800 Pfund, das von der *Wholesale Society* vorgestreckte Geldkapital beträgt 29 510 Pfund (1180 Pfund zu 4 % kapitalisiert). Die beziehenden Konsumvereine repräsentieren ein *Kundschaftskapital* von 124 024 Pfund, den Betrag, den sie für die Schuhwaren der Fabrik in Leicester bezahlt haben. Es ergibt sich also, daß das Arbeitskapital 886 800 Pfund = 85 %, das Geldkapital 29 510 Pfund = 3 %, das Kundschaftskapital 124 024 Pfund = 12 % beträgt; insgesamt 1 040 354 Pfund = 100 %. Im Verhältnis dieser Prozentzahlen ist der *Gewinn* der Schuhfabrik zu verteilen.

Es liegt auf der Hand, daß die Konsumvereine sich auf eine so absurde Gewinnbeteiligung nicht einlassen konnten und wollten, denn die große Masse der Arbeiterkonsumenten organisiert sich doch nicht genossenschaftlich, um der relativ kleinen Schar der von ihnen in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeitern ein Einkommen zu verschaffen, das wesentlich ihr eigenes Durchschnittseinkommen übersteigt. Die Gesamtheit soll durch die Genossenschaften in ihrer Lage gehoben und verbessert werden, nicht aber nur ein Bruchteil, der ohnehin schon vieles vor den nicht beschäftigten Genossenschaftsmitgliedern voraus hat. Überdies ist es theoretisch durchaus falsch in Konsumentengenossenschaften von Gewinn zu sprechen. Die Betriebsüberschüsse haben hier den Charakter von Ersparnissen; sie werden nicht aus

den Arbeiterproduzenten herausgepreßt sondern sind aus den Taschen der Arbeiterkonsumenten geflossen. Wenn sie dahin wieder zurückfließen, so ist das durchaus in der Ordnung, ganz abgesehen davon, daß ohne diese Rückvergütung erfahrungsmäßig eine progressive genossenschaftliche Organisation der Konsumenteninteressen eine Unmöglichkeit wird. Die britischen Konsumvereine verteidigten also eine Lebensbedingung ihres eigenen und des Fortschritts ihrer Großeinkaufszentralen, wenn sie die Forderungen der Produktivgenossenschafter ablehnten. Leider verfügten sie nicht in ihrem Lager über hinreichend theoretisch gebildete Kräfte, um ihren Standpunkt auf den Genossenschaftskongressen erfolgreich zu verteidigen. Viele unter ihren Vertretern gaben sogar zu, daß das, was von Neale und seinen Freunden gefordert würde, genossenschaftlich das richtigere respektive idealere sei. So kam es, daß auf den Genossenschaftskongressen in Dewsbury /1888/ und Ipswich /1889/ Resolutionen votiert wurden, die die Wünschbarkeit der Gewinnbeteiligung in allen produktiven Genossenschaftsbetrieben postulierten. Praktische Bedeutung gewannen jedoch diese papiernen Beschlüsse nicht, und an der kritischen Situation, in die die Produktivgenossenschaften durch den Übergang der Konsumvereine zur Eigenproduktion geraten waren, vermochten sie daher auch nichts zu ändern.

Die aus der christlichsozialen Schule hervorgegangenen Führer des britischen Genossenschaftsverbands, um den sie sich übrigens große Verdienste erworben hatten, waren natürlich ganz und gar nicht davon erbaut, daß es ihnen nicht gelingen wollte die praktische Entwickelung des Genossenschaftswesens in die Bahnen zu lenken, die sie für die einzig richtigen hielten. Die Großeinkaufsgesellschaften wie auch zahlreiche größere Konsumvereine fuhren fort in der bisherigen Weise die Eigenproduktion zu entwickeln und kehrten sich wenig daran, daß die Theoretiker ein ums andere Mal ihr Anathema gegen sie schleuderten. In dieser Situation kam Vansittart Neale, der das Amt eines Generalsekretärs des britischen Verbands bekleidete, auf den Gedanken durch die Bildung eines seine *wahren* genossenschaftlichen Grundsätze zur Devise wählenden internationalen Genossenschaftsbunds einen moralischen Zwang auf die britischen Konsumvereine zugunsten der Gewinnbeteiligung auszuüben. Die Idee einen solchen Bund zu gründen war schon 1885 von dem französischen Genossenschafter de Boyve in Anregung gebracht worden. Zu jener Zeit regten sich in Frankreich die ersten Föderationsbestrebungen unter den Konsumvereinen, und es war natürlich, daß die führenden Männer dieser Bewegung sich dabei nicht nur ideell an das imposante englische Vorbild anlehnten sondern auch praktisch mit den britischen Genossenschaften in nähere Fühlung zu kommen suchten. Sie ersuchten den britischen Verband eine Abordnung an den 1. nationalen Konsumvereinskongreß, der 1885 in Paris tagte, zu senden, um ihnen bei der Bildung des französischen Verbands mit Rat und Tat behilflich zu sein. Diesem Wunsch wurde gern entsprochen, und zum erstenmal erschien in der Person der Herren Neale, Holyoake und Johnston eine Delegation britischer Genossenschafter auf dem Kontinent. Bei dem hohen autoritativen Ansehen, in dem bei den französischen Genossenschaften diese britischen *Co-operators* standen, war es diesen nicht schwer jene für ihre Anschauungen zu gewinnen, standen sie doch ohnehin schon unter dem Einfluß der früheren Genossenschaftstheorieen von Buchez und Louis Blanc. Jedenfalls

versprachen sie Neale und Holyoake gelehrigere und folgsamere Adepten der *wahren* Lehre zu werden als deren eigene Landsleute. Als daher im folgenden Jahr Herr E. de Boyve den britischen Genossenschaften auf ihrem Kongreß in Plymouth einen Gegenbesuch machte und bei dieser Gelegenheit für einen engern organisatorischen Zusammenschluß der französischen und britischen Genossenschafter plädierte, wurde dieser Vorschlag von den Leitern des englischen Verbands sympatisch aufgenommen. Freilich war den letzteren klar, daß die zu bildende Allianz nicht auf England und Frankreich beschränkt bleiben könne, wenn sie für ihre Zwecke praktische Bedeutung erlangen solle. Man versuchte deshalb auch mit den Führern der italienischen und deutschen Bewegung in Verbindung zu treten und sie für das Projekt zu gewinnen. Die Italiener zeigten sich dafür sehr begeistert, die Deutschen dagegen eher kühl und reserviert. Tatsächlich war damals auch das Genossenschaftswesen auf dem Kontinent für eine internationale Organisation noch nicht reif; es fehlten dafür vielfach die Vorbedingungen: kräftige nationale Verbände. Dazu kam, daß niemand recht wußte, welche konkreten Aufgaben ein solcher internationaler Bund denn bearbeiten solle. Obwohl die Angelegenheit seit 1886 beständig auf den britischen, französischen und zum Teil auch italienischen Kongressen verhandelt wurde, kam sie doch keinen Schritt weiter. Die zu ihrer Förderung eingesetzten Kommissionen blieben auf dem Papier stehen, und was über die von dem internationalen Bund zu verfolgenden Ziele gesagt wurde, war nicht selten phantastisch. So sollte zum Beispiel nach der Ansicht de Boyves der Bund in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit intervenieren und ihre schiedsgerichtliche Erledigung herbeiführen. Vansittart Neale sprach davon die genossenschaftliche Internationale der roten revolutionären der Sozialisten gegenüberzustellen und mit ersterer ein Gegengewicht gegen die letztere zu schaffen. Schließlich wurden die britischen Genossenschafter des vielen resultatlosen Geredes über die internationale Allianz überdrüssig und beschlossen 1890 auf ihrem Kongreß in Glasgow nichts mehr in der Sache zu tun.

Dieser Beschluß kam Vansittart Neale gar nicht so ungelegen. Er sagte sich ganz richtig, daß, wenn die britischen Genossenschafter, die in ihrer Mehrzahl Konsumgenossenschafter und dem Gewinnbeteiligungssystem nicht hold waren, in dem zu gründenden Bund eine führende Rolle gewinnen würden, dieser alles andere als ein Förderer der produktivgenossenschaftlichen Richtung werden müßte. Deshalb entschloß er sich 1892 mit seinen Freunden den Bund o h n e den britischen Verband und die Großeinkaufsgesellschaften, ja in gewissem Sinn g e g e n diese ins Leben zu rufen. Es sollte deshalb auch kein Bund werden, der sich ausschließlich auf genossenschaftliche Organisationen aufbaut, sondern es sollte eine Vereinigung aller derjenigen Personen, Privatfirmen, Aktiengesellschaften, und Genossenschaften gegründet werden, die durch die Gewinnbeteiligung der Arbeiter »Kapital und Arbeit versöhnen« wollten. In diesem Sinn wurde im Juli 1892 von Neale, Holyoake sowie einer Reihe ihrer englischen und französischen Freunde ein Manifest zur Bildung eines *Internationalen Bunds der Freunde der genossenschaftlichen Produktion* erlassen. Einige Wochen später, als die Vorbereitungen für eine konstituierende Versammlung im Gang war, starb Neale hochbetagt auf seinem prächtigen Landsitz Bisham Abbey an der Themse.

Seine persönlichen Freunde, namentlich Greening und Holyoake, glaubten es seinem Andenken schuldig zu sein seiner Lieblingsidee auch nach seinem Tod zur Verwirklichung zu verhelfen, mußten jedoch dabei die Erfahrung machen, daß sie wenig Zugkraft besaß. Außer einigen Produktivgenossenschaften und philanthropischen Unternehmern — wie Godin und Leclaire — in Frankreich und England hatte niemand für den Bund Interesse gezeigt. Die maßgebenden britischen Genossenschafter und Organisationen ignorierten geflissentlich alle Veranstaltungen, die von Greening in dieser Sache ausgingen, und machten gegenüber den auswärtigen Verbänden kein Hehl daraus, daß sie nichts damit zu tun hätten. In dieser Notlage wandte sich Greening an den Publizisten Henry Wolff, der mit den kontinentalen Kreditgenossenschaftsverbänden Beziehungen unterhielt, um Hilfe. Wolff sagte seine Mitwirkung unter der Bedingung zu, daß der Bund alle Formen des Genossenschaftswesens umfassen solle: Kredit-, Konsum-, Produktiv- und landwirtschaftliche Genossenschaften. Alles, was *gut genossenschaftlich* sei, sollte im Bunde gesammelt werden. Aus diesem Programm ist schon ersichtlich, daß Wolff einem unklaren genossenschaftlichen Eklektizismus huldigte und der im kontinentalen Genossenschaftswesen sich schon deutlich bemerkbar machenden Differenzierung ohne tieferes Verständnis gegenüberstand. Greening und die übrigen Freunde der genossenschaftlichen Produktion akzeptierten das von Wolff veränderte Programm in der Hoffnung, daß, wenn der Bund erst einmal gegründet sei, sie ihn dann schon in das Fahrwasser ihrer Doktrinen hineinlotsen würden. Wolff machte sich nun auf die Reise und suchte in fast allen Ländern Europas die Führer der Genossenschaftsverbände persönlich auf, um sie um ihre Mitwirkung bei der geplanten Gründung zu bitten. Man sagte sie ihm auch in den meisten Fällen zu. Immerhin schien der Erfolg nicht sicher, solange der britische Verband in seiner Ablehnung verharrte. Es wurden neuerdings Unterhandlungen angeknüpft, mit dem Erfolg, daß der britische Verband, dessen Generalsekretär inzwischen J. C. Gray geworden war, sich an der Einberufung eines internationalen Genossenschaftskongresses zu beteiligen versprach, wenn die Frage des Programms des Bunds unpräjudiziert dem Kongreß vorgelegt würde, und der zu gründende Bund nur durch den britischen Verband mit dessen Genossenschaften in Verkehr treten wollte. Diese Bedingungen wurden ebenfalls angenommen, und nun stand der Organisation des 1. internationalen Genossenschaftskongresses, der im August 1895 in London zusammentrat, nichts mehr im Weg.

Dank seiner geschickten Inszenierung machte er viel von sich reden, war jedoch von einer repräsentativen Vertretung des europäischen Genossenschaftswesens ziemlich weit entfernt. Delegierte waren aus Frankreich, Italien, Belgien, Holland, der Schweiz und Serbien erschienen, im ganzen etwa 20. Deutschland, Österreich sowie die nordischen und osteuropäischen Länder glänzten durch Abwesenheit. Das Gros der Teilnehmer bestand aus Engländern, und zwar vorwiegend aus solchen Personen, die von den *Freunden der genossenschaftlichen Produktion* auf die Beine gebracht waren. Tatsächlich beherrschten diese den Kongreß, und es gelang ihnen auch, die von ihnen gewünschten Resolutionen zur Annahme zu bringen. Freilich mußten sie bei der Programmfestsetzung darauf verzichten ihre ursprüngliche Absicht die Glieder des Bunds auf den genossenschaftlichen Grundsatz der Gewinnbeteiligung

zu verpflichten durchzusetzen. Die Vertreter des britischen Verbands erklärten kategorisch, daß sie in diesem Fall sich dem Bund nicht anschließen könnten. Immerhin blieb noch genug respektive viel zu viel von der ursprünglichen Konzeption der genossenschaftlichen Internationale übrig. Statt den Bund auf Genossenschaften aufzubauen, ließ man auch einzelne Personen als Mitglieder zu, die auf den Kongressen zwar das gleiche Stimmrecht hatten wie die Vertreter der Genossenschaften, dagegen nur die Hälfte des Beitrags zahlen sollten, der für Genossenschaften festgesetzt war. Und nicht genug daran, daß man die heterogensten und auf entgegengesetzten sozialen und wirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten Genossenschaften zu fördern und zu verbreiten sich vorsetzte, sollte der Bund auch die Gewinnbeteiligung propagieren. Kurz, Programm und Organisation waren das Resultat eines Kompromisses zwischen zwei ganz unverträglichen Anschauungen, und konnten deshalb auch von keiner Dauer sein.

Zunächst freilich machten sich die inneren Widersprüche nicht sehr bemerkbar, da die Mehrzahl der Bundesglieder Personen und Genossenschaften waren, die der Schule Neales angehörten. Das Interesse der kontinentalen Genossenschaften am Bund blieb auch nach dem Londoner Kongreß recht schwach, und bei der geringen Entwickelung, die das gewerbliche Produktivassoziationswesen in allen Ländern außer Frankreich erlangt hatte, verstand man in den Kreisen der festländischen Genossenschafter meist nicht einmal recht, was es im letzten Grund mit dem Bund für eine Bewandtnis habe. Es folgten in den Jahren 1896, 1897 und 1900 weitere internationale Genossenschaftskongresse, und zwar in Paris, Delft und wieder Paris. Sie lieferten durch ihren Verlauf den deutlichen Beweis, daß sich auf der Grundlage der Idee, die die produktivgenossenschaftliche Richtung dem gesamten übrigen Genossenschaftswesen aufzuoktroyieren strebte, keine kräftige und entwickelungsfähige internationale Genossenschaftsorganisation aufbauen ließe. Besonders der Pariser Kongreß von 1900 enthüllte deutlich die im Bund herrschende Ohnmacht und Konfusion, an der er ohne Frage auch bald zugrunde gegangen wäre, wenn nun nicht die englischen Konsumgenossenschafter eingegriffen und der ganzen Bewegung eine andere Richtung gegeben hätten. Sie übernahmen den nächsten Kongreß, den sie 1892 nach Manchester einluden, drangen hier erfolgreich auf Ausmerzung der individuellen Mitglieder und ließen im übrigen die Gewinnbeteilungsmarotten eines sanften Tods sterben.

Mittlerweile war auch auf dem Kontinent die konsumgenossenschaftliche Bewegung in lebhaften Fluß gekommen. Nicht nur in Deutschland sondern auch in der Schweiz, in Österreich, Ungarn, Belgien und sogar Frankreich begannen die Arbeiter in Stadt und Land massenhaft in die Konsumvereine einzuströmen. Daß diese Genossenschaften nun das Bedürfnis empfanden sich an der britischen Bewegung zu orientieren und sich namentlich ihre Großeinkaufsorganisationen zum Vorbild zu nehmen, kann nicht wundernehmen. Dieser Umstand kam dem *Internationalen Genossenschaftsbund* sehr zugute. Durch den Anschluß an ihn suchten sich die modernen kontinentalen Konsumgenossenschafter in engere Beziehung zu ihrem britischen Ideal zu setzen. Die Konsumvereine, die bis dahin im *Internationalen Bund* noch wenig hervorgetreten waren, begannen sich nun ihm massenhaft anzuschließen und damit auch in ihm Einfluß zu gewinnen. Diese Veränderung in der Zusammen-

setzung der genossenschaftlichen Internationale trat deutlich in die Erscheinung, als sie 1904 ihren 6. Kongreß nach Budapest einberief. Hier kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die bei der Entwickelung des Konsumvereinswesens zu beobachtenden Grundsätze und leitenden Gesichtspunkte und über die Frage der Selbst- und Staatshilfe. Mit großer Mehrheit stellte sich hier der Kongreß auf den Standpunkt einer konsequenten und antikapitalistisch orientierten Genossenschaftspolitik und brachte der von Dr. Crüger vertretenen mittelstandspolitischen Richtung eine vollständige Niederlage bei. Die Folge war der Austritt der deutschen und österreichischen Verbände Schulze-Delitzscher Observanz.

Die Vorgänge auf dem Budapester Kongreß hatten die Situation innerhalb der genossenschaftlichen Internationale in erfreulicher Weise geklärt; wo die Wurzeln ihrer Kraft sich befanden, konnte nicht mehr zweifelhaft sein. Leider aber war die Leitung des Bundes, die seit 1896 in den Händen des erwähnten Herrn H. Wolff gelegen hatte, nicht willens sich mit der entstandenen Situation abzufinden. Sie versuchte sich der natürlichen Entwickelung des Bundes entgegenzustemmen und hielt an dem alten Ideal, wonach alles, was *gut genossenschaftlich* war, in ihm vereinigt werden sollte, fest. Die Folge war eine innere Krisis, die auf dem letzten Kongreß, der 1907 in Cremona tagte, mit dem Rücktritt des bisherigen Präsidenten und seiner Ersetzung durch William Maxwell, bis vor 1½ Jahren der leitende Kopf in der schottischen Großeinkaufsgesellschaft, ihren Abschluß fand. Seither ist im Bund zielsicher und erfolgreich an seiner innern Reorganisation in der Richtung, die der Budapester Kongreß gewiesen hat, weiter gearbeitet worden. Es wurde ein aktionsfähiges Sekretariat geschaffen, eine Reorganisation angebahnt und eine planmäßige Propaganda in den Kreisen der Genossenschafter der verschiedenen Länder entfaltet, die infolge ihrer Wirtschaftsprinzipien und Interessen mit dem Gros der bisherigen Mitglieder erfolgreich zusammenzuarbeiten imstande sind. Ferner wurde vom Bund die Initiative ergriffen die Großeinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder zur Inangriffnahme des Problems des internationalen Großeinkaufs zu veranlassen.

Unter diesen Umständen vermag der nächste, im September in Hamburg zusammentretende 8. internationale Kongreß eine große Bedeutung für die weitere Entwickelung des Bunds zu gewinnen. Mit ihm wird voraussichtlich eine neue Periode in der Geschichte des internationalen Genossenschaftswesens inauguriert werden, die Periode, wo an Stelle unklarer und schwankender Ziele scharf bestimmte und praktische Zwecke treten, und wo die genossenschaftliche Internationale eine diesen Zwecken entsprechende Verfassung erhält.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · DIE POTENZ POLITISCHER MASSENSTREIKS

BEI uns in Preußen ist der politische Streik als Diskussionsgegenstand wieder einmal aktuell geworden. Der große Erfolg unserer Straßendemonstrationen hat bei einigen Genossen die Vorstellung erweckt, es könne nun auch gar nicht schnell und eindringlich genug die Idee des politischen Streiks in die Massen geworfen werden. Nun sind ihnen freilich aus den verschiedensten Parteiregionen so viele ab-

lehnende Antworten zu teil geworden, daß man den Vorschlag als für den Augenblick erledigt betrachten könnte. Indes, in unserer schnell lebenden Zeit kann ein Gedanke, der gestern tot und begraben schien, morgen wieder auftauchen und auf Massen wirken, die durch irgendwelche Vorkommnisse in Erregung versetzt wurden. Es erscheint daher zweckmäßig die Frage der Potenz des politischen Streiks in knapper Zusammenfassung aufs neue zu behandeln. Denn an Erregungsstoff fehlt es in unseren Tagen nie.

Was kann der politische Massenstreik?

Wir haben über ihn Erfahrungsmaterial genug, um die Frage mit einiger Sicherheit beantworten zu können. Was seine Praxis betrifft, so hat insbesondere Elsbeth Georgi eine Zusammenstellung der Ergebnisse der in diese Kategorie entfallenden Streiks geliefert, die auf das Prädikat *erschöpfend* Anspruch hat.[1]) Es sollte daher jeder, der sich gedrängt fühlt den Vorschlag eines politischen Streiks in die Massen zu werfen, erst einmal diese Schrift gehörig studieren. Denn wenn sie auch in den Schlußfolgerungen nicht tendenzfrei ist, so ist sie doch in der Berichterstattung, auf die es hierbei ankommt, durchaus zuverlässig und darf daher nicht ignoriert werden. Für den Parteimann besteht die Verpflichtung sich die möglichst umfassende Kenntnis von der Wirkung der Maßnahmen, die er empfiehlt, anzueignen. Der bloße *gute Wille* kann, wenn er sich über diese elementare Regel hinwegsetzt, auch nicht einmal als mildernder Umstand Berücksichtigung beanspruchen. Nun haben die Erfahrungen aller Länder, in denen bisher der politische Streik in Anwendung gebracht wurde, eines als nicht mehr abzuweisende Folgerung ergeben: Der politische Massenstreik ist, wo er Zwang ausüben soll, nur als äußerstes Mittel in Betracht zu ziehen und ist stets ein zweischneidiges Schwert. Nur in einer Minderheit der Fälle hat er sich bisher als anwendbar, nur in ganz vereinzelten Fällen als Erfolg bringend erwiesen. Und unter diesen vereinzelten Fällen wiederum ist noch kein einziger, wo ein politischer Massenstreik Erfolg gehabt hätte, der von der Partei der Arbeiter allein ausging und sich gegen die konservativen sowie gegen die liberalen Parteien des Bürgertums samt der Zentralregierung gleichmäßig richtete.

Der politische Massenstreik kann als Kampfmittel unter zwei Gattungsbegriffen in Betracht kommen: als Mittel verstärkter Demonstration und als Zwangsmittel. Als ersteres kann er positiven Erfolg unter Umständen dort haben, wo in den Reihen der Gewalthaber respektive der Parlamentsmehrheit starke Meinungsverschiedenheiten und Interessenkämpfe um den Zweck bestehen, um dessentwillen er ins Werk gesetzt werden soll. Das war 1893 in Belgien und 1902 in Schweden der Fall und war auch 1905 in Österreich die Sachlage, als die dortige Sozialdemokratie durch die bloße Ankündigung des Massenstreiks die Widerstände gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts niederschlagen half. Als Zwangsmittel gegen die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien und eine hinter diesen stehende befestigte Zentralregierung hat er sich dagegen noch nie bewährt, und ferner hat als Zwangsmittel er auch dort versagt, wo einer geschlossenen, seinem Zweck feindlichen Parlamentsmehrheit eine in sich zerfallene Parlamentsminderheit

[1]) Siehe Georgi *Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung* (Jena 1908).

gegenüberstand, die entweder gar nicht oder nur mattherzig für die Forderungen eintrat, denen der Streik galt.

Es sollte kaum nötig sein zu bemerken, daß der Streik als politische Waffe ganz andere Züge trägt, auf ganz andere wirtschaftliche Wirkungen abzielt als der Streik für Gewerkschaftszwecke. Der letztere gilt bestimmten, abgegrenzten Unternehmergruppen, die er an ihrem Profitinteresse, nicht minder aber auch an ihrem Konkurrenzinteresse bedroht. Von Anfang an haben die Arbeiter daher im Gewerkschaftskampf es als eine wichtige Aufgabe betrachtet die Konkurrenzgegensätze, die in den Reihen der Unternehmer bestehen, möglichst ungeschwächt für sich spielen zu lassen. Umsichtige Differenzierung der Gegner hat schon viele Erfolge von Gewerkschaften ermöglicht und ist zwar nicht mehr die einzige, aber doch immer noch eine der bedeutsamsten Vorbedingungen gewerkschaftlicher Siege. Ebenso wählt der Gewerkschafter, soweit dies bei ihm liegt, den Zeitpunkt für den Streik aus, wo die Unternehmer die Arbeiter am nötigsten brauchen. Das ist nun keineswegs in allen Gewerben zu gleicher Jahreszeit der Fall. Für einen Bauhandwerkerstreik ist zum Beispiel der Spätfrühling noch eine günstige Zeit, für einen Schneiderstreik aber ganz und gar nicht. Ferner haben die Arbeiter im Gewerkschaftskampf gefunden, daß die Ausdehnung von Streiks auf andere Gewerbe oft die allerverkehrteste Maßregel ist, daß gegebenenfalls Streiks des einen Berufs die Wirkungskraft des Streiks eines andern Berufs gradezu vermindern. Ein Streik von Webern kann einem Streik von Spinnern des Garns, das zu ihrem Gewebe gebraucht wird, den Stachel ausziehen, ebenso ein Streik von Maurern einen Streik von Ziegeleiarbeitern für seine Dauer gegenstandslos machen, und ähnliches mehr.

Beim politischen Massenstreik fallen diese taktischen Rücksichten, zugleich aber auch die mit ihnen verbundenen Möglichkeiten hinweg. Er soll nicht einzelne Unternehmergruppen, er soll Staat und Gesellschaft dadurch treffen, daß er das ganze gesellschaftliche Gefüge in Unordnung bringt, das ganze Blut- und Nervensystem des sozialen Körpers in seinen Funktionen lähmt. Auch hierbei vermag eine Politik der Differenzierung Wirkungen zu erzielen. Nur steht es leider mit den Mitteln so, daß für sie das berühmte Wort *Wir haben sie bloß nicht* zutrifft. Streiks der Steuerzahler, Streiks der Sparkasseneinleger, Streiks der Bankgläubiger, wie sie bei der englischen Reformbewegung von 1831-1832, an der das breite Bürgertum fast noch mehr interessiert war als die Arbeiter, teils organisiert und teils angedroht wurden, können von der Arbeiterschaft Preußens, die einen überhaupt nicht, die anderen nicht in dem Umfang oder Grad ausgeführt werden, der nötig ist, wenn die Staatseinnahmen und die Goldvorräte des Staats so stark vermindert werden sollen, daß der öffentliche Kredit und die Geldzirkulation ernsthaft darunter litten. Ebenso würden die Arbeitseinstellung ganzer Industrieen sehr lange andauern müssen, um die mittleren und die oberen Klassen in ihrer Allgemeinheit zu treffen. Die Arbeiter der Bekleidungsindustrieen können lange streiken, bis die Besitzenden ernsthaften Mangel an Kleidern, Wäsche, Schuhwerk leiden. Deren Vorräte würden jeden Streik überdauern. Ähnlich mit noch vielen anderen Verarbeitungsgewerben, ob es sich um Verarbeitung von Metall, Holz, Leder, Fasern oder irgend welche *Masse* handele. Auch die voraussichtlichen Wirkungen eines Streiks der Nahrungsmittelarbeiter auf die Besitzenden werden sehr

überschätzt. Man übersieht dabei die vielen Möglichkeiten der Ersatzbeschaffung, die gerade den wohlhabenden Klassen zur Verfügung stehen.

Wer die Frage, auf welche wirtschaftlichen Wirkungen des als Zwangsmittel gedachten politischen Massenstreiks man vernünftigerweise rechnen kann, von Gewerbe zu Gewerbe sorgfältig prüft, der wird zu dem Ergebnis kommen, daß es außer den Arbeitern der Verkehrsgewerbe und Verkehrsanstalten, den Arbeitern der öffentlichen Beleuchtungsanstalten und etwa noch den Arbeitern des Kohlenbergbaus nur noch wenige Arbeiterkategorieen gibt, deren Feiern allein der bürgerlichen Welt größere Unbequemlichkeiten als solche zu bereiten vermag, die man, wo große, als Lebensfragen aufgefaßte Interessen auf dem Spiel stehen, zur Not eine gute Weile zu ertragen pflegt. Es müßte sogar damit gerechnet werden, daß selbst die viel tiefer eingreifenden Unzuträglichkeiten, die ein Generalstreik all der bezeichneten Arbeiterkategorieen zusammen mit sich bringen würde, längere Zeit die Wirkung des Mürbemachens nicht haben. Hat es sich doch gerade in der russischen Revolution wieder gezeigt, wie leicht in Zeiten außergewöhnlicher Erregung und Kämpfe von den Besitzenden Dinge entbehrt werden, deren Mangel sie in gewöhnlichen Zeiten als etwas Ungeheuerliches betrachten und bejammern, daß Dinge in den Kauf genommen werden, die ihnen sonst als unerträglich vorkommen. Wie mit der Natur der Menschen selbst steht es auch mit ihrem Verkehrsleben und ihren Verkehrsansprüchen: Sie sind elastisch, und man findet sich bald in ungewohnte Bedingungen. Auch auf diesem Gebiet ist es gewöhnlich nur der erste Schritt, der kostet. Ist der erste Stoß einer neuen Situation einmal überwunden, dann richtet sich alle Welt bald gemäß ihrer ein. Was alle trifft, bedrückt den einzelnen niemals wie es ihn quälen würde, wenn er der einzig Betroffene wäre. Die Handels- und Kreditschwierigkeiten können in solchen Zeiten durch allgemeine Moratorien und ähnliches sehr herabgemindert werden.

Nun stehen überdies die Angehörigen gerade der oben bezeichneten Gewerbe in Preußen zu einem guten Teil außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ein nicht geringer Prozentsatz sogar außerhalb jeder Arbeiterbewegung. Sie und die der Regierung und den bürgerlichen Klassen für eine Reihe der in Betracht kommenden Funktionen im Notfall zur Verfügung stehenden Ersatzkräfte müßten erst gewonnen werden, wenn der Massenstreik die Eigenschaft haben soll zwingende politische Wirkungen auszuüben. Diese Kräfte (Soldaten der Eisenbahn- und anderen technologischen Regimenter, Techniker, Handelsangestellte etc.) reichen freilich aus die gesamte Arbeiterschaft jener Berufszweige auf unbestimmte Zeit zu ersetzen, man vergesse aber nicht, daß der Massenstreik als Streik der gesamten Industrieen des Landes gerade die Wirkung hat den Bedarf nach jenen Arbeitern ganz erheblich einzuschränken. In den überaus lehrreichen Artikeln *Die Lehren des schwedischen Riesenkampfes,* die das *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* aus kompetenter Feder Ende vorigen Jahres über die Erfahrungen des Generalstreiks der schwedischen Arbeiterschaft veröffentlicht hat, heißt es zum Beispiel über die Frage der Beteiligung der Eisenbahner am Kampf:

»Ein Eisenbahnerausstand hätte aber, auch wenn er einmütig erfolgt wäre, keinen Zweck gehabt. Der Ausstand der Industriearbeiter führte schon von selbst dazu, daß der Eisenbahnverkehr nach zwei Wochen um rund 25 % eingeschränkt

werden mußte. Und die anderen 75 % der Züge, die noch fuhren, waren bald leer; sie hielten lediglich die Verbindung aufrecht, an der die Streikenden bald das gleiche Interesse hatten wie ihre Gegner. Ohne Post- und Eisenbahnverbindung, die Nachrichten, Geld und Lebensmittel vermittelten, wäre der Ausstand in dem weitverzweigten Land bald abgebröckelt. Darüber soll man sich keinen Illusionen hingeben, daß große Massen nur zusammen kämpfen können, wenn sie in täglicher Verbindung mit einander stehen. Auf die Unternehmer aber hätte ein Ausstand der Eisenbahner oder der Postbeamten keinerlei Einfluß auszuüben vermocht. Er hätte lediglich die ihnen nicht unangenehme Folge haben können, daß einige Rechnungen oder Wechsel weniger für die Dauer des Ausstands präsentiert worden wären. Der Ausstand konnte aber nur den Zweck haben auf die Unternehmer einzuwirken. Selbst wenn Regierung und Büreaukratie in Verlegenheit gekommen wären, so hätten sie dennoch weder die Unternehmer noch die Arbeiter zur Nachgiebigkeit kommandieren können. Wohl aber hätten sie einen andern Ausweg gehabt, indem sie die ihnen notwendigen Verbindungen militärisch und mit sonstiger Hilfe hergestellt hätten. Das ganze Land wäre somit bald in Kriegszustand versetzt worden. Das war die Revolution. Die aber nimmt man vernünftigerweise nicht wegen einer Lohnreduktion für einige hundert Arbeiter auf sich. Und man vermeidet sie, wenn einem das Wohl der Arbeiterklasse am Herzen liegt, auf alle Fälle, wenn man weiß, daß diese Arbeiterklasse in diesem Augenblick nur den vierten Teil der Gesamtbevölkerung, ihrer Interessenbekundung nach, ausmacht.«

In letzterer Hinsicht ist es nun freilich in Preußen besser bestellt. Dafür haben wir aber hier mit Arbeiterorganisationen zu rechnen, die den sozialistischen Organisationen mehr oder weniger feindselig gegenüber stehen und, selbst wenn sie sich im ersten Sturm einer Bewegung von ihnen hinreißen lassen, sich bei erwachsenden Schwierigkeiten als sehr zweifelhafte Mitkämpfer zu erweisen pflegen.

Jedenfalls kennzeichnet der Artikel treffend die Alternative eines solchen Massenstreiks, der Regierung und besitzende Klassen zwingen soll die Bedingungen der Streikenden anzunehmen. Denn es ist hier vorausgesetzt, daß der Streik nicht der Erlangung eines Kompromisses in der Wahlrechtsfrage gilt. Für einen Wahlrechtskompromiß stehen viele andere Wege offen als ein Massenstreik. Dieser würde ein Fiasko sein, wenn er nur mäßige Bruchteile der Arbeiterklasse umfaßte, als Streik des gesamten sozialdemokratisch gesinnten Proletariats aber außerordentlich leicht über sich hinaustreiben und die Form eines Kampfs auf Tod und Leben zwischen diesem und seinem Widersacher erhalten. Es gibt Situationen, wo man dergleichen wohl oder übel auf sich nimmt. Wer aber solche Situationen ohne genügende Veranlassung mutwillig heraufbeschwört, der handelt nicht wie ein seiner Verantwortung sich bewußter Politiker sondern treibt es wie ein Spieler. Eine Rolle, die dem Vertreter einer geschichtlich zum Verlust ihrer Machtstellung bestimmten Klasse, der für diese eine Galgenfrist gewinnen will, angemessen sein mag, aber sicherlich nicht für Vertreter der Bewegung der Arbeiterklasse paßt, die die Gewißheit ihres sozialen Aufstiegs in sich trägt, für die aber als das sicherste Mittel zur Verwirklichung dieses Aufstiegs sich in Deutschland die unablässige systematische Organisationsarbeit bewährt hat.

Man kann es offen aussprechen, daß, wenn viele Hunderttausende streiken — und anders ist solcher Streik gerade in Deutschland nicht möglich — sie auf die Dauer nicht still zu Hause bleiben. Sie werden, sie können es nicht ruhig mit ansehen, daß freiwillige oder kommandierte Hilfsmannschaften alle die Arbeiten verrichten, die die Wirkungskraft der Opfer, die sie sich auferlegen,

wieder aufheben oder abschwächen. Sie würden durch die Logik der Dinge gezwungen werden für das *Stillstehen aller Räder* eventuell Gewaltmittel zu versuchen. Und das heißt dann in der einen oder andern Weise Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht. Ohne solche ist ein politischer Massenstreik, der die Regierenden zur Bewilligung von Forderungen zwingen soll, die sie und die hinter ihnen stehende bürgerliche Mehrheit entschlossen sind nicht zu bewilligen, fast undenkbar.

Nun sind wir zurzeit in Preußen an einem Punkt der Entwickelung angelangt, wo ein Zusammenstoß zwischen Volk und bewaffneter Macht angefangen hat auch für die Vertreter der letztern eine zweifelhafte Sache zu werden. Es mag richtig sein, daß nicht lediglich diese Überlegung es war, die die Behörden bewogen hat in der Angelegenheit der Straßendemonstrationen den Hetzereien der Scharfmacherpresse keine Folge zu geben. Mit dem Blut der eigenen Volkszugehörigen befleckt sich keine Regierung unserer Tage ohne Not. Aber man ist sich in oberen Kreisen Preußens auch schwerlich darüber im Unklaren, daß man heute dem Militär nicht alles mehr zumuten kann, wozu es früher ohne großen Widerstand oder wenigstens Widerwillen sich kommandieren ließ, und daß man beim Volk qualitativ und quantitativ mit ganz anderen Massen zu tun hat als früher. Sofern die maßgebenden Persönlichkeiten nicht Abenteurernaturen sind, werden sie es daher mit gewaltsamen Zusammenstößen nicht leicht versuchen. Diese haben für die Machthaber unserer Tage so ziemlich alles Verführerische eingebüßt. Ich bin also weit entfernt die politische Situation pessimistisch anzusehen. Wer aber aus dieser Feststellung folgern wollte, daß eben deshalb die Sozialdemokratie es auf einen solchen Zusammenstoß ankommen lassen solle, bewiese keine große Logik. Tatsächlich geht aus ihr nur hervor, daß die Arbeiter es nicht nötig haben ihre organisatorischen Schöpfungen aufs Spiel zu setzen. Denn Spiel, politisches Glücksspiel und nichts anderes, wäre der zu Zusammenstößen treibende Massenstreik. Bei ihm hieß es *Va banque*: entweder alles oder nichts. Alles: denn als Sieger würden die Arbeiter unter diesen Umständen sich nicht mit der bloßen Wahlreform begnügen; nichts: denn als Besiegte würden sie mehr über sich ergehen lassen müssen als bloß die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen. Und darauf es ankommen zu lassen liegt wahrhaftig kein Grund vor, wo die deutsche Arbeiterbewegung auf dem bisher von ihr beobachteten Weg vielleicht langsam, aber stetig und sicher Schritt für Schritt vorwärts gekommen ist.

Über den politischen Streik als Demonstrationsmittel ist wenig dem hinzuzufügen, was schon oben darüber gesagt wurde. Er wirkt, wie sich 1902 in Belgien, 1903 in Holland gezeigt hat, als solches nicht wesentlich mehr als Straßendemonstrationen, wenn es sich um eine Sache handelt, für die die Arbeiterschaft allein einsteht. Nur wo es Forderungen gilt, für die starke bürgerliche Parteien gemeinsam mit der Partei der Arbeiter kämpfen, oder an der jene annähernd so lebhaft interessiert sind wie diese, kann ein Demonstrationsstreik die Wage zu ihren Gunsten zum Sinken bringen. Eine solche Situation ist in Preußen heute noch nicht da. Außer von der Sozialdemokratie kann nur noch von der kleinen Gruppe der Demokraten gesagt werden, daß sie für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu kämpfen bereit wäre, und deren politische Kraft steht in keinem Verhältnis zu ihrem Eifer. Die fortschritt-

lichen Volksparteiler wiederum haben sich zwar, was anerkannt zu werden verdient, im Parlament diesmal taktfest gehalten, aber ihre weitere Kampfeslust bleibt erst zu erproben. An den Nationalliberalen dagegen scheint vorderhand Hopfen und Malz verloren. Noch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der die Schlußabstimmung über das Werk des konservativ-ultramontanen Blocks stattfand, haben sie gezeigt, daß diesem gegenüber ihre politische Kunst gerade ausreicht ihm etliche unangenehme Dinge zu sagen, aber sofort zusammenbricht, wenn es sich darum handelt ihm in Taten unangenehm zu werden. Da es nicht gerade sehr wahrscheinlich, aber immerhin nicht ganz unmöglich ist, daß das Herrenhaus sich das Blockwerk etwas genauer ansieht und die Korrektur an ihm vornimmt, die Genosse Arons in den *Sozialistischen Monatsheften* als staatsmännische Aufgabe dieser Körperschaft nachgewiesen hat,[2]) so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Sache doch noch einmal an das Abgeordnetenhaus gelangt. Für diesen Fall und auch als Lehre für spätere Kämpfe wird es daher am Platz sein zu wiederholen, daß, wenn die Nationalliberalen dem Zentrum das Spiel verderben wollten, sie sich unter Fortlassung aller Pluralwahlrechts- und Gemeindedrittelungswünsche darauf beschränken müssen direktes Wahlrecht, geheimes Wahlrecht, Neueinteilung der Wahlkreise zu verlangen, diese Forderungen aber als untrennbar verbunden zu bezeichnen. In dieser Verbindung geben die Forderungen dann ein Ganzes ab, für das als zeitweiliges Mindestprogramm sich wahrscheinlich auch die äußerste Linke gewinnen ließe, dem sie jedenfalls keinen Widerstand entgegensetzen würde. Damit wäre aber auch das Zentrum genötigt sich dafür zu erklären, wollte es sich nicht selbst ins Gesicht schlagen; denn irgend einen stichhaltigen Grund diesem Programm die Unterstützung zu verweigern kann es seinen demokratisch gesinnten Wählern nicht auftischen. Statt so das Zentrum in die Klemme zu bringen und mit den demokratischen Elementen Fühlung zu gewinnen, haben die Nationalliberalen bis jetzt dem Block sein Spiel erleichtert und den Linksparteien selbst jedes zeitweilige Zusammengehen mit ihnen unmöglich gemacht.

Soll das so bleiben? Das mögen die den Großindustriellen nicht verschriebenen Mitglieder der nationalliberalen Partei sich nun überlegen. Denn was auch das Herrenhaus tut, die Bewegung um die Wahlreform in Preußen dauert ungeschwächt fort. Dessen dürfen alle Beteiligten gewiß sein.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

KARL LEUTHNER · WANDLUNGEN DER JOURNALISTIK

WER lange genug in der Parteipresse tätig ist, wird sich bei einem Rückblick verwundert gestehen, wie sehr sich ihm das Ding unter den Händen verändert hat. Verbreitung, Größe, Fülle der Nachrichten sind dabei bloß das Äußerliche, der Wandel geht tiefer und trifft den innersten Geist. Vielleicht könnte man fragen, ob das, was vor 20, ja selbst was noch vor 15 Jahren als sozialdemokratische Presse sich darstellte, überhaupt Zeitung in dem Sinn war, wie wir die Sache heute verstehen. Den Typus bildete das Wochenblatt, und selbst das Tageblatt war

[2]) Siehe Arons *Wahlrechtsvorlage und Herrenhaus* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte* pag. 407ff.

nur ein täglich erscheinendes Wochenblatt: alles Tagmäßige, Nachrichten, Mitteilung der Stadtereignisse, Bericht über das gesellschaftliche und gesellige Leben wurde möglichst zusammengedrängt, an zweite Stelle gerückt, oft nur behandelt, als erwiese man der menschlichen Schwäche der Leser eine widerwillige Konzession. Wesen, Sendung, Kraft der Presse lag in ganz anderm. Sie war Agitation, Verbreitung der Lehre, Polemik und Kritik, der die Ereignisse eigentlich bloß als pädagogisches Material zur Veranschaulichung, Darlegung und Erläuterung der sozialistischen Grundsätze wichtig wurden. Wer nicht eitel genug ist auch seine ausgetretenen Kinderschuhe noch zu bewundern, wird es als charakteristischen Mangel dieser anfangenden und anfängerhaften Journalistik erkennen, daß sie wortreich überwuchernde Kommentare zu Vorkommnissen und Erscheinungen lieferte, die sie in ihrem Verlauf und Sachverhalt den Lesern meist höchst unvollkommen zu erzählen pflegte. Vom rein journalistischen Standpunkt geurteilt war der Abstand von der Fülle der großen Presse zur Kargheit der sozialdemokratischen sehr beträchtlich. Dennoch hat die alte sozialdemokratische Zeitung ungeheure Wirkungen geübt und nicht nur auf den Arbeiter, dem sie entweder zum erstenmal tägliche Nachrichten ins Haus trug oder ein wohlfeiles Klatschblatt ersetzte, sondern auch auf die Intelligenz von deren jüngeren Jahrgängen an oft bis zu deren höchsten Kreisen. Sicherlich, daran hatte das Neue der Sache und das Neue der Worte Anteil. Aber das Neue war es doch nicht allein. Auch nicht das individuelle Talent einzelner Schriftsteller, denn die Wirkung trat ebenso dort ein, wo man eher von Schwerfälligkeit und harter, ungewohnter Federführung reden könnte. Den Individualgeist ersetzte, und wo er als starke Begabung schon vorhanden war, übertraf, machte sich dienstbar, machte zu seiner im Chor mitwirkenden Stimme ein über alles mächtiger Kollektivgeist von besonderer Entstehung und Zusammensetzung und von außerordentlicher, oft unwiderstehlicher Wirkungskraft.

Drei waren die wichtigsten Elemente dieses Kollektivgeistes: das zum Ausdruck gekommene soziale Kontrastempfinden des Proletariats, der sozialpessimistische Zug der Zeit und die Marx-Lassallesche Gedankenwelt, Gedankengewalt, Sprachgewalt. In formaler Hinsicht ist das letzte Element das entscheidende. Man wird nie begreifen, warum selbst reich ausgestattete, fruchtbare Köpfe in den dunkelsten Schatten der Orthodoxie dahindämmern, der Entwickelung entzogen, des Weiterdenkens unfähig, wenn man sich nicht klar vorstellt, wie sehr mit dem völligen Hineinwachsen in einen Schriftsteller und Denker höchsten Ranges die persönliche Kraft des Jüngers sich gehoben fühlt, wie er seinen Fuß auf ellenhohe Socken setzt. Doch das ist nur der allgemeine Fall. Im Verhältnis zu Marx waltete dazu etwas Tieferes, etwas von der edelsten Art. Die Wahrheit letzter Instanz, die Lösung aller Rätsel, die Antwort auf alle Fragen, die man aus Marx als sichern Besitz heimtrug, förderte zunächst nicht den Unfehlbarkeitsdünkel von Adepten, sie floß mit dem beseligenden Gefühl zusammen einer heiligen Sache zu dienen, der großen Sache der Menschheit, und wurde so zu der stolzen Sicherheit ihr als nützliches, ja als vollkommenes Werkzeug dienen zu können. Dieses Bewußtsein eines höchsten Rechts adelte die Unbekümmertheit, mit der oft recht junge und meist recht unerfahrene Leute bei begrenzter Bildung ihren Richterstuhl über Dinge und Menschen erhöhten, denen sie aus eigener Kraft nicht gewachsen waren,

durchströmte mit dem Feuer der Wahrheit und persönlichen Kraft die Formeln der Gesellschaftskritik, des ätzenden Spotts und grimmig niederwerfenden Hohns, die uns mühelos aller Dinge Meister werden, über alle Widersacher triumphieren ließen, und die wir fertig aus den Marxschen Schriften übernahmen, ohne zu bedenken, ob jenes Erhabenheitsgefühl, mit dem Marx von einem Gipfel des Wissens und der individuellen Macht herabsah, auch unser Teil war. Wir durften es dennoch: nicht als die einzelnen Menschen, wohl aber als Mund der Bewegung, die durch uns sprach; wir durften es vor allem, weil wir die volle Wirkung für uns hatten. Wenn man heute die kritischen Leistungen, die Tageskritik und Tagespolemik von damals nachprüft, wundert man sich, wie dergleichen so tiefen Eindruck hervorrufen konnte. Allein aus dem ärmlichsten Geschreibsel blitzte noch ein Funke von Marxens Geist hervor, und alles war zum erstenmal gesagt, war so unerhört, war so unbegreiflich kühn. Die bloße Aufzeigung der Gegensätze in der Gesellschaft, der sittlichen Widersprüche, in denen sie sich bewegt, wirkte als Scharfsinn, Witz, Geist, und in einer Sprache vorgetragen, die vom Zauber des Pathos und der Ironie des *18. Brumaire* berührt war, schien es vom Hauch des Gerichts umwittert.

Wir sind alle vollkommene Geister, fleckenlos, irrtumsunfähig und bar der Sünde, solange wir fordern und verneinen. Kritik und Negation sind das Eden jeder neuen politischen, sozialen, künstlerischen Richtung. Zur fehlenden Menschheit werden wir herabgezogen, sobald wir handeln müssen. Und seit mehr als einem Jahrzehnt haben sich auch für die sozialdemokratische Presse die Pforten des Paradieses geschlossen, im Schweiß des Angesichts muß sie ihr Brot verdienen. Ohne Zweifel hat sie dies mit redlichem Fleiß getan, und mit reichem Erfolg. Sie ist an Umfang ungemein gewachsen, hat das Feld ihrer Tätigkeit gewaltig ausgedehnt, sie bestrebt sich alle Bedürfnisse, die der Arbeiter als Mensch wie als Glied der Partei empfindet, zu befriedigen, sie mischt nicht nur ihre Stimme in den Streit der Politik, sie setzt als Nachrichtenblatt ihre Leser mit der Welt in Verbindung, geleitet ihn plaudernd durch das Treiben der Stadt, erörtert mit ihm die Erscheinungen der Kunst und die Fragen der Wissenschaft. Alles das mit gesteigertem Wirklichkeitssinn, mehr aus den Dingen redend statt daß sie sie wie ehedem bloß von der Höhe der Ideale herab richtete und maß. Allein zugleich wird mit dem Wachsen der Partei die Rolle der Zeitung immer wichtiger, und die Notwendigkeit sie von allem zu befreien, was sie von den älteren, engeren Zuständen her noch fesselt, immer dringender. Es ist die Entwickelung der Demokratie im modernen Riesenstaat, die die Presse in den Mittelpunkt des politischen Lebens stellt; keine durchaus segensreiche Entwickelung, denn die Presse ist der ihr gesetzten Aufgabe kaum gewachsen, aber eine unvermeidliche, weil zwischen den zentralen Organen der repräsentativ verwalteten Staaten und Parteien und der Masse eine andere Vermittelung als durch diese Organe täglicher Mitteilungen, Erörterungen, Erregungen nicht durchzuführen wäre, weil der Willen der Millionen einzelner nur durch solche fortdauernden und ununterbrochenen Einwirkungen zum Massenwillen gestaltet werden kann, weil das Volk, dessen Souveränität bloß im Augenblick der Wahlen aktiv ist, also einen Tag nach langen Zeiträumen, heute nur durch die Presse mit den öffentlichen Angelegenheiten verknüpft werden kann, die in der Mehrzahl

der Fälle praktisch für die breiten Massen lediglich so weit vorhanden sind als sie in den Zeitungen eine Widerspiegelung gefunden haben. Selbst innerhalb der Partei hört von einem bestimmten Grad ihres Wachstums und ihrer Größe die Versammlung, der Verein, die mündliche Propaganda auf das stärkste Band des Zusammenhangs zu sein; sie hat weite Provinzen ihrer Anhängerschaft, die allein von der Presse noch missioniert werden können.

Man mag das beklagen, ändern läßt es sich nicht, wie überhaupt alle Beschwernisse, die aus dem Widerspruch von Massenstaat und Demokratie hervorgehen, hingenommen werden müssen. Ist aber heute die Presse unbestreitbar das wichtigste Organ des öffentlichen, ja des Gemeinlebens überhaupt, so muß es auch das seinen Bedingungen am zeitgemäßesten angepaßte sein. Entscheidend wird demnach für die Frage, was der Presse not tut, eine Besinnung auf die wichtigsten Entwickelungsvorgänge des modernen Lebens sein. Diese sind aber, soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, vor allem zwei: daß unser Dasein immer mehr großstädtisch wird, der Arbeiter sich dem großstädtischen Wesen immer mehr vermählt; ferner, daß die Partei mit stets wachsendem Anteil an der aktiven Politik tätig teilnimmt. Der Arbeiter Großstädter: das heißt, er hat — nur daß der Ernst der Arbeit die Erscheinungen mildert — teil an dem schillernden, bunten, unbeständigen Wesen der Großstadt, das heißt, alle seine Sinne werden beständig mit Eindrücken überschüttet, die ebenso massenhaft herandrängen wie rasch wechseln; das heißt, das täglich Neue macht ihn des Neuen begierig; das heißt, die Gefühle setzen sich rasch um, graben nicht mehr so tiefe Furchen, Erregbarkeiten vertreten Leidenschaften, Explosivität die Nachhaltigkeit. Man wird sagen, wir haben ein anderes Idealbild vom Menschen. Indes, die überschwenglich große Tatsache des Zusammenlebens von ¼, von ½ Million, von 2 und 3 Millionen Menschen auf engem Raum, mit dem gleichen Schauplatz, den gleichen Wahrnehmungen, einer Fülle von Tagesgeschehnissen, die, an sich unbeträchtlich, nur durch das von ihnen angestachelte Interesse einer so ungeheuren Menschenzahl bedeutend werden, erzeugt Unvermeidlichkeiten, die wenig danach fragen, was wir wünschen und träumen. Des Übermächtigen wird man nur Herr, wenn man sich ihm anbequemt. Und Anbequemung war das sichtbare Streben unserer Presse. Sie hat frühzeitig erkannt, daß der Arbeiter in dem Malstrom des städtischen Lebens dahinwirbelt, daß die sprunghafte Entwickelung der Partei den Anschluß gewaltiger Massen bewirkt hat, denen nicht mehr in dem Maß wie einst den Parteigenossen alles Parteigeschehen inneres Erlebnis ist, sie hat eingesehen, daß sogar in der Kerntruppe, im innersten Innern der Partei die schillernde Vielartigkeit der modernen Daseinsweise die frühere Konzentration ihrer Neigungen zu zerstreuen vermocht hat. Und sie ist diesen Veränderungen nicht bloß entgegengekommen, sie hat sich bemüht ihnen vorauszueilen, sie war besonders auf dem weiten Gebiet der Künste, auch der Wissenschaften und nicht zuletzt des Sports Erweckerin, Entdeckerin, Wegleiterin für die ihr folgenden Leserscharen. Sie hat ihren Meldungsdienst weit entfaltet, den Bericht als solchen auch ohne Kritik und Moralrefrain als eine Pflicht der Zeitung erkannt, sie verschließt sich auch nicht mehr völlig denjenigen Ereignissen, deren Bedeutung einzig aus der oberflächlichen Sensation herfließt, die sie hervorrufen.

Doch sie kommt über gewisse Schranken nicht hinweg. Nicht nur die Art der Behandlung, worüber sich reden ließe, sondern auch die Auswahl und Begrenzung des Stoffs unterliegt noch immer Einengungen, die einer aus den asketischen Anfangszeiten entspringenden moralischen Ängstlichkeit zuzuschreiben sind. Weshalb gegen den Strom schwimmen, wenn die Strömung zu stark ist? Wir reden nicht zu Ausnahmemenschen, wir reden zu einer breiten und sich immer weiter ausbreitenden Menge. Und wollen wir wissen, was die begehrt, so sehen wir uns nur selbst an, aber nicht nach dem, was der keusche Mund bekennt, sondern nach dem, was das keusche Herz nicht entbehren kann. Auch der Gebildetste erörtert nicht beständig Marx und Kant, und wenn er den *Zarathustra* auf den Nachttisch legt, hat er vielleicht vorher im Café die Zeppelinauffahrt oder die neuesten Personalien vom Theater besprochen. Warum soll es der Arbeiter anders halten, und besonders die Arbeiterfrau? Ihr Leben zwingt sie dem Kleinsten des Kleinen Mühe und Sorgfalt zu weihen, und ihre Muße soll sie in eine steile Höhe reißen? Manchmal, jedoch nicht immer, nicht einmal gewöhnlicherweise und am wenigsten ausschließlich. Jeder Mensch hat ein Recht darauf sich im Geplauder zu entlasten und im Sinn einfacher Neugier Zeitgenosse, Lebensgenosse innerhalb seines Wohngebiets zu sein. Der Großstädter findet es dabei nicht einmal so bequem wie der Dorfbewohner, wo am Brunnen jedesmal das Fazit des Tags gezogen wird. Die Großstadt ist Zusammenhäufung von Massen auf Plätzen und in Straßen, in Fabriken und in Mietshäusern, und dabei Vereinzelung, Trennung durch die Entfernungen, durch die wechselseitige Fremdheit der Menschen. Und doch geht durch jeden der Drang diese Stadt, in der er wohnt, auch zu erleben, und doch braucht der Durchschnittsmensch ein Quantum kleiner Ereignisse, an denen er seinen Witz messen kann, ohne sich mühsam aufzurecken. Also muß die Zeitung der Brunnen des Stadtklatsches sein, also muß sie die Brücke sein, die alle Trennungen überwindet, der Kinematograph, der die große und die kleine Welt des Stadtdaseins in Bildern lebendig nachformt, also muß sie jedem die Sensationen zutragen, diesen Klatsch der vielen, diese gigantische Nachrede der Hunderttausende, damit jedem das sichere Gefühl vermittelt wird Stadtgenosse, Gesprächsgenosse, Zeitgenosse zu sein. Und was über die Straße läuft und viele Zuschauer hat, das gehört in die Zeitung, wie es auch sei, und wie man es auch beurteile; denn die Vorstadt will wenigstens in der Phantasie nacherleben, was den Bewohnern der Hauptverkehrsadern zum Sinnenschmaus geworden ist. Will sie es? Jeder von uns kennt die Erfolge der Klatschpresse, da wäre Erörterung zu nichts führender Zeitverlust. Und wir sehen — ob das nun bedauerlich ist oder nicht —, wie alles, auch das sogenannte *gebildete Publikum*, dem leichten Genre zuneigt, wie die ersten, gravitätischen Blätter vor den andern zurückweichen, bei denen die *Aufmachung* über das mangelnde Gewicht der Ware hinwegtäuschen muß. Hier widerstreben heißt zurückgedrängt werden, oder, besser gesagt, das allerdings notwendige Widerstreben kann lediglich durch halbe Anbequemung erreicht werden. Nicht das eine um des andern willen preisgeben, sondern das eine neben das andere stellen! Übrigens ist es ebenso lächerlich dem Journalisten, den man doch nicht entbehren kann, Geringschätzung zu affektieren als seine Würde zu übertreiben. Seine Aufgaben reichen — schriftstellerisch, politisch, nach der vorauszusetzenden Gedankenarbeit — oft recht hoch, sie bleiben jedoch zum andern Teil

auf dem Gebiet des schlichten Berichtens, Schilderns und Erzählens. Allein gerade als Vermittler des geselligen Lebens verrichtet der Journalist seine unentbehrlichste, weil durch Bücher oder sonstwie nicht zu ersetzende Funktion: die unendliche Vielartigkeit und Vielköpfigkeit des Stadtdaseins zur Einheit des Erlebens, zu einem Gemeingefühl (der Grundbedingung aller Kulturempfindungen und Kulturbedürfnisse, soweit sie solche der Masse werden können) zu verschmelzen. Vielleicht, indem er das Geringe und Geringste als eine dennoch wichtige Sache betreibt, lernt er allmählich es durch die Form der Behandlung zu erheben. Alles Kunstgewerbe vermöchte nicht so viel für die Ästhetisierung unseres Lebens zu leisten wie der Berichterstatter, der den Krimskrams des Stadtlebens anmutig, fein, von Humor belebt, und von einem Hauch der Kunst berührt zu erzählen wüßte. Und hier wäre auch der Weg diese Dinge so zu zeigen, wie wir wünschen, daß der Arbeiter sie sieht: der einzige Weg; denn daß sie nicht sehen, vermögen wir nicht zu bewirken. Nur Moralisten dürfte man nicht in diese Länder schicken. Und welche sind es? Noch einmal: das ganze Stadtleben. Soll aber an einem Beispiel gezeigt werden, daß die überlieferte Moral einer engen Vergangenheit uns selbst dort einschnürt, wo unsere ernstesten Aufgaben liegen, so braucht man sich nur vor Augen zu führen, daß kein sozialdemokratisches Blatt Deutschlands oder Deutsch Österreichs einen regelmäßig erscheinenden Börsenbericht hat. Es wird schon vielleicht in 10 Jahren jedem Sozialdemokraten unbegreiflich erscheinen, wie eine Partei, die den Kampf gegen den Kapitalismus zum Existenzrecht hat, den Gegner dort unbeobachtet ließ, wo er seine eigentlichen Manöver vorbereitet, wo das, was sonst als Abstraktion wirkt, in dem Handeln bestimmter Menschen und Gruppen zu scharfer Plastik hervortritt. Was hält uns hier ab? Daß wir dem kleinbürgerlichen Vorurteil keine Nahrung geben wollen? Wir sind sonst — etwa im Kampf gegen die Trusts — nicht so ängstlich. Daß sich auf diesem Gebiet ohne Informationen, ohne Einblick und Blick hinter die Kulissen, ohne Beziehungen nichts erreichen läßt? Man wird die Menschen finden, die der Aufgabe gewachsen sind, ohne ihr zu erliegen. Nein, der Hinderungsgrund ist ein dunkles Gefühl von einer unzüchtigen Vermischung der Presse mit dem Finanzkapital, eine Scheu, mit der zartgewöhnte Leute an weniger gewissenhaften im Bogen vorübergehen. Aber wer Arzt sein will, darf sich nicht vor Ansteckung fürchten.

Das eine also ist, daß wir es mit dem Sensationellen und dem Plauderhaften, mit dem Pikanten und Medisanten, mit alten und neuen Geschichtchen, die alt und jung gern hören, mit Börse, Banken, Mode und Tod und Teufel wagen sollen. Das andere aber, daß die Entwickelung des Zeitungswesens überhaupt und die politische Rolle der Zeitungen insbesondere die äußerste Entfesselung der Individualitäten erheischt. Der Journalist einer sich emporringenden Partei, deren Politik Agitation nach innen und Bekenntnis nach außen, und deren Art die schroffste Verneinung ist, die ebenso die Agitation vereinfacht wie sie die Grenzen des Bekenntnisses scharf zieht, also der Partei gibt, was sie zunächst braucht: eine deutlich ausgeprägte Physiognomie, dieser Journalist der Frühzeit spricht die Stimmung des Chors aus. Er verkündet je nach dem Maß seiner Begabung ausdrucksvoll und erschöpfend, was die Herzen aller bewegt, was im Empfinden und Denken gegenüber den *anderen* allen gemeinsam ist. Und selbst bei inneren Streitigkeiten weicht nur der Gemeinsinn der

Gläubigen dem Gemeinsinn der Sekte. Sobald die Partei jedoch im Gebiet der praktischen Politik, sobald sie besonders im Parlament handelnd auftritt, wechselt die Szene. Die Tat verlangt den Entschluß, und an ihm zersplittern sich die Meinungen, die Einheit, ja Einerleiheit des Denkens setzt aus, wo nicht mehr von dem, *was wir wollen,* sondern von dem, was zu tun das klügste wäre, die Rede ist. Die handelnde Politik eint, sie lenkt Gemüt und Leidenschaft vom Hader der Sekten ab; aber der Meinungsstreit ist ihre Voraussetzung, und niemals wird es einer demokratischen Partei gelingen diesen ausschließlich zu einem intimen Vorgang ihrer Klubs und Komitees zu machen; er drängt heraus, er drängt in die Presse, denn die eine Meinung wie die andere will die Mehrheit der Genossen gewinnen. Indes, die Tat heißt auch ihre Vorbereitung. Und hierbei insbesondere ändert sich die Taktik wie im allgemeinen so namentlich die der Presse. Parteien, die nicht hoffen können in absehbarer Zeit die parlamentarische Mehrheit und Herrschaft an sich zu ziehen, die jedoch zu groß geworden sind, zu weitschichtige Interessen vertreten, um sich mit reiner Opposition zu begnügen, Parteien also in der Lage wie sie heute der Sozialdemokratie überall gegeben ist, können nur dann in das öffentliche Getriebe handelnd eingreifen, praktische Erfolge nur dann erzielen, wenn sie Bundesgenossen gewinnen oder die öffentliche Meinung mit fortreißen. Damit tritt von selbst die Zeitung in den Vordergrund, denn sie ist das bevorzugte, wenn nicht das einzige Mittel über den Kreis der Parteizugehörigen auf den Leser überhaupt zu wirken, und sie muß als dieses Mittel in ganz besonderer Weise gehandhabt werden. Sprache und Ansprache ändern sich. Man ruft das Volk an, das Volksganze, die Gesamtheit, während man früher gern mit dem Bild von den *zwei Nationen,* der der Besitzenden und der der Besitzlosen, die nichts mit einander gemein haben, ein geistreiches Spiel trieb; man fordert die Gerechtigkeit, das allgemeine Rechtsempfinden heraus, obschon es ehedem meist hieß, das Recht sei lediglich Ausdruck der Machtverhältnisse, und alles Rechtsbewußtsein finde am Vorteil seine Grenze; man appelliert an den Staat, die Organisation der herrschenden Klassen, wie man zuvor gern sagte, an seine Pflicht allen Bürgern ein gleiches Recht und einen gleichen Anteil an der Mitherrschaft zu gewähren, ja, man weist ihm besondere Obliegenheiten gegenüber der eigentumslosen Klasse der Staatsangehörigen zu. Dies tun heute sämtliche Sozialdemokraten ohne Unterschied ihrer theoretischen Anschauung, denn der Grad der dogmatischen Gebundenheit bestimmt nicht mehr das Was sondern höchstens das Wie ihrer Handlungen.

Gilt dies indes ausnahmslos, herrscht ausnahmslos die Überzeugung, daß die Presse die Sache vor dem Volk zu führen, daß sie den politischen Aktionen der Partei im Volk den Boden zu bereiten habe, dann muß sich die Presse für diesen Zweck geschickt machen. Die Aufgabe eine allgemeine Polemik ausschließlich vom Klassenstandpunkt zu führen verlangte nur die Stilisierung von Gedanken und Gefühlen, die allen gehörten, sie verlangte einen starken Glauben und eine leidlich gewandte Feder. Soll dagegen der Journalist der Sachwalter des Proletariats sein, für dessen Wünsche Stimmung machen, ihnen den Weg durch das Dickicht des öffentlichen Lebens bahnen, wechselt der Lauf der Tage nicht mehr den Text seiner Predigt aus, stellt er ihm vielmehr die Ereignisse als benutzbare Gelegenheiten und auszuschöpfende Möglich-

keiten vor Augen, dann sind Witz, Geist, selbst Kenntnisse und Stil bloß noch nützliche und angenehme Zugaben seiner entscheidenden Fähigkeit. Dann muß der Journalist nicht nur Schriftseller sein oder gar nur ein braver Parteigenosse, der schreiben kann, sondern etwas, das seltener ist und kostbarer als schriftstellerische Fertigkeit und Bravheit, nämlich ein politischer Kopf, einer, dem es ein angeborener Instinkt oder eine anerzogene Denkgewohnheit ist Situationen zu überschauen, die kommende Konstellation, die politische Konjunktur ahnend zu erfassen, Menschen, Dingen und Augenblicken die schwache Seite abzuspähen. Und zu der Schmiegsamkeit des Geistes, die ebenso Wort und Gebärde seiner Kunst nach den wechselnden Umständen wählt wie in sich selbst die Widerstände des Vorurteils und der Lieblingsmeinung zurückdrängt, muß sich bei ihm gesellen, was aller dieser Tugenden Halt und Träger ist: eine starke Individualität, rasche Entschlossenheit und jenes unbeirrbare Verantwortungsgefühl, das auch dann an dem als richtig Erkannten festhält, wenn dessen Notwendigkeit zunächst nur wenige einsehen, ja wenn er damit allein steht. Man weiß, daß die Sozialdemokratie Leute dieser unzerstörbaren Eigenart besessen hat und besitzt. Freilich, Talent und Individualität sind Glücksfälle. Und doch hat es damit vielleicht die selbe Bewandtnis wie mit der Gärtnerei, daß im aufgelockerten, wohlgepflegten Boden auch schwache Pflänzchen oft zu erstaunlicher Stärke gedeihen. Und das nächste ist, daß man weiß, was jedem bekommt. Dem Schriftsteller aber bekommt nur Freiheit. Gewiß, mit der Fessellosigkeit der Journalistik verbindet sich Gefahr. Allein welches Ding kann man gebrauchen, ohne die Gefahren des Gebrauchs mit in Kauf zu nehmen? Fehlen sie etwa beim Parlamentarismus? Gleichwohl hat noch niemand daran gedacht die Tätigkeit des Parlamentariers, des Redners, des Agitators mit Sicherungen zu umgeben, die immer zugleich auch Einschränkungen sein müssen. Der politische Schriftsteller hat mit ihnen das gemein, daß sein Amt im Wesen demokratisch ist, das heißt eine stetige Öffentlichkeit hat und Leistungen, die jedesmal dem Urteil aller unterliegen. Wenn irgend einer, so schließt dieser Beruf die Kontrolle in sich ein. Allein er verträgt auch keine andere als die ihm natürlich ist. Wer die Feder wirklich führt, um für das Proletariat zu kämpfen, wird er anders als gezwungen, wird er mit innerlicher Zustimmung zwischen seinem Gewissen, zwischen der Sache, der er dient, und dem Volksteil, dem er dient, eine Zwischeninstanz anerkennen? Nach seinem Wesen, das heißt, falls er das ist, was er sein soll: mehr Politiker, der die Feder zur Durchsetzung seiner Meinungen benutzt, als Journalist, der politisches Geschehen mit Worten begleitet, kann er nur seine Zwecke kennen und die, denen zuliebe er sie verfolgt. Das sind die Orientierungspunkte, nach denen er seinen Kurs richten soll. Wer ihn nötigt sich nach Menschen, Rücksichten und Institutionen umzublicken, die mit jenen beiden nicht unmittelbar zu tun haben, schwächt sein Verantwortungsgefühl, lähmt seine Hand, beirrt seine Fahrt. Das bedeutet nun nicht: Der politische Schriftsteller soll absolut eigenmächtig vorgehen. Stets wird dringender Rat an ihn herankommen, gerade wie an den Abgeordneten, in entscheidenden Augenblicken wird, was er schreibt, sich im Meinungsstreit und Gedankenaustausch mit den Erfahrensten und Urteilsfähigsten durchgerungen haben, in den wichtigen Fällen wird seine Ansicht vom persönlichen Einfall zum vielseitig abgewogenen Urteil sich erheben. Und so wird sich auf die natürlichste Weise herausstellen, daß er, indem er

spricht, auch der Mund der Partei ist. Nur muß nicht eine formale Kontrolle eingreifen, bei der das Amt statt der Person die Kompetenz bedeutet. Alle Kontrolle hat notwendig bureaukratische Art. Doch alles Bureaukratische ist gut für die Regel, ist nützlich zur Aufsicht über die Einhaltung allgemeiner Vorschriften, zur Überwachung des äußern Verhaltens, dagegen völlig ungeeignet den Geist und seine wandelbaren Gestaltungen zu prüfen oder gar die Tat zu bewerten, die den politischen Augenblick erhaschen und die Geburt des Zufalls zum planvollen Ergebnis gestalten soll. Die Kontrolle also, sofern man ein Organ des raschen Eingreifens für extreme Fälle für nötig hält, mag vorteilhaft wirken, falls sie die Einhaltung der Gesetze journalistischer Redlichkeit und Anständigkeit beobachtet, bei Personalien vermittelt, bei gewissen äußersten Punkten als Wächter steht; darüber hinaus bleibt ihr Wert problematisch. Sogar vom Standpunkt der Demokratie hat der Journalist vor der Kontrolle den Vorzug, daß sein Handeln stets vor der allgemeinen und gleichen Öffentlichkeit der Leser und Parteigenossen sichtbar ist, während die Kontrolle nach der Praxis des Verfahrens aus einem engen Kreis hervorgegangen, zwar dort im Namen aller tätig ist, wo die Übereinstimmung mit dem Denken der Partei die Mängel der Entstehung ergänzt, jedoch Zweifel ihrer innern Berufenheit erweckt, wo sie das Gebiet schwieriger und vielverwickelter Meinungsverschiedenheiten betritt.

Man verwende jedes Ding dazu, wozu es gut ist, und so, wie es am besten ist. Das hat man beim Parlamentarier und Agitator getan, also tue man es auch beim Journalisten. Die Kontrolle der Parteigemeinschaft, der weitesten wie der engern des Orts seiner Tätigkeit: und als Gegengewicht die Verschärfung der Verantwortlichkeit, in dem deutlicher und häufiger als bisher, was er schreibt, als seine persönliche Meinung hervortritt. Es ist nur ein altes Vorurteil, daß man glaubt, die Namenlosigkeit leihe der Zeitung und allem, was sie sagt, einen magischen Zauber, mache es zum Ton, zur Stimme aus der Höhe. Wie sonst in unseren Tagen der Skepsis und Nüchternheit sind auch diese Schleier der Mystik zerflattert. Heute sucht ohnedies jeder hinter der Zeitung keineswegs die, weil nicht mit Namen genannte, unnennbar hohe Macht sondern die schreibenden Menschlein. Aber diesen selbst tut es gar wohl, wenn sie überall, wo es angeht — und hier spricht freilich der Grad der Preßfreiheit ein gewichtiges Wort mit — für Inhalt und Form, und namentlich für die Form, einstehen müssen. Was wiegt die befürchtete Stachelung des Ehrgeizes und der Eitelkeit — die übrigens kein allzu arges Übel ist, wenn man Talente sucht — gegen den Zwang stets in Toilette zu erscheinen, diesen für jeden Schriftsteller so überaus heilsamen Zwang? Man hat der französischen Presse nachgesagt, sie verdanke Sorgfalt und Sauberkeit ihres Stils und Ausdrucks vorzüglich Napoléon und seiner preßpolizeilichen Vorschrift, daß jeder seine Beiträge zeichnen müsse. Das habe sich als segensreiche Gewohnheit erhalten und in den Tagen der Freiheit als Zucht der Sprache sicherer gewirkt als in den Tagen der Diktatur als Schranken und Schrecken der Gedanken. Bei uns hat die Angst der Polizei vor dem gedruckten Wort im entgegengesetzten Sinn gewirkt, und ihr haben wir es wohl beizumessen, daß nicht allgemeiner anerkannt wird, wie sehr es dem Schriftsteller wesentlich ist, ja sein Wesen ausmacht, persönlich in dem zu erscheinen, was er schreibt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

GEORG GRADNAUER · DIE NEUE SITUATION IN SACHSEN

SEIT durch die Wahlen im Herbst vorigen Jahres eine durchaus neue Parteikonstellation in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags herbeigeführt wurde, haben in dieser Körperschaft so mannigfaltige und wichtige Auseinandersetzungen stattgefunden, daß es möglich ist die neue politische Situation dieses Landes einer zusammenfassenden Beurteilung zu unterziehen.

Es ist erforderlich mit einigen Hinweisen auf das letzte Wahlergebnis zurückzugreifen. Ich habe schon kurz nach den Landtagswahlen mitgeteilt, daß die Sozialdemokratie nach Aussonderung der Zusatzstimmen, die das Pluralwahlsystem verteilt, wahrscheinlich mehr Wähler auf sich vereingt habe als alle anderen Parteien zusammen.[1]) Die mittlerweile erschienene amtliche Wahlstatistik hat diese Annahme vollauf bestätigt. Bei einer im ganzen Land sehr starken Wahlbeteiligung von beinahe 83 % der Wahlberechtigten — im günstigen Gegensatz zu der schwachen Beteiligung unter dem frühern Dreiklassenwahlsystem — wurden für die Sozialdemokraten 341 396 Stimmzettel abgegeben, während die sämtlichen anderen Parteien nur 292 816 erhielten; die konservative Partei hatte 103 517, die freikonservative 2036, die *Reformpartei* und *Mittelstandsvereinigung* 20 249, die nationalliberale Partei 125 157, die freisinnige 41 857 Wähler. Recht bemerkenswert ist dabei, daß für die Sozialdemokratie von den Zweistimmenwählern mehr als die Hälfte (54,12 %), von den Dreistimmenwählern mehr als ein Viertel (26,46 %), von den Vierstimmenwählern 8,26 % gewählt haben. Gleichwohl hat natürlich die Stimmenhäufung des Pluralsystems das Wahlergebnis in hohem Maß zuungunsten unserer Partei verfälscht. Die Sozialdemokratie erhielt, wenn nicht die Stimmzettel sondern die Stimmen und Zusatzstimmen gezählt werden, 492 522 Stimmen, die anderen Parteien aber zusammen 781 476 Stimmen. Die amtliche Statistik kommt zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie wahrscheinlich 68 von den 91 Mandaten, die die Kammer umfaßt, erhalten hätte, wenn ohne Zusatzstimmen gewählt worden wäre, daß sie trotz Zusatzstimmen, falls nach proportionalem Verfahren verteilt worden wäre, 35 Mandate erhalten hätte. In Wirklichkeit hat sich unsere Partei mit 25 Mandaten begnügen müssen, das Pluralsystem in Verbindung mit der veralteten Wahlkreiseinteilung hat sich wirklich, wie die *Leipziger Zeitung*, das Regierungsorgan, ausführt, als »wirksame Schranke gegen die im Reichstagswahlrecht liegenden Gefahren« erwiesen.

Immerhin ist auf Grund der letzten Wahlen eine ganz neue parlamentarische Situation entstanden. Die Sozialdemokratie in erster Linie darf sich der veränderten Verhältnisse freuen. Sie hat nach langen, schwierigen Kämpfen endlich wieder eine große Position in dieser Vertretungskörperschaft errungen, in der schon seit den siebziger Jahren Sozialdemokraten saßen, in der unter dem Sozialistengesetz Liebknecht, Bebel, Vollmar wirkten, aus der unsere Partei aber durch den Gewaltstreich von 1896 verdrängt wurde. So kann endlich wieder in allen wichtigen Fragen der Kulturpolitik, die den Landtag beschäftigen, die Arbeiterklasse ihre Interessen zum Vortrag ringen und die Gesetz-

[1]) Siehe meinen Artikel *Nach den sächsischen Wahlen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1466 ff.

gebung mit ihren sozialen und demokratischen Anschauungen zu erfüllen versuchen. Die neue sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich mit Eifer und Ernst an ihre Aufgabe gemacht und sich schon in den wenigen Monaten ihrer Tätigkeit, sei es in der Stellungnahme zu Regierungsvorlagen sei es durch eigene Anträge und Interpellationen, als überaus arbeitstüchtig erwiesen. Die neue Fraktion besteht fast durchweg aus Mitgliedern, die bisher noch nie in einem Parlament tätig waren, und ihre Leistungen sind ein schöner Beweis der schöpferischen Macht, die aus der Arbeiterbewegung emporwächst.

Die Stellung unserer Fraktion war aber auch von vornherein eine andere als zu der Zeit, da die Reaktion es noch für möglich hielt die Sozialdemokratie völlig aus dem Landtag auszuschalten. Das letzte Jahrzehnt deutscher und sächsischer Geschichte hat manche rückständige Verbohrtheit überwinden lassen. Auch in diesem seit Jahrzehnten als erzreaktionäres Musterland verrufenen sächsischen Staat müssen sich die herrschenden Mächte damit abfinden, daß die Arbeiterschaft, gegen deren Aufwärtssteigen alle Knebel- und Entrechtungsgesetze versagt haben, nicht mundtot gemacht werden kann. In der frühern parlamentarischen Periode, vor 1896, hatte man unsere Abgeordneten von den Deputationen kurzerhand ausgeschlossen, so daß eine sachlich eindringende Arbeit unmöglich war, und dann klagte man über die rein agitatorischen Reden, die von den Sozialdemokraten zum Fenster hinaus gehalten würden. Jetzt war über den Eintritt unserer Parteigenossen in die Deputationen keinerlei Erörterung mehr möglich. Unsere Vertreter führen zum Teil den Vorsitz in Deputationen und fungieren als deren Berichterstatter. Einen Vizepräsidentensitz und einen Sekretärsposten haben sie allerdings noch ablehnen zu sollen geglaubt, weil die Nationalliberalen daran Bedingungen knüpften, die sie nicht erfüllen mochten; auch in dieser Hinsicht werden mit der Zeit unsere Ansprüche auf Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien sich durchsetzen.

Ein weiteres Kennzeichen der neuen Situation ist darin zu erblicken, daß eine geradezu rückwärtslerische Politik, wenigstens fürs erste, ausgeschlossen erscheint oder doch unwahrscheinlich geworden ist. Die Vorherrschaft der Konservativen ist gebrochen. Die konservative Partei, die in der vorigen Kammer die Mehrheit der Sitze hatte, ist auf 29 von 91 Mandaten zurückgeworfen worden. Neue Verschlechterungen staatsbürgerlicher Rechte, *mittelstandsretterische* Pläne, wie die noch bis vor kurzem stets drohende Landesumsatzsteuer gegen die Arbeiterkonsumgenossenschaften und Ähnliches, sind, wie es scheint, zur Unmöglichkeit geworden. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob etwa durch die jetzige Zusammensetzung der Zweiten Kammer eine freie Bahn nach vorwärts eröffnet wird, ob und inwieweit die Aussicht vorhanden ist, daß man altes Unrecht beseitigt, politische Rechte erweitert, wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Klassen durchführt, die geistige Kultur entwickelt und erhöht. Schon die bisherigen Verhandlungen in der Kammer haben gezeigt, daß in alledem leider keinerlei größere Erwartungen gehegt werden dürfen. Vielmehr wird es aller Wahrscheinlichkeit nach die Signatur der jetzigen Periode sein, daß ein fruchtbareres Wirken ins Weite und Freie zunächst noch unmöglich bleibt. Es zeigt sich schon, daß der Liberalismus weder den Willen zu einer großzügigen Fortschrittspolitik in sich trägt noch die Kraft auch nur das Wenige, das er etwa will, gegen den Widerstand der beharrenden Mächte durchzusetzen.

Wenn wir das Verhältnis zwischen den beiden bürgerlichen Hauptparteien, den Konservativen und den Nationalliberalen, betrachten wollen, so ist zuvor zu bemerken, daß die sächsische Regierung sich einseitig auf der konservativen Seite hält. Die sächsische Regierung erklärt natürlich, genau wie Herr von Bethmann Hollweg von sich und seinen preußischen Ministerkollegen, daß sie keine Parteiregierung sei. Doch ist sie in Wirklichkeit durch und durch konservativ. Als einmal die Nationalliberalen Beschwerde führten, daß die Beamten unter Beeinflussungen von den oberen Stellen her fast ausschließlich für die konservative Partei arbeiten, da erwiderte der Minister des Innern Graf Vitzthum von Eckstädt in aller Naivetät und zum großen Verdruß der beleidigten Nationalliberalen, die konservative Gesinnung der Beamtenschaft erkläre sich einfach daher, daß die konservative Partei in höherm Maß als andere Parteien *staatserhaltend* sei. In Wahrheit lastet auf der Beamtenschaft der Druck der konservativen Tradition und der terroristische Zwang, der ganz nach preußischem Muster ausgeübt wird. Der Konservatismus der höhern Beamtenhierarchie aber wird allerdings nicht ausschließlich durch wirtschaftliche Interessengemeinschaften bedingt, er wird wohl erheblich durch einfache Familien- und Personeninteressen mit bestimmt; man fürchtet, daß Ämter und Posten durch Emporkömmlinge aus den breiteren bürgerlichen Schichten in Besitz genommen werden. Aber wie dem auch sei, die sächsische Regierung ist unter den neuen Verhältnissen die alte geblieben. Alle Minister sind konservative Männer, und ihr Auftreten in der Kammer zeigte fast jeden Tag, wie außerordentlich widerwärtig es ihnen ist mit einer Kammer wie der jetzigen arbeiten zu müssen. Es hat nicht an scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Ministern und den sozialdemokratischen Abgeordneten gefehlt, aber fast noch häufiger waren sehr gereizte und erbitterte Parteigefechte zwischen den nationalliberalen Abgeordneten und den Ministern. Besonders der leitende Mann im Ministerium, der Finanzminister Dr. von Rüger, vermag sich in die neuen Verhältnisse ganz und gar nicht einzuleben. Dr. von Rüger ist eine in ihrer Art geschlossene Persönlichkeit. Er hat noch in seinen hohen Jahren in zäher Arbeit die verfahrenen Finanzen des Landes, wenn auch nur allzusehr durch gründliche Sparerei an den Unterbeamten und Staatsarbeitern, wieder einigermaßen geordnet. Aber er vermag über den altgewohnten engen Horizont eines philiströsen Konservatismus nicht hinauszuschauen. Dazu ist er herrisch und unduldsam gegen Widerspruch, er wird leicht erregt, gallig und provoziert heftige Szenen. Er ist der selbe, der vor mehr als 10 Jahren im Reichstag als Generalstaatsanwalt und sächsischer Bundesratsbevollmächtigter gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen die grausamen Zuchthausurteile in der damals viel erörterten Löbtauer Bauarbeiteraffäre verteidigte und jede Milderung schroff ablehnte, wobei er freilich, wie in noch manchen anderen Fragen, durch den weitern Verlauf der Ereignisse sehr ins Unrecht gesetzt wurde. In der jetzigen Landtagssession haben die streitbaren Auseinandersetzungen zwischen Dr. von Rüger und den Liberalen, aber auch unseren Parteigenossen, nicht aufgehört. Bald warf Dr. von Rüger die Behauptung hin, die Herren forderten immer, die Regierung solle liberaler werden, aber was eigentlich liberal bedeuten solle, daraus könne man überhaupt nicht klug werden. Dann sagte er nach der Eisenbahnrede eines Nationalliberalen, der Herr Abgeordnete könne 7 mal 7 solcher schönen Reden halten, der Regierung falle es doch nicht ein die Bahn zu bauen. Dann wieder verbittet er sich in aufge-

regter Verärgerung und in heftigstem Ton »Ungezogenheiten«, obschon ihm niemand etwas angetan hatte, und schließlich läßt er sich so weit gehen angebliche Zwischenrufe in das Landtagsstenogramm hineinkorrigieren zu lassen, die er aber, wie er ehrlicherweise zugestehen muß, selbst gar nicht gehört hat. Kurzum, es gab fortwährende Reibereien, die aber alle darauf zurückzuführen sind, daß die konservative Regierung es durchaus nicht verwinden kann ihren konservativen Landtag eingebüßt und einen neuen dafür eingetauscht zu haben, in dem ihr streitsüchtige Liberale und eine schreckliche Menge Sozialdemokraten gegenübersitzen. Die sächsische Regierung hat sich eben in dem neuen Wahlrechtsexperiment des Pluralstimmrechts ebenso getäuscht wie vor 14 Jahren bei der Durchführung der Dreiklassenwahl. Damals gedachte sie die sozialdemokratische Vertretung loszuwerden, mußte aber bald vor dem Unwillen der entrechteten Massen weichen; jetzt mußte sie widerwillig eine schmale Pforte öffnen, durch die ein halbes Dutzend Sozialdemokraten hineinkommen sollten, aber die Wähler stießen die Tür viel weiter auf.

Genau so verärgert wie die Regierungsvertreter ist die konservative Partei. Nur mühsam beherrschen sich deren Führer, um ihren grimmigen Unmut über die verlorene Herrlichkeit nicht allzu deutlich merken zu lassen. Auf dem Präsidentensessel sitzt nicht mehr der Hofrat Mehnert, eine Art sächsischer von Heydebrand und der Lase, sondern der nationalliberale Dr. Vogel; dazu auch ein Freisinniger im Präsidium; und mit diesen beiden muß ein konservativer Vizepräsident recht armselig die präsidialen Ehren teilen. Gerade in häßlichen Angriffen gegen den nationalliberalen Präsidenten entlud sich oft der konservative Verdruß, mehr allerdings noch in verleumderischen Preßkampagnen draußen als in der Kammer selbst. Es mag nur an das erinnert werden, was kürzlich die *Korrespondenz des Konservativen Landesverbands* brachte: ». . . Eine Beobachtung des Verlaufs der Sitzungen der Vertreter des sächsischen Volks kann selbst einem liberalen Mann die Meinung beibringen, daß diejenigen, die von einem Niedergang des Parlamentarismus in Deutschland reden, nicht so unrecht haben . . . Die Versumpfung geht unter dem Regime des nationalliberalen Präsidenten Dr. Vogel vorwärts . . . Die Masse auf der öffentlichen Tribüne wirkt mit Zwischenrufen und Beifalls- oder Mißfallensäußerungen sehr aktiv an den Verhandlungen mit, die öffentliche Tribüne ist aber noch nie vom Präsidenten in die Schranken gewiesen worden . . .« Derartige gehässige Unwahrheiten mußten natürlich die Nationalliberalen schwer ärgern, und es kam oft zu hitzigen und spitzigen Polemiken. Andrerseits aber sagen sich Regierung wie konservative Partei, daß sie die Nationalliberalen nicht allzusehr vor den Kopf stoßen dürfen, weil ohne deren Mitwirkung überhaupt nichts in der Politik zustande gebracht werden kann. Nach gereizter Debatte klingen dann wieder die Stimmen derer hervor, die zum Frieden mahnen, wobei freilich die Mahnungen immer darauf hinauskommen, daß die Nationalliberalen sich den konservativen Wünschen anpassen und sich von den *Sirenengesängen der äußersten Linken* nicht betören lassen sollen. Regierung und Konservative befürworten ein freundnachbarliches Zusammenarbeiten der beiden bürgerlichen Hauptparteien, sie denken sich dieses Zusammenarbeiten aber so, daß die Konservativen kommandieren und die Nationalliberalen auf eine eigene Politik verzichten.

Die Lage der Nationalliberalen hat sich ohne Zweifel recht schwierig gestaltet.

Der Aufschwung, den diese Partei seit einigen Jahren in Sachsen genommen hat, beruht zum erheblichen Teil auf ihrem Abrücken von den Konservativen und auf ihren reichlichen Versprechungen an die Wählerschaft, daß sie einen neuen liberalen Kurs herbeiführen werde. Jetzt soll sie ihre Versprechungen einlösen. Das wäre aber nur möglich, wenn sie mit der fortschrittlichen Volkspartei und mit der Sozialdemokratie Fühlung halten will. Würde sie das wirklich tun, so würde sie wieder bei fast jeder einzelnen zur Entscheidung stehenden gesetzgeberischen Frage in Gegensatz zur Regierung und zur Ersten Kammer geraten, und es könnten Situationen entstehen, zu deren Bewältigung den Nationalliberalen Neigung und Kraft durchaus fehlen. Allerdings, würde die Regierung nach der neuen Kammerzusammensetzung sich einrichten müssen, dann wäre alles einfacher, und die weitere Entwickelung läge klarer vor Augen. Da zeigt sich aber die ungeheure Rückständigkeit des dreiviertelabsolutistischen Verfassungswesens in den deutschen Bundesstaaten; die Regierung mit Hilfe der konservativen Minderheit trotzt beharrlich der übergroßen Volks- und Parlamentsmehrheit. So kommt es, daß die Nationalliberalen ihre auf Kosten der Konservativen errungenen Siege nicht auszunutzen verstehen. Die Macht, die sie zu gewinnen gedachten, ist für sie nur ein Quell zahlloser Verlegenheiten. Sie wissen nicht ein und nicht aus. In ihren eigenen Reihen herrscht arge Unsicherheit und Zerfahrenheit. Die einen beschwören ihre Parteifreunde das Steuer des Parteischiffs nach rechts zu drehen; die nationalliberale Partei dürfe sich auf keinen Fall mit der Sozialdemokratie irgendwie einlassen, sie müsse sich mit den Konservativen wieder vertragen. Bei diesen Ratschlägen spielt auch die Rücksicht auf die nächsten Reichstagswahlen eine Rolle. Es ist bezeichnend, daß gerade nationalliberale Reichstagsabgeordnete für die Wiederherstellung eines bessern Verhältnisses zu den Konservativen eintreten; sie glauben, daß ihre bei den Wahlen vom Januar 1907 der Sozialdemokratie abgewonnenen und jetzt unzweifelhaft sehr gefährdeten Mandate nur durch konservative Hilfe gehalten werden können. Andere Mitglieder der nationalliberalen Partei neigen dagegen mehr zur Betonung einer entschiedenen Politik, eines Zusammengehens mit der fortschrittlichen Volkspartei, ja auch mit der Sozialdemokratie, so daß die *Leipziger Zeitung* vor einiger Zeit unwillig von der »sich andeutenden Wandlung des nationalliberalen Urteils über das Wesen der Sozialdemokratie« schrieb. Diese Nationalliberalen sagen sich mit Recht, daß ein fauler Frieden mit den Konservativen das Ansehen der nationalliberalen Partei bei den Wählern herabsetzen und nur der Sozialdemokratie Vorteile bringen werde; auch bei den Reichstagswahlen werde der Vorteil konservativer Hilfe geringer sein als die Verluste linksgerichteter Wähler, die ein Paktieren mit der seit der preußischen Wahlrechtsverweigerung in Sachsen völlig diskreditierten konservativen Partei herbeiführen werde. Auf dem nationalliberalen Landesparteitag, der am 6. März in Chemnitz stattfand, kamen die widerstreitenden Richtungen recht lebhaft zum Ausdruck. Schließlich suchte der Landtagsabgeordnete Hettner über die Schwierigkeiten durch die Losung hinwegzubringen, daß die Partei nicht nach rechts und nicht nach links sondern geradeaus gehen werde. Das ist aber nur ein Verlegenheitswort. Die nationalliberale Partei kann nicht isoliert marschieren, sie muß sich nach einer Seite hin entscheiden. Sie muß unter das konservative Joch kriechen, wenn sie sich nicht zu einer festen und klaren Politik gegen die Konservativen entschließen kann, die in keiner politi-

schen Angelegenheit für fortschrittliche Lösungen zu haben sind. Vorläufig schwanken die Nationalliberalen noch unentschlossen hin und her, und in ihrem Lager spielen sich innere Kämpfe und Intriguen ab, die bereits zu Spaltungsgerüchten führten. So hat auch die Leipziger Parteigruppe, die nach rechts drängt, die Wiederwahl des entschiedener linksliberalen Langhammer in den Landesvorstand verhindert, während in der Landtagsfraktion ein Vertrauensvotum für Langhammer zustande kam; und Langhammer selbst erklärt offen, die Anfeindung durch seine Parteigenossen, die mit seinem geschäftlichen Verhalten begründet wird, geschehe in Wahrheit nur wegen seiner schärfern Stellungnahme gegen Regierung und Konservative.

Es muß aber vor allem noch beachtet werden, daß die Anschauungen, die von den Nationalliberalen in der Kammer vertreten, und die Forderungen, die von ihnen gestellt werden, sich in einer Linie halten, die sehr nach der konservativen Politik hin verläuft. Der Kampf zwischen Konservativen und Nationalliberalen geht gar nicht um große Differenzen, es ist viel eher die Rivalität einander nahe stehender Gruppen, die sich nur gegenseitig im Weg sind. In einigen geringeren Angelegenheiten ist wohl dann und wann ein Zusammenstimmen der Nationalliberalen mit Fortschrittlern und Sozialdemokraten vorgekommen. Aber in großen Fragen sind die nationalliberalen Forderungen nur dürftig und stark auf die Parteiinteressen des industriellen und kommerziellen Unternehmertums zugeschnitten. Es zeigt sich dies beispielsweise an dem Streit um die Reform der Ersten Kammer. Die Industrie- und Handelskapitalisten fordern seit Jahren, daß sie eine Anzahl Vertreter in das sächsische Herrenhaus wählen dürfen. Die Regierung hatte 1905 eine Vorlage gebracht, die aber nur die Ernennung einiger Vertreter von Industrie und Handel durch den König bewilligte. Diese Vorlage war von den Nationalliberalen abgelehnt worden, und jetzt haben sie von neuem einen Gesetzentwurf gefordert, der »vor allem Industrie, Handel und Gewerbe ein verfassungsmäßiges Recht auf eine ihrer gegenwärtigen Bedeutung entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer einräumt« und außerdem bei der Vertretung des Grundbesitzes den städtischen und den kleinern ländlichen Besitz mehr als bisher berücksichtigt. Die fortschrittliche Volkspartei geht etwas weiter und fordert, »daß allen größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl Sitz und Stimme in der Ersten Kammer eingeräumt wird«. Unsere Parteigenossen vertreten das Einkammersystem. Die Regierung aber und die konservative Fraktion wollen nicht einmal auf den nationalliberalen Antrag eingehen, sie verlangen noch immer »Garantieen für eine angemessene Wahl«. So geraten die Nationalliberalen in eine ganz jämmerliche Lage; sie scheuen jede ernsthafte Maßnahme, sie fordern eine *Reform,* die das Erstekammerunrecht gar nicht antastet, und dazu ernten sie noch die spöttische Abweisung durch die Regierung und die Konservativen. Nicht besser ist das Verhalten der Nationalliberalen zu der wichtigsten Frage der nächsten Zukunft, zur Reform des Volksschulunterrichts und zur Erhöhung der Staatsbeiträge für die Volksschule. Auch hier haben sie aus Furcht vor ernsterm Kampf mit der kirchlichen Orthodoxie alle zeitgemäßen Forderungen von vornherein aufs äußerste verwässert, wollen längst nicht einmal so weit gehen wie die sächsische Lehrerschaft in ihren Zwickauer Thesen vorgeschlagen hat, und doch finden sie für ihre ganz schwächlichen Wünsche auch nicht die konservative Zustimmung; auch in dieser Kulturfrage

müssen sie noch mehr abschwächen, um vielleicht einen Kompromiß mit den Konservativen zustandezubringen. Und ganz schlimm ist das Verhalten der Nationalliberalen in sozialpolitischen Arbeiterfragen. Unsere Parteigenossen sind gerade auf diesem Gebiet mit vielen Anregungen und Anträgen vorgegangen, sie haben gründliche, detaillierte und bei einigem guten Willen praktisch durchführbare Vorschläge für das Eintreten des Staats in der Arbeitslosenfürsorge gemacht, sie haben neue Vorschriften bei der Vergebung staatlicher Arbeiten und zur Sicherung der Arbeiterausschüsse in Staatsbetrieben beantragt, sie haben den Ausbau der Gewerbeinspektion und die Grubenkontrolle durch frei gewählte und gesicherte Erwählte der Arbeiter gefordert usw. In allen diesen Fragen versagen aber die Nationalliberalen durchaus, sie erweisen sich da als Interessenvertretung des kurzsichtigen kapitalistischen Unternehmertums, das jede Sicherung des Arbeiterrechts und jede Kosten verursachende Sozialpolitik verabscheut. Machen sich doch die Nationalliberalen sogar auch zu Mitschuldigen der Regierung, die mit fanatischer Verfolgungssucht das Koalitions- und das Versammlungsrecht der staatlichen Arbeiter unterdrückt, die fort und fort altgewordene Eisenbahnarbeiter grausam auf das Pflaster wirft, nur weil sie eine vom Transportarbeiterverband veranstaltete Versammlung besucht haben. In dieser Hinsicht sucht die sächsische Regierung unter Dr. von Rügers Leitung ein wahres Schreckensregiment aufrecht zu erhalten. Es ist das Gebiet, wo die konservative Reaktionsmacht, da sie die Entfaltung der ganzen großen Arbeiterbewegung nicht mehr zu hindern vermag, ihre verbissene Wut austobt. Und die Nationalliberalen unterstützen sie noch in diesem Verhalten.

Nach alledem muß die neue politische Situation in Sachsen als eine Übergangssituation gekennzeichnet werden. Die Nationalliberalen werden vielleicht versuchen mit wechselnden Mehrheiten sich fortzufristen, schließlich werden sie aber zu einer klaren und einheitlichen Stellungnahme gedrängt werden. Die Klärung ist in zwei Richtungen möglich. Endweder gelingt es der Regierung und den Konservativen die Nationalliberalen mürbe zu machen, oder die Nationalliberalen können sich zu einer tatkräftigern Politik gegen die Reaktion entschließen. Im ersten Fall wird die sächsische Politik leider noch zur Stagnation verurteilt bleiben, es wird aber zugleich immer neues Agitationsmaterial für die Sozialdemokratie bereit gestellt werden, und die Hoffnungen des Volks werden ausschließlich sich unserer Partei zuwenden. Im andern Fall würde sich der Gegensatz zwischen dem konservativen Regierungssystem und der aus Liberalen und Sozialdemokraten bestehenden Kammermehrheit weiter zuspitzen. Eine solche Entwickelung müßte schließlich, da eine große Mehrheit des sächsischen Volks hinter diesen Parteien steht, dazu führen, daß die konservative Macht noch mehr als bei den letzten Wahlen aufs Haupt geschlagen und sich den Ansprüchen der fortschreitenden Zeit unterzuordnen gezwungen wird. In jedem Fall gehen wir großen und ernsten Auseinandersetzungen entgegen. Die letzten Wahlen haben der Sozialdemokratie ein weites Feld parlamentarischer Arbeit eröffnet, und unsere Fraktion betätigt sich frisch und tatkräftig auf diesem Feld. Jedoch läßt der andauernd heftige Widerstand der konservativen Reaktion, die sich in die neue Situation nicht finden will, sowie die Zerfahrenheit und Mutlosigkeit bei den Liberalen auf baldige größere Erfolge unserer Politik kaum hoffen. Es wird noch weiterer Kämpfe bedürfen,

um das bei den letzten Wahlen Gewonnene zu sichern und positive Ergebnisse sozialdemokratischer Kulturpolitik zu bereiten. Unsere Partei hat daher die Aufgabe in den weitesten Kreisen des sächsischen Volks Klarheit über die Eigenart und über die Schwierigkeiten der neuen Situation zu verbreiten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JANKO SAKASOW · DIE NEUFORMUNG DES BALKANS

GLEICHSAM im Handumdrehen wurde im Juli 1908 das alte, durch und durch morsche Reich Abdul Hamids in einen freiheitlichen, konstitutionellen Staat umgewandelt. Die Völker atmeten auf und hofften auf eine ruhige, von milder Frühlingssonne beschienene Zukunft des Orients. Nicht nur die Masse der unteren Volksklassen, auch große Schichten der Intelligenz und manche erfahrene Politiker stimmten in das Freiheitslied ein. Sie überschätzten auf der einen Seite die Triebkräfte der türkischen Revolution, wie sie auf der andern die übrigen, für den neuen Aufschwung in den Balkanverhältnissen maßgebenden Faktoren nicht genügend in Rechnung zogen. Schon die ersten Monate nach der Julirevolution lieferten hierfür den Beweis. Die türkische Revolution hatte ihre Schwerkraft in der Armee, und zwar in dem führenden Armeekorps. Diese aus den Kreisen der Intelligenz stammenden Revolutionäre fanden ihre gesellschaftliche Stütze in einer dünnen Schicht des mohammedanisch-bürgerlichen Mittelstands und fast in der ganzen christlichen Bevölkerung der Türkei, vorzüglich der der Städte. Dazu übten diese Patrioten eine Art Staatsräson aus, die alle Machthaber des türkischen Reichs vor ein unzweideutiges Dilemma stellte; besonders nach der Revaler Entrevue zwischen Nikolaus II. und Eduard VII. Es galt nun entweder das Reich zu reformieren oder mit anzusehen, wie es zerstückelt wurde, und ein Teil nach dem andern abbröckelte. Wie jetzt feststeht, war diese Furcht vor dem Untergang des Reichs das Hauptmotiv der Revolution. Sie veranlaßte die Einführung einer Konstitution, die aber rückständig war und nur zum Schein allen ottomanischen Bürgern das Recht der Selbstbestimmung verlieh. Dieses neue Regime barg aber von vornherein einen tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Freiheits- und Selbstbestimmungsdrang der Völker, der die Basis der türkischen Revolution bildete, und der schon erwähnten Staatsräson, die die Jungtürken zur Revolution trieb und ihre weitere Politik leitete.

Gleichzeitig mit den Umwandlungen, die sich in der Türkei vollzogen, begannen aber auch die beiden für die Verhältnisse auf dem Balkan nächst wichtigen Faktoren, Österreich und Bulgarien, sich zu regen. In den seinerzeit von Österreich okkupierten türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina entstand bald nach der Revolution eine Bewegung zugunsten der Selbstverwaltung, die mehr zu der neugestalteten Türkei als zu dem alten bureaukratischen Österreich hinneigte. Dazu machte sich auch noch ein offenbarer Größenwahn bei den Jungtürken bemerkbar, der auf die alten Gebiete und Grenzen des Ottomanischen Reichs ging. Alles dies konnte der österreichischen Regierung nicht gleichgültig sein. Noch deutlicher traten diese Aspirationen der jungtürkischen Politik dem Fürstentum Bulgarien und der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens gegenüber in die Erscheinung. Die allgemeine Aner-

kennung und Bewunderung, die die Jungtürken im Abendland gefunden hatten, war ihnen zu Kopf gestiegen. Wenn sie aufgefordert wurden die innere Verwaltung Mazedoniens zu reformieren, so erwiderten sie, daß sie jetzt Wichtigeres zu tun hätten als sich mit diesen kleinen Dingen zu beschäftigen. Ihnen galt es vor allem die Türkei zu einer Ehrfurcht gebietenden Großmacht zu erheben. Sie vergaßen dabei aber, daß wirkliche Großmächte ein geordnetes Volksleben im Innern zur elementaren Voraussetzung haben, und daß von den Nachbarstaaten Österreich schon längst eine hoch entwickelte Großmacht war, Serbien und Bulgarien aber durch ein kräftiges wirtschaftliches und politisches Leben gezeigt hatten, daß mit ihnen gerechnet werden mußte. Die Entstehungsgeschichte des Konflikts zwischen Bulgarien und der Türkei ist bekannt: Der diplomatische Vertreter Bulgariens war zu einem Diner beim Großvezier nicht eingeladen worden. Daraufhin berief Bulgarien seinen Vertreter ab. Kurz danach besetzte die bulgarische Regierung bei Gelegenheit eines Streiks auf den orientalischen Eisenbahnen das ganze Netz dieser Bahnen, soweit sie auf bulgarischem Gebiet gebaut waren. Und einige Tage später proklamierte sie die Unabhängigkeit Bulgariens von der türkischen Oberhoheit. Wiederum nach einigen Tagen erfolgte die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich.

Diese Maßnahmen Österreichs und Bulgariens richteten einen Damm gegen die jungtürkischen Wünsche auf, zeigten aber auch zugleich, daß diese beiden Länder beträchtliche Fortschritte in ihrer Entwickelung gemacht hatten, die es ihnen nicht gestattete bei der allgemeinen Umgestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan unbeteiligt zu bleiben. Ein ähnliches Motiv, obgleich ein wenig zu tragisch gespannt, lag der ganzen kriegerischen Bewegung in Serbien zugrunde, das auch eine Stufe höher aufsteigen und nicht hinter den anderen zurückbleiben wollte. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat durch die ökonomische Entwickelung eine gründliche Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte stattgefunden, die nur eines äußern Anstoßes bedurfte, wie die türkische Revolution es war, um sichtbar zu werden und entsprechende Wirkungen zu erzeugen. Österreich ist zu einem großindustriellen Land geworden, seine Politik hat die Allüren einer Großmacht angenommen und weist imperialistische Tendenzen auf. Bulgarien regt sich wie ein junger, kraftvoller Organismus, der in allen seinen Gliedern heißes Leben spürt und nach Betätigung, nach Gebietserweiterung, Ausdehnung seiner Grenzen verlangt. In Serbien hat sich eine starke kapitalistische Entwickelung vollzogen; der serbische Handel sieht sich verzweifelt nach Absatzstätten für den Überschuß seiner ländlichen Produkte um. Die Jungtürkei endlich erlebt ihr erstes nationales Erwachen und strengt alle ihre Kräfte an, um die alten Gebiete und Grenzen festzuhalten.

In all dieses Drängen und Hin- und Herwogen der Kräfte und Machtverhältnisse in den südöstlichen Orientländern mischten sich nun noch die Interessen der übrigen europäischen Staaten hinein und erzeugten zwei Richtungen in der Balkanpolitik, die um ihre Vorherrschaft mit einander ringen. Die eine Richtung erstrebt die Konföderation sämtlicher Balkanländer einschließlich der Türkei zu einem Achtung gebietenden Staatenbund, der den Fortschritten Österreich-Ungarns nach Osten hin Einhalt gebieten könnte. Der Hauptförderer dieser Politik ist jetzt Rußland. Es wird der Versuch gemacht

zwischen Bulgarien und Serbien eine Annäherung herbeizuführen, obgleich diese beiden Staaten einen unversöhnlichen Gegensatz der Interessen in Mazedonien aufweisen. Dann sucht man beide Länder in ein freundliches Verhältnis zu der Türkei zu bringen, obschon diese sich nicht dazu zwingen läßt eine freiheitlichere Politik den slawischen Nationalitäten gegenüber in ihrem Innern zu befolgen. Die Reise der Könige von Bulgarien und Serbien nach Petersburg und ihre Reise nach Konstantinopel soll den Anschein erwecken, als erlange diese Politik im Balkan jetzt die Vorhand. Die andere Richtung in der Balkanpolitik ist die, die von Österreich-Ungarn und Deutschland, und zwar nicht erst wie die angeblich russische Richtung seit kurzem sondern schon seit langen Jahren, eingeschlagen wird. Das Schlagwort von dem *Zug nach dem Osten* ist nicht nur eine Losung, er ist auch Tatsache. Der deutsche Einfluß erstreckt sich nicht nur auf die ganze Balkanhalbinsel; er überschreitet auch den Bosporus, dringt mit Erfolg in Kleinasien ein, herrscht in allen mittelländischen türkischen Häfen und erreicht mit der Bagdadbahn seine Grenze. Dieser Einfluß ist wirtschaftlicher Natur und ist in Bankhäusern, kapitalistischen Unternehmungen, Handels- und Verkehrsgesellschaften und in tausenderlei täglichen Geschäftsbeziehungen verkörpert. Diese wirtschaftliche Durchdringung hat eine Diplomatie in ihren Diensten oder richtiger zu Pionieren, die in den beiden wichtigsten Balkanländern, in Rumänien und Bulgarien, ihre Hauptstützen und Vollstrecker auf den Thronen hat, während sie in dem dritten und größten Land, der Türkei, eine stets gehorsame und in allem nachgiebige Dienerin besitzt. Diese Politik im stillen befolgen und behaupten zu können ist der Zweck der in letzter Zeit schon angebahnten österreichisch-russischen Annäherung, die im Grund nichts anderes bedeutet als daß Rußland gezwungen war von Etappe zu Etappe die Fortschritte der deutschen Politik im Orient anzuerkennen.

Aber diese beiden Richtungen in der Orientpolitik sind nicht die einzigen, die die Geschicke des Balkans bestimmen. Neben die auswärtigen Einflüsse treten je länger je mehr die Balkanstaaten entscheidend in den Vordergrund. Serbien, Bulgarien und die Türkei streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit. Sie können in gewissen Fragen, die sie gemeinsam betreffen, zusammengehen, sie können in anderen, je nach den Umständen, mit der Politik der einen oder der andern Großmacht ihre eigenen Interessen durchsetzen und auf diese Weise die Absichten der Durchdringung durch andere Mächte durchkreuzen. So entsteht die dritte Richtung der Balkanpolitik, die aus den jeweiligen Interessen der Balkanländer selbst hervorgeht, und die mit der Zeit die ausschlaggebende werden wird. Vorläufig ist es die Türkei, die aus dieser Politik den größten Nutzen zieht. Es gibt keine europäische Großmacht, die nicht direkt mit der türkischen Herrschaft in Berührung kommt. Mit dem weiten Ottomanischen Reich sind an Hunderten von Punkten vitale Interessen fast aller europäischen Staaten verknüpft. Seine zentrale Lage und die dadurch bedingte wichtige Stellung im Weltverkehr und in der Weltherrschaft bewirken, daß in Konstantinopel alle Fäden der europäischen Politik zusammenlaufen. Es gibt keine Hauptstadt der Welt, wo heute so heftige und leidenschaftliche diplomatische Kämpfe ausgefochten werden wie am Goldenen Horn. Wäre die Türkei imstande sich aus sich selbst heraus zu regenerieren, hätte sie in ihrer Bevölkerung einen kräftigen und leistungsfähigen Mittel-

stand aufzuweisen, so würde sie bald den Rang einer wirklichen Großmacht erreichen, die in der Welt mit an erster Stelle zu gebieten hätte. Der zweitwichtigste Staat unter den Balkanländern, die eine selbständige Politik treiben können und wollen, ist das neue Königreich Bulgarien. Nicht als ob dieser Staat im entferntesten die Bedeutung haben könnte, die der Türkei auf dem Welttheater zukommt — dazu ist das heutige Bulgarien weder ökonomisch noch politisch wichtig genug —, aber seine in geographischer und in politischer Hinsicht eigentümliche Stellung im Rücken der Türkei verleiht ihm bei jeder Orientpolitik eine besondere Bedeutung. Infolge der rechtlosen Lage der bulgarischen Bevölkerung in Mazedonien und ihrer schnellen Zunahme und Ausdehnungs- und Eroberungslust besitzt Bulgarien eine schlagfertige Armee von 2- bis 300 000 Mann, die ihr strebsamer, an grenzenlosem Ehrgeiz leidender König zu einer dauernden Gefahr für die Türkei und den Balkanfrieden machen wird. In Mazedonien ist der Weg im Westen mit einer revolutionär denkenden und handelnden bulgarischen Bevölkerung besetzt, der Weg nach Adrianopel und Konstantinopel ist offen und kann in 24 Stunden zurückgelegt werden. Es wird davon abhängen, ob die türkische Politik weitschauend genug ist, um diesen gefährlichsten ihrer benachbarten Feinde dadurch gewissermaßen zu entwaffnen, daß sie den vorgeschrittensten Nationalitäten eine Art Selbstverwaltung und Selbstbestimmungsrecht einräumt. Die europäische Diplomatie wird sich einer großen Aufgabe entledigen, wenn sie das selbe Ziel erreicht. Denn das Königreich Bulgarien kann mit seiner aggressiven Politik der Türkei gegenüber in jedem günstigen Moment das zerbrechliche Gebäude der europäischen Diplomatie in Stücke zerschlagen. Das eine Mal mit Österreich, das andere Mal mit Rußland, ein drittes Mal im Einvernehmen mit Serbien oder auf eigene Rechnung kann Bulgarien unter der Führung Ferdinands des Koburgers dem europäischen Frieden sehr gefährlich werden. Als drittes Glied in der Reihe der Balkanstaaten kommt Serbien mit Montenegro in Betracht, das, mit seinen Grenzen Österreich-Ungarn, Bosnien und die Herzegowina und die Türkei berührend, wo es überall Stammesgenossen findet, eine wichtige Rolle spielen wird. Seine Bedeutung für die Regelung der Orientverhältnisse liegt zwar noch in der Zukunft verborgen, doch läßt sich auch jetzt schon ahnen, wie von seiten Rußlands oder Italiens die Fäden zusammengezogen werden.

Unter allen diesen Richtungen zeigt die deutsch-österreichische Politik eine Stetigkeit, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Allen feindlichen diplomatischen Künsten zum Trotz wirkt sie unauffällig, unüberwindlich, mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses. Die russische Politik, die sich jetzt hauptsächlich in der Annäherung der slawischen Staaten auf dem Balkan offenbart, wirkt auf dem Umweg der Reflexion, aus der Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr und gemeinsamen Angriffs heraus und ist infolgedessen Schwankungen unterworfen. Ihre größten Feinde hat sie an der ersten, der deutschen, und dann an der dritten, der selbständigen Richtung, die die Interessen von einander sondert, die Gegensätze enthüllt und die einzelnen Länder zwingt auf sich selbst bedacht zu sein. Diese drei Richtungen in der Balkanpolitik sind bei der Arbeit, um die Verhältnisse auf dem Balkan umzuformen und gänzlich neu zu gestalten. Der wunde Punkt in dieser Kulturarbeit bleibt leider heute noch wie früher die Unzugänglichkeit der türkischen

Machthaber für jede wirkliche Reform in den fortgeschrittenen Gebieten der europäischen Türkei, wodurch dem Eroberungsappetit der Nachbarstaaten Nahrung gegeben wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · PROBLEME DES MUNIZIPALSOZIALISMUS

FÜR die letzte Hauptversammlung des *Vereins für Sozialpolitik,* die Ende September vorigen Jahres in Wien stattfand, war eine Reihe von Publikationen über die Gemeindebetriebe in einzelnen deutschen Städten vorbereitet worden, deren Ergebnisse durch Professor Fuchs zusammenfassend dargestellt wurden. Leider war es nicht möglich sämtliche in Aussicht genommenen Monographieen vor der Wiener Tagung erscheinen zu lassen. Ein Teil von ihnen erschien erst geraume Zeit nach der Hauptversammlung, darunter solche, wie zum Beispiel die Arbeit Dr. H. Lückers über die Gemeindebetriebe in den Städten, Kreisen und Landgemeinden des oberschlesischen Industriebezirks, in der einige wichtige Probleme der kommunalen Betriebswirtschaft angeschnitten worden sind, die über das Gebiet der einzelnen Stadt hinausreichen. Die Verhandlungen in Wien selbst sind schon in der Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* besprochen worden.[1]) Es wurde damals hervorgehoben, daß man sich auf der Wiener Tagung leider viel zu lange und eingehend über die Berechtigung des kommunalen Betriebs gestritten habe, die durch die tatsächliche Entwickelung über jeden Angriff hinaus anerkannt sei, daß man auch einige Übelstände, die mit der Entwickelung eines kommunalen und darüber hinaus des öffentlichen Beamten- und Arbeitertums verbunden sind, viel zu weitschweifig, ihre Bedeutung übertreibend diskutiert habe. Darüber seien dann wichtige, die Wirksamkeit des kommunalen Betriebs in der Wurzel berührende Fragen der Verwaltungsorganisation, ferner die Fragen der lokalen Zuständigkeit des kommunalen Betriebs überhaupt nicht berührt worden. Einigen dieser Fragen soll der folgende Artikel gewidmet sein.

Überall, wo die Städte wirtschaftliche Betriebe teils selbst eingerichtet teils von den privaten Unternehmungen übernommen haben, beschränkte sich anfänglich der Wirkungskreis dieser Betriebe auf das eigentliche Gemeindegebiet. Sehr häufig haben die Städte von den Privatunternehmern nur die in das Stadtgebiet fallenden Teile der Anlage übernommen, die außerhalb liegenden aber absichtlich abgestoßen oder den privaten Unternehmern weiter überlassen. Das Wirtschaftsgebiet der kommunalen Betriebe deckte sich in die Regel mit dem Ortsgebiet. Diese Entwickelung ergab sich naturgemäß aus dem gänzlich verschiedenartigen Charakter der Gemeinde auf der einen Seite und der privaten Unternehmung auf der andern. Die Gemeinde ist eine Gebietskörperschaft, deren ganze Tätigkeit zunächst an ihr örtliches Gebiet gebunden ist. Der Grund und Boden des Gemeindegebiets ist nicht nur das Substrat des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Einwohner der Gemeinde sondern ebenso sehr auch des Verwaltungsprozesses der Gemeindekörperschaft. Es war daher verständlich, daß sich die wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde

[1]) Siehe die Rubriken *Sozialpolitik* und *Kommunalpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften,* 1909, 3. Band, pag. 1439 ff. und 1512 ff.

auf das Gemeindegebiet beschränkten, und daß den Verwaltungen nur in seltenen Fällen der Gedanke kam den Wirkungskreis ihrer Unternehmung sofort über seine Grenzen auszudehnen. Ganz anders ist das Wesen der Aktiengesellschaft, die ja bei der Übernahme solcher kommunalen Monopolbetriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung, Straßenbahnen etc., hauptsächlich in Frage kommt. Ihre Tätigkeit ist nicht wie die der Gemeinde ihrem Wesen nach mit einem begrenzten Gebiet verbunden. Sie haben nicht die Versorgung eines bestimmten Gebiets zur Aufgabe sondern die Ausbeutung eines bestimmten Industriezweigs. Ihre Betriebsstätten können daher auch in der ganzen Welt zerstreut sein, wie das bei allen großen Gas- und Elektrizitätsgesellschaften auch der Fall ist. Auch da, wo nach ihrem Gesellschaftsstatut die Ausbeutung eines bestimmten Industriezweigs in einer bestimmten Stadt oder in einem bestimmten Gebiet als Zweck der Gesellschaft bezeichnet wird, liegt der Nachdruck nicht auf der Beschränkung der Lokalität sondern auf der Bezeichnung des bestimmten Industriezweigs, dessen Ausbeutung eben die Tätigkeit der Gesellschaft sein soll. Gewiß hindert nichts eine Aktiengesellschaft auch andere Industriezweige neben dem ursprünglich von ihr bearbeiteten aufzunehmen als die Rücksicht auf den wirtschaftlichen Ertrag, der an die Arbeitsteilung gebunden ist und eine Zusammenfassung industrieller Tätigkeiten nur so weit gestattet als eine wirtschaftliche Verbindung zwischen ihnen besteht. Insofern wird durch die Aufnahme disparater industrieller Tätigkeitsgebiete das Wesen des Unternehmens geändert. Eine Aktiengesellschaft, deren Aufgabe die Gaserzeugung ist, wird niemals die Fabrikation zum Beispiel von Holzmöbeln aufnehmen. Würde sie es doch tun, so ständen eben der Gaserzeugungsbetrieb und die Möbelfabrik ohne jede organische Verbindung als zwei gesonderte Betriebe neben einander. Dagegen ist die Veränderung des räumlichen Tätigkeitsgebiets für den Charakter des privaten Unternehmens ohne jede Bedeutung. Ganz anders bei der Gemeinde als der Unternehmerin wirtschaftlicher Betriebe. Mag sie eine Gasanstalt, ein Elektrizitätswerk, eine Brotbäckerei betreiben, mag sie Straßenbahnen unterhalten, Wasser liefern usw.: der ihre verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen zusammenfassende, zu einem Ganzen verbindende Gedanke ist die Fürsorge für den gesellschaftlichen Lebensprozeß der in dem Gemeindegebiet angesiedelten, mit seinem Grund und Boden eng verbundenen Einwohnerschaft. In dem Augenblick aber, wo die Gemeinde ihre Tätigkeit über ihr Gebiet hinaus ausdehnt, wo sie anderen Orten Gas oder Wasser oder Elektrizität liefert, ändert sich der Charakter ihrer Tätigkeit von Grund aus. Es ist nicht mehr die Fürsorge für den gesellschaftlichen Lebensprozeß dieser Gemeinden, der ihre Tätigkeit auslöst, sondern das Ziel größtmöglichen Profits wie bei der privaten Unternehmung. Eine Stadt führt zum Beispiel auf viele Kilometer Trinkwasser aus einem Waldgebiet in ihr Stadtgebiet. Der Rohrstrang berührt die Gebiete einer ganzen Reihe anderer Gemeinden, die wirtschaftlich mit der Unternehmergemeinde nicht den geringsten Zusammenhang haben. Die Orte schließen sich an den Rohrstrang an und beziehen als Großabnehmer das Wasser von der Gemeinde. In diesem Fall steht offenbar die Unternehmergemeinde in einem rein privatwirtschaftlichen Verhältnis zu den Abnehmergemeinden. Als Beispiel wäre die Tätigkeit der Städte Mülheim an der Ruhr, Essen, Bochum, Dortmund, Witten, Unna zu nennen, die als Unternehmerinnen von Wasserwerken an andere Gemeinden Wasser liefern.

Von einer reinen Unternehmertätigkeit kann dagegen da nicht mehr die Rede sein, wo die Zentralgemeinden die Versorgung der wirtschaftlich mit ihnen aufs engste verbundenen Vorort- und Nachbarortsgemeinden der von ihnen beherrschten Agglomerationen übernommen haben. Zwar bestehen die politischen Grenzen noch zwischen den Gemeinden, wirtschaftlich bilden sie dagegen ein Ganzes. Die auf ihren Gebieten sich abspielenden wirtschaftlichen Prozesse stehen in engstem Zusammenhang mit denen der Zentralgemeinde, sind häufig nur Teile von ihnen. Von einem getrennten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des zentralen Körpers auf der einen, der Vorortsgemeinden auf der andern Seite finden sich nur noch mehr oder weniger Spuren; trotz der politischen Grenzen ist die Einheit des Ganzen bereits vorhanden. Unter diesen Verhältnissen bedeutet die Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Zentralgemeinde auf die Vorortsgemeinden keine qualitative Veränderung, um so weniger als der tatsächlichen Vereinigung mehr oder weniger schnell auch die rechtliche zu folgen pflegt.

Die Grenzen der wirtschaftlichen Agglomeration sind keine festen, unveränderlichen. Sie sind im Gegenteil außerordentlich flüssig und Funktionen der wirtschaftlichen Entwickelung selbst, insbesondere ihrer technischen, den Raum verkleinernden Größen. Der Bau einer elektrischen Vorortbahn, in noch höherm Grad der Bau einer Schnellbahn, dehnen das Gebiet der wirtschaftlichen Agglomeration rasch und nachhaltig aus. In der gleichen Richtung wirken Gas- und Wasserversorgungen, elektrische Licht- und Kraftleitungen, Kanalisationsanlagen etc., kurz, alle die Einrichtungen, die das wirtschaftliche Leben der Vorortgemeinden beeinflussen. In dem Maß wie die Technik die Führung dieser Leitungen mit wirtschaftlichem Nutzen auf stets größere Entfernungen gestattet, dehnt sich auch der Umfang der städtischen Agglomeration aus. Diese Entwickelung spielt sich zum guten Teil unabhängig von der Beeinflussung durch die Verwaltung der Zentralgemeinde ab. Andrerseits zwingt die technische Entwickelung die Zentralgemeinden zu einer stetigen Ausdehnung ihrer Einflußsphäre, falls sie ihre wirtschaftlichen Betriebe möglichst günstig betreiben wollen. Das letztere wird um so mehr der Fall sein, je bedeutender das wirtschaftliche und populationistische Gewicht der Agglomeration im Verhältnis zur Zentralgemeinde ist.

So kommt also bei einem gewissen Stadium der Entwickelung die Begrenzung der Gemeinde als eines politischen Körpers mit ihrem wirtschaftlichen Expansionsdrang in Konflikt. Als politische Körperschaft ist die Gemeinde auf ihr Gebiet beschränkt, und es stehen ihr in den zu ihrer Agglomeration gehörenden Gemeinden eben so viele selbständige Gebilde mit gleichen politischen Rechten gegenüber, die eifersüchtig über ihre Selbständigkeit wachen und dadurch in einen gewissen Gegensatz zu der Zentralgemeinde geraten. An diesem Widerstreben der Vorortgemeinden stößt sich der Expansionsdrang der Zentralgemeinde. Die Überwindung der lästigen Hindernisse erfordert häufig einen großen, gänzlich überflüssigen Kraftaufwand, während den Aktiengesellschaften die Ausdehnung ihrer Tätigkeit über ihr ursprüngliches Gebiet hinaus in Vor- und Nachbarorte meist recht leicht gelingt. Die Gesetzgebung gibt den Zentralgemeinden kein wirksames Mittel in die Hand den Widerstand einer Vorortgemeinde zu überwinden, auch wenn durch deren hartnäckiges Widerstreben die Ausführung wichtiger, der Gesamtheit der Agglomeration zum größ-

ten Vorteil gereichender Anlagen verhindert oder verzögert und verteuert wird. Nichts hindert eine Vorortgemeinde in volkswirtschaftlich verschwenderischer Weise selbst ein eigenes Gas- oder Elektrizitätswerk zu bauen oder einem privaten Unternehmer die Versorgung mit Gas oder elektrischem Licht zu übertragen, auch wenn die Zentralgemeinde bereit ist den Einwohnern der Vorortgemeinde und dieser selbst Gas oder elektrische Energie etc. unter den gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen wie ihrer eigenen Einwohnerschaft. Der eine Ausweg der Verhandlungen zwischen Zentralgemeinde und Vorortgemeinden ist umständlich und führt häufig nicht zum Ziel. Der andere Weg, der Abschluß eines Gemeindeverbands, leidet unter den gleichen Übelständen. Man braucht hier nur an die ungeheuren Schwierigkeiten zu erinnern, die sich der Gründung eines Verkehrsverbands durch die Stadt Berlin und die zu ihrer Agglomeration gehörigen Städte und Gemeinden in den Weg gestellt haben. Es liegt daher sowohl im Interesse der Zentralgemeinde wie nicht minder der mit ihr einen wirtschaftlichen Verband bildenden Vor- und Nachbarortsgemeinden, daß durch gesetzgeberische Maßregeln die Gründung wirtschaftlicher Einheiten in ähnlicher Weise ermöglicht wird wie die politischer Einheiten. Neben die politische Eingemeindung hätte das Institut einer wirtschaftlichen Eingemeindung zu treten. Zeitlich würde die letztere in der Regel der erstern vorauszugehen haben. In manchen Fällen, also insbesondere da, wo ein direkter Zusammenbau der kleinern Gemeinde mit der Zentralgemeinde nicht eintritt, würde die wirtschaftliche Eingemeindung vollständig genügen. Die politische Eingemeindung würde überflüssig werden, und damit der große Vorzug der Selbständigkeit der kleineren Gemeinden erhalten bleiben. Dieser Vorzug ist nicht zu unterschätzen. Wird jetzt eine Gemeinde eingemeindet, so verliert sie ihre politische Selbständigkeit. Die Selbstverwaltungskörper hören auf zu fungieren, und in der Regel tritt damit eine starke Schwächung des Interesses der Einwohner an den Vorgängen der kommunalen Verwaltung ein. In der kleinen Gemeinde steht die Einwohnerschaft dem Gemeinwesen unendlich viel näher als in der großen Stadt. Sie ist mit diesem viel inniger und fester verwachsen. Kann die Ausschaltung dieser wertvollen politischen Kräfte vermieden werden, so sollte das auf alle Fälle angestrebt werden. Hierfür bietet die wirtschaftliche Eingemeindung einen bereiten Ausweg.

Der wesentliche Grundgedanke des Instituts der wirtschaftlichen Eingemeindung wäre die Schaffung größerer wirtschaftlicher Einheiten zwecks einheitlicher Durchführung von Einrichtungen der Wirtschaftspflege auf dem Weg der Gesetzgebung. Diese neuen Körper würden aus einer Hauptgemeinde und den zu ihrer Agglomeration gehörigen Vorort- und Nachbargemeinden bestehen, von Gemeindeverbänden aber sich darin unterscheiden, daß sie einmal nicht für eine einzelne Aufgabe eingerichtet würden, und ferner nicht wie diese auf der Basis der Gleichberechtigung der Verbandsmitglieder sich aufbauten sondern in ihrer Verfassung die wirtschaftliche Vormacht der Zentralgemeinde zum Ausdruck brächten. Außerdem würde die Vornahme einer solchen wirtschaftlichen Eingemeindung auch gegen den Willen der einzelnen kleinen Gemeinden möglich sein müssen, während bei der Gründung eines Gemeindeverbands ein Zwang nicht ausgeübt werden kann. Die Zentralgemeinde würde also das Vorrecht erhalten innerhalb des Wirtschaftsgebiets die Versor-

gung mit Licht, Kraft und Wasser, die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses in die Hand zu nehmen. Für diese Zwecke würden die politischen Grenzen verschwinden, und es würde die Einheitlichkeit des Versorgungsgebiets geschaffen. Dabei wäre selbstverständlich für den Schutz der kleinen Gemeinden gegen Ausbeutung durch die Zentralgemeinde zu sorgen. Diese hätte eben die Versorgung unter den gleichen Bedingungen zu leisten wie für ihre eigene Einwohnerschaft. Es kann zugegeben werden, daß bei der weitern Durchdenkung des Vorschlags mancherlei Bedenken sich aufdrängen mögen. Auf der andern Seite aber wird man das zwingende Bedürfnis anerkennen müssen dem in der technischen Entwickelung der Licht- und Kraftversorgungsanlagen etc. begründeten Zwang zur Expansion und Zentralisation freie Bahn zu schaffen.

Wesentliche Vorbedingung für eine derartige Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets der Zentralgemeinden wäre die Neuorganisation der Verwaltungskörper. Die Klagen über die schleppende Verwaltung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden und insbesondere der Großgemeinden sind alt und datieren seit den Anfängen der kommunalen Regie. Sie waren und sind auch heute noch ein Hauptargument der privaten Unternehmung und ihrer Anhänger gegen die Ausdehnung der kommunalen Regie sowohl auf andere Gebiete der industriellen Tätigkeit wie über die engeren Grenzen des Gebiets der einzelnen Stadt hinaus. Man kann sie damit nicht abtun, daß man auf die guten Ergebnisse der kommunalen Regie hinweist. Wo diese vorhanden sind und bei unbefangener Beurteilung anerkannt werden müssen, sind sie nicht durch die Verwaltungsorganisation sondern trotz ihrer erreicht worden. Hier kommen viele Momente zusammen, um das System zu vollenden. Die Vorherrschaft einer wenigstens in den leitenden Stellen ausschließlich juristisch gebildeten Bureaukratie, das Zweikollegialsystem, eine Unzahl veralteter Verwaltungsvorschriften: alles vereinigt sich, um die wirtschaftlichen Betriebe einzuschnüren. Statt freier Beweglichkeit, schnellen Entschlusses, möglichst reibungsloser Anpassung an die stets wechselnden Verhältnisse des Wirtschaftslebens kennzeichnet die souveräne Nichtachtung aller dieser Bedürfnisse die Gemeindeverfassungsgesetze fast aller unserer Bundesstaaten. Die Verwaltung der großen Wirtschaftsverbände wird fast nach dem gleichen Schema betrieben wie zum Beispiel die Verwaltung der Polizei, des Armenwesens usw., die übrigens selbst die überzeugendsten Beispiele für den Bankerott der veralteten Verwaltungsorganisation liefern. Schon allein das Zweikammersystem muß zu endlosen Verschleppungen führen. Jede Körperschaft berät und beschließt für sich, nachdem die Geschäfte in Kommissionen mehr oder weniger vorbereitet sind. Zu jedem Beschluß ist die Übereinstimmung beider Kollegien notwendig. Neben den Kollegien stehen die Verwaltungsdeputationen oder Kommissionen, der Magistratsreferent und unter ihnen die technische und kaufmännische Leitung des Betriebs, die dadurch in eine ganz subalterne Stellung hineingedrängt wird. Auf ihrer Tätigkeit beruht aber schließlich der wirtschaftliche Erfolg des Betriebs, und sie tragen auch, wenn schon nicht die formelle, so doch die tatsächliche Verantwortung. Der zweite Mangel der heutigen Verwaltungsorganisation besteht in der Eingliederung der wirtschaftlichen Betriebe in das System der städtischen Verwaltung, die ihrerseits wiederum nicht nur den Geschäftsgang schleppend machen sondern auch die Bewegungsfreiheit verringern, ja geradezu aufheben muß. Letzten Endes sind nicht die Bedürf-

nisse der Betriebe und der von ihnen versorgten Konsumenten, sondern die Bedürfnisse der städtischen Verwaltung als Ganzem, namentlich in finanzieller Hinsicht, maßgebend. Das meist von politischen Rücksichten unterstützte Streben nach Niedrighaltung der Steuerbelastung führt häufig zu einer direkten Ausbeutung der städtischen Betriebe, die jeden Pfennig Überschuß ihnen abzapft. Es werden nur ungenügende Abschreibungen vorgenommen, kein Erneuerungsfonds eingerichtet, und wegen Mangel an Mitteln die notwendige Modernisierung des ganzen Betriebs oder einzelner seiner Teile, die Einführung neuer Maschinen usw. hinausgeschoben.

Alle diese Mängel der heutigen Organisation, die sich bereits in den kleinen und mittleren Städten bei der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe geltend machen, in den Großstädten sich wesentlich verschärfen, müssen geradezu unerträglich werden, wenn es sich um die Betriebsführung der Licht- und Kraftversorgungsanlagen, Straßenbahnen und sonstiger Verkehrsmittel usw. für größere Wirtschaftsgebiete handelt, die eine ganze Zahl von Gemeinden umfassen. Hier drängt sich das Problem einer neuen Verwaltungsorganisation gebieterisch auf. Wie bereits ausgeführt, handelt es sich dabei um die Aufgabe im Interesse einer glatten, den wechselnden Verhältnissen des Wirtschaftslebens sich anpassenden Geschäftsführung eine Organisation zu finden, die aus den Bedürfnissen des Betriebs organisch herausgewachsen und nicht nach Momenten konstruiert ist, die außerhalb des Betriebs liegen und ihm fremd sind. Ansätze dazu finden sich zum Beispiel in der italienischen Gesetzgebung, über die in den Publikationen des *Vereins für Sozialpolitik* Gisela Michels-Lindner berichtet, in den Versuchen durch die Anwendung der Formen der privaten Unternehmung, der Aktiengesellschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung usw., über die hindernden Schranken des heutigen öffentlichen Rechts hinauszukommen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDMUND FISCHER · ARBEITERFERIEN

KOMMUNAL- und Staatsbeamte und wohl auch der größte Teil aller Privatbeamten haben heute bereits einige Wochen oder auch nur Tage im Jahr Ferien, in der Regel im Sommer. Derartige Ferien auch für die Arbeiter im allgemeinen durchzuführen ist ein erstrebenswertes Ziel, zu dessen Erreichung auch heute schon ein vielversprechender Anfang gemacht ist. Damit würde für die Arbeiterklasse nur wieder ein Zustand herbeigeführt, der allgemein in anderer Form schon einmal bestanden hat. Die zahlreichen Feiertage der römisch-christlichen Kirche in der vorkapitalistischen Periode bewirkten eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit. Durchschnittlich wurde im Mittelalter nur an 5 Tagen in der Woche gearbeitet, nach Ansicht einiger Forscher sogar weit weniger. Diese zahlreichen arbeitsfreien Tage hatten nicht nur die Bedeutung, daß sie den Körper vor Überanstrengung schützten, sie unterbrachen auch des öftern das tägliche Einerlei der Mühsal und der hörigen Abhängigkeit durch freie, genußreiche Tage und erzielten somit auch vor allem eine geistige und seelische Erholung. In der spätmittelalterlichen Zeit haben die Handwerksgesellen die arbeitsfreien Tage um einen weitern in der Woche, also um 52 im Jahr durch den sogenannten *blauen Montag* vermehrt, um den große Kämpfe geführt worden sind, und der in vielen Teilen Deutschlands Generationen hindurch *gefeiert* wurde. Die Zahl dieser freien Tage war viel größer als die der Ferientage der

heutigen Beamten, und sie waren mit keinerlei wirtschaftlichen Nachteilen für die Arbeiter verknüpft. Mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise wurden diese *Ferientage* beseitigt. Die Reformation tat den ersten großen Schritt zur Beseitigung der Feiertage, und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte es das Kapital glücklich erreicht, daß alle 7 Tage der Woche Arbeitstage waren. Dem Druck der Arbeiterbewegung nachgebend ist bis jetzt wenigstens im allgemeinen der Sonntag wieder ein Ruhetag geworden. Das Streben nach Verminderung der Arbeitslast hat sich im übrigen in moderner Zeit vornehmlich auf Verkürzung des einzelnen Arbeitstags gerichtet, der ja heute bereits teilweise nur noch halb so lang ist wie im Mittelalter. Aber die Arbeitsbefreiung von einigen Stunden am Tag ist im wesentlichen nur eine körperliche Entlastung, eine gesundheitliche Maßregel. Die tägliche Gebundenheit an die Arbeit bleibt bestehen, und für die geistige und seelische Erholung ist nur der kurze Sonntag gegeben. Die soziale Aufwärtsbewegung macht jedoch nicht bei dem verkürzten Arbeitstag Halt. Die nächsten Etappen auf diesem Weg sind der freie Nachmittag am Sonnabend und die Sommerferien für die Arbeiter.

In England ruht die Arbeit an Sonnabendnachmittagen bekanntlich schon seit langer Zeit. Auch in der Schweiz hat die Bewegung, die auf Freigabe des Sonnabendnachmittags gerichtet ist, bereits wesentliche Erfolge erzielt. Nun machen sich auch in Deutschland die ersten Anzeichen dieser Bewegung bemerkbar. Nachdem die sogenannte *kleine Gewerbeordnungsnovelle* in Kraft getreten ist, die vorschreibt, daß Arbeiterinnen am Sonnabend nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden dürfen, wird bereits in einigen Textilfabriken am Sonnabend nur bis nachmittags 2 Uhr gearbeitet, andere schließen um 4 Uhr. Alle Fabriken, die Frauen beschäftigen, werden sich ähnlich einrichten müssen; wie Webereien, Spinnereien, Druckereien, Bijouteriewarenfabriken, Zigarettenfabriken usw. Damit ist das Rad ins Rollen gekommen; das Verlangen und das Bedürfnis den Arbeitsschluß am Sonnabend schon mittags eintreten zu lassen wird immer allgemeiner werden, und auch die guten Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitswoche werden die Bewegung unterstützen. Vorderhand ist sie allerdings noch winzig klein.

Größer sind dagegen die Anfänge, die mit den Arbeiterferien bereits gemacht sind. Auch diese sind zuerst in England in die Erscheinung getreten. Viele englische Fabriken werden einmal im Jahr auf 8 oder 10 Tage geschlossen. In der Lancashirer Baumwollenindustrie machen im August sämtliche Fabriken auf 8 Tage Ferien. Im Oldhamer Bezirk zahlen die Arbeiter wöchentlich einen bestimmten Betrag in die Vereinskasse ein und heben dann jährlich im August die ganze Summe für die sogenannte *Wakesweek* ab. Die Fabriken schließen Sonnabend mittags und werden erst am Montag nach 8 Tagen wieder eröffnet. Die Arbeiter gehen alle an die See. Ein bestimmtes Seebad hat sich direkt für sie eingerichtet. In Deutschland machte man vor etwa 10 Jahren damit den Anfang auch den Arbeitern im Sommer Ferien zu geben, und heute ist die Feriengewährung bereits aus dem Rahmen der *Wohlfahrtseinrichtungen* herausgetreten und zu einer Forderung der Arbeiter geworden. Die Bierbrauer haben die Ferien in ihre Tarifverträge aufgenommen, auch in den Tarifverträgen der Transportarbeiter sind vielfach Ferien vorgesehen, und die Buchdruckerorganisation arbeitet überall energisch darauf hin, daß ihre

Mitglieder, unter Fortbezahlung des Lohns natürlich, einen Urlaub im Sommer erhalten. »Die Urlaubsgewährung unter Fortbezahlung des Lohns«, schreibt der Fabrikinspektor für Oberbayern in seinem Bericht für das Jahr 1908, »macht überhaupt, namentlich infolge des Vorgehens der Arbeiterorganisationen, große Fortschritte.« In den meisten großen Buchdruckereien, in fast allen Bierbrauereien, Gasanstalten, kommunalen und staatlichen Betrieben sind schon heute, wenn auch noch in sehr beschränktem Maß, in irgend einer Form Ferien für die Arbeiter eingeführt. Und in allen Berufszweigen gibt es vereinzelte Betriebe, die einen regelmäßigen Sommerurlaub für die Arbeiter vorgesehen haben. Sind die Anfänge auch klein, so sind sie doch vorhanden; sie erbringen immer mehr den Beweis, daß sich Sommerferien für die Arbeiter unter Fortbezahlung des Lohns ebenso allgemein einrichten lassen wie für die Beamten.

Eine Statistik über die bestehenden Arbeiterferien ist noch nicht aufgenommen worden. Aber nach den Berichten der Fabrikinspektoren läßt sich ein Bild von ihrem Umfang gewinnen. Im Jahr 1900 wurde in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten noch nichts von Arbeiterferien erwähnt. Im Jahr 1901 verzeichneten die Berichte aus Sachsen erst einen einzigen Fall: Eine Buch- und Zeitungsdruckerei in Chemnitz gewährte jedem Arbeiter alljährlich 8 Tage Urlaub unter Fortbezahlung des Lohns. Im Jahr 1902 folgten eine Blumenfabrik in Dresden, die 8 Tage Ferien gewährte, eine Schokoladenfabrik, eine Papierfabrik; in Leipzig eine Kunstdruckerei mit 8 bis 14 Tagen Ferien, eine photographische Maschinendruckanstalt, eine Gravieranstalt, eine Chrompapierfabrik, eine Melasseraffinerie, eine Schokoladenfabrik, eine Maschinenfabrik und eine Kesselschmiede; desgleichen in Aue eine Drahtstiftfabrik und in Crimmitschau eine Wollwarenfabrik. Von nun an vermehren sich die Betriebe mit Feriengewährung ständig. 1902: im Bezirk Bautzen: 1 lithographische Anstalt; Chemnitz: die städtische Gasanstalt; Leipzig: 1 Buchbinderei, 1 Kunstanstalt, 1 Brotfabrik, die Firmen Mey & Edlich und Reclam, 1 Schaufenstereinrichtungsfabrik; Plauen: 1 Konfektionsgeschäft; Crimmitschau: die Gasanstalt. 1903: Chemnitz: das städtische Elektrizitätswerk; Leipzig: 1 Buchdruckerei. 1904: Brauereien in Dresden, Meißen und die des ganzen Leipziger Bezirks sowie 1 Maschinenfabrik in Leipzig und 1 Farbenfabrik im Zwickauer Bezirk. In den Jahren 1905, 1906, 1907 und 1908 folgten der Reihe nach: 1 Gasanstalt im Chemnitzer Bezirk, 1 Kartonnagenfabrik in Annaberg, 1 Firma in Dresden, die 10 Tage Ferien — wenn länger als 1 Jahr in der Fabrik — und 10 bis 12 Mark Reisezuschuß gewährte, 1 Brauerei und 1 chemische Fabrik im Meißener Bezirk, in Leipzig 1 Seifenfabrik, 1 chemische Fabrik, Bierbrauereien, Buchdruckereien, die Firma Zehl, 1 Firma in Zwickau, 1 Strumpfwarenfabrik und 1 chemische Fabrik in Chemnitz, 22 größere Anlagen in Dresden, 1 Fabrik ätherischer Öle in Meißen, 1 Schuhfabrik in Wurzen, 1 Firma im Zwickauer Bezirk, 1 Weberei in der Lausitz, die Brauereien von Chemnitz, 1 Schokoladenfabrik in Dresden, die Brauereien und 1 Papierfabrik in Freiberg, 1 Maschinenfabrik und 1 Papierfabrik in Leipzig, schließlich mehrere Stickereigeschäfte in Plauen. Auch in Preußen sind in einigen Regierungsbezirken die Ferien schon ziemlich verbreitet. Im Jahr 1908 waren nach den Berichten der Fabrikinspektoren Arbeiterferien in den folgenden Regierungsbezirken eingeführt: Königsberg: in allen städtischen Betrieben und

Zeitungsdruckereien und in den größeren Konfektionsgeschäften; Gumbinnen: 2 Druckereien; Danzig: in den staatlichen und kommunalen Betrieben und in kleinen Druckereien; Marienwerder: 1 Honigkuchenfabrik, 2 Druckereien; Potsdam: außer in den Militärwerkstätten in 38 Unternehmungen; Frankfurt an der Oder: Buchdruckereien und städtische Betriebe (des Bezirks); Berlin: 120 Betriebe; Stralsund: nur in Brauereien; Posen: 1 Buchdruckerei, 1 Spritanstalt; Breslau: Bierbrauereien, Porzellanfabrik, Handschuhfabrik, Werkzeugfabrik, Geschäftsbücherfabrik, Zuckerfabrik, Metallgießerei, Kaffeerösterei, Zigarettenfabrik, Schraubenfabrik und die städtischen Betriebe; Liegnitz: die städtischen Betriebe, Druckereien, die Gasanstalt in Glogau und 1 Firma in Landeshut; Oppeln: städtische Werke und Druckereien; Magdeburg: eine große Anzahl von Betrieben; Merseburg: die Brauereien, die städtischen Betriebe von Halle an der Saale, 1 chemische Fabrik, 2 andere Fabriken und mehrere sonstige Unternehmer; Erfurt: Schuhfabrik, Brauereien, städtische Betriebe; Schleswig: 22 Anlagen; Hannover: von 384 Betrieben mit 38 019 Arbeitern gewähren 43 Betriebe 3010 Arbeitern Urlaub, 12 nur in besonderen Fällen, 31 jedem Arbeiter, 33 unter Weiterbezahlung des Lohns, 6 Unterstützung und 4 Lohn und Unterstützung; im Jahr 1908 hatten 3010 Arbeiter Ferien gehabt; Hildesheim: Walzwerk, Schuhleistenfabrik, Druckereien, Pelzwarenfabrik, Gasanstalt, Konfektionswerkstätten; Lüneburg und Stade: 15 gewerbliche Anlagen; Osnabrück: Brauereien und Kleiderfabrik; Münster: 1 Druckerei; Minden: 4 Betriebe; Arnsberg: Schuhfabriken, Eiswerke, Druckereien usw.; Wiesbaden: die städtischen Betriebe in Frankfurt am Main und Wiesbaden, ferner Gasanstalt, Asbestfabrik, Fabrik elektrischer Meßinstrumente, Druckereien, Konsumbäckerei, Brauereien, die Farbwerke in Höchst und die chemische Fabrik in Griesheim; Düsseldorf: 40 Betriebe, darunter 10 städtische; Köln: städtische Betriebe, Waggonfabrik, Schokoladenfabrik, Maschinenfabrik, Wäschefabrik, Druckereien, königliche Werkstätten für Artilleriebedarf, 1 Bäckerei und die städtischen Werke in Bonn; auch in den Regierungsbezirken Trier, Kassel und Koblenz gibt es einzelne Betriebe, die Urlaub gewähren. In Württemberg, Bayern, Baden und Hessen sind die Ferieneinrichtungen, wie aus den Berichten der Fabrikinspektoren hervorgeht, relativ ebenso verbreitet wie in Sachsen und Preußen.

Einige hunderttausend Arbeiter haben zweifellos heute schon Sommerferien. Diese sind zwar noch vielfach kurz und an längere Dienstzeit gebunden. Die meisten Betriebe gewähren nur den Arbeitern Ferien, die länger als 2, 3, 5 Jahre im Betrieb sind, vereinzelte gar erst nach 10 Jahren. Ein Bäckermeister in Köln gibt jedem Gehilfen 8 Tage Ferien, sofern er nur ½ Jahr im Geschäft ist. In einer großen Druckerei in Köln hatten im Jahr 1908 bereits 70% aller Arbeiter 7 Tage Urlaub. In den städtischen Betrieben in Frankfurt am Main zum Beispiel werden nach 3 Jahren 4 Tage, nach 6 Jahren 6 Tage, nach 12 Jahren 8 Tage Urlaub gewährt. Ähnlich ist es in den meisten kommunalen Betrieben. Große Druckereien gewähren aber auch bereits nach 1 Jahr eine Woche Ferien. In den Brauereien fängt der Urlaub mit 1, 2 und 3 Jahren Dienstzeit an. Eine Brauerei im Arnsberger Bezirk gewährt jedem Arbeiter 4 Tage, den älteren 8 Tage Urlaub. Die Konfektionsgeschäfte in Königsberg gewähren Ferien von 1 bis 3 Wochen. Fast überall wird der Lohn weiter bezahlt, und einige Fabriken gewähren noch einen Zuschuß.

Über die Erfolge der Ferien äußert sich der Gewerbeaufsichtsbeamte von Berlin in bemerkenswerter Weise: »Die Erfolge der Beurlaubungen scheinen den Erwartungen vollauf entsprochen zu haben. Die, wenn auch oft nur kurze, Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden großstädtischen Lebens- und Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß aus. Neben der gesundheitlichen Stärkung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit anderen Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit.«

Es geht also auch hier wie mit der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit: Was erst für undurchführbar gehalten wird, erweist sich später durch die Erfahrung auch vorteilhaft für den Unternehmer. In der durch den Urlaub bewirkten geistigen und seelischen Auffrischung, von der der Berliner Fabrikinspektor spricht, liegt aber vor allem der Grund, warum die Arbeiter die allgemeine Ferieneinrichtung erstreben müssen. Der Arbeiter muß auch einmal *ausspannen,* einmal frei von jedem Arbeitszwang, *ganz Mensch* sein können, wie heute die Beamten und die Lehrer, um zu größerm Lebensgenuß und zur Lebensfreude zu gelangen. Mit 2 oder 3 Tagen ist es allerdings nicht getan; aber wenn die Arbeiter eine Woche, mit dem zweiten Sonntag also volle 8 Tage Ferien erhalten, so ist schon viel erreicht. Es gibt viele Beamte, deren Lebensfreude das ganze Jahr hindurch durch die Erinnerung an die letzten und die Erwartung auf die kommenden Ferientage gesteigert wird. Um aber der Ferien auch froh werden zu können, dazu gehört freilich Geld, das die Arbeiter bei ihren heutigen Löhnen nicht zurücklegen können. Aber Kasseneinrichtungen wie die der Baumwollspinner in Lancashire können sicher viel helfen. Es ist noch nicht lange her, daß über den Achtstundentag und über den Tarifvertrag gelächelt und gespöttelt wurde, weil sie für Utopieen galten. Auch die Sommerferien der Arbeiter lassen sich ganz allgemein einführen. In den Organisationen der Arbeiter liegt eine große Kraft, mit der sich gar vieles erkämpfen, aber auch durch selbständiges Wirken aufbauen läßt. Die politische Gewalt, die Gesetzgebung kann nichts Neues schaffen, sie kann nur regeln, binden, was sich aus den lebendigen Organisationen des Volks heraus gebildet und gestaltet hat. Und auch die neuen sozialen Gebilde — wie die heutigen Ferieneinrichtungen für Arbeiter — zeigen sich zuerst nur in kleinen Anfängen. Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter ist es ihr Wachstum zu fördern.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Licht- und Kraftzentralen

Die technische Ausnutzung der Gichtgase, die beim Hochofen- und Koksofenbetrieb entstehen (siehe die Rubrik *Technik* in den *Sozialistischen Monatsheften,* 1908, 1. Band, pag. 586), hat im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu tiefgehenden Umwälzungen in der Gas- und Elektrizitätsversorgung der Gemeinden und Werke dieses Bezirks geführt. Es kann hier nicht auf die Geschichte des *Rheinisch-westfälischen Elektrisitätswerks* und seiner Bestrebungen das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet einheitlich von einigen großen Zentralen aus mit elektrischer Energie zu versorgen einge-

gangen werden. Die Versuche sich ein Monopol zu verschaffen hatten nur teilweise Erfolg. Dem energischen Widerstand der kommunalen Vertretungskörper der Kreise und Städte gelang es die Monopolisierungspolitik zu durchkreuzen. Das *Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk* wurde auf ein bestimmtes Versorgungsgebiet beschränkt, andere Teile des Reviers wurden von kommunalen oder gemischten Elektrizitätswerken mit Beschlag belegt. Der Konzern Thyssen beschränkte sich indes nicht auf die Elektrizitätsversorgung. Er erwarb auch Gasanstalten, zum Teil, um sich den Weg für die Lieferung des elektrischen Stroms in den Gemeinden dieser Gaswerke frei zu machen, zum andern Teil, um auch die Gasversorgung zu zentralisieren und von den Kohlenzechen aus in die Hand zu nehmen. Ein bedeutsamer Schritt in dieser Richtung der Zentralisierung ist nun vor kurzem durch den Vertrag vollzogen worden, den die Stadt Barmen mit dem Thyssenschen Wasserwerk in Mülheim am Rhein unter Bürgschaft der Gewerkschaft *Deutscher Kaiser* in Hamborn abgeschlossen hat. Vom 1. April 1911 ab soll die städtische Gasanstalt in Barmen außer Betrieb gesetzt werden; die gesamte Gasversorgung wird von der genannten privaten Firma übernommen. Der Vertrag ist auf 25 Jahre abgeschlossen worden. Während dieser Zeit muß die Stadt ihren gesamten Gasbedarf von Thyssen beziehen. Sie darf Gas weder zu Leucht- noch zu Kraftzwecken selbst erzeugen noch von anderen Unternehmern beziehen. Die Gasversorgung des Hinterlands wird in einer bestimmten Ausdehnung nicht von Thyssen selbst besorgt sondern der Stadt Barmen überlassen. Wie die Presse mitteilt, ist der Beschluß der Stadtverordneten in Barmen dadurch veranlaßt worden, daß beim städtischen Gaswerk Um- und Neubauten mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Mark erforderlich gewesen wären, und daß der mit der Firma Thyssen vereinbarte Lieferungspreis sich niedriger stellt als der bisherige Herstellungspreis in Barmen, so daß die Stadt aus dem Vertrag noch einen besondern Überschuß von 100 000 Mark jährlich erzielen soll. Eine kritische Würdigung des Verhaltens der Stadtverwaltung wird erst dann möglich sein, wenn genauere Angaben über den Vertrag vorliegen. Auf jeden Fall können starke Bedenken gegen die Auslieferung der Gasversorgung, die bisher in städtischer Regie erfolgte, an ein privates Unternehmen nicht unterdrückt werden. Bei den Konzentrationsbestrebungen auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung haben die kommunalen Körperschaften sich einen gewissen Schutz durch Beteiligung an den Elektrizitätszentralen zu schaffen gewußt. Man muß auch im Fall der Gasversorgung der Stadt Barmen die Frage aufwerfen, ob die Stadt sich durch ähnliche Kautelen gesichert hat.

Außerordentlich stark ist in den letzten Jahren die Zahl der elektrischen Überlandzentralen gewachsen, und namentlich das letzte Jahr ist reich an neuen Projekten gewesen, die in allen Teilen des Reichs auftauchten. Man kann mit Recht von einer Hausse in Überlandzentralen reden und sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob manchem Produkt die gesunde wirtschaftliche Grundlage fehle. Neuerdings sind ja auch Warnungen von Regierungsseite ergangen, die sich gegen eine zu optimistische Einschätzung der Rentabilität solcher Überlandzentralen wenden und den Gemeinden und anderen kommunalen Körperschaften die sorgfältigste Prüfung zur Pflicht machen. Wie bei allen Unternehmungen unserer kapitalistischen Wirtschaft ist Planlosigkeit und Zersplitterung auch hier die Signatur, wo die zweckmäßigste Zusammenfassung der Versorgungsgebiete Vorbedingung jedes Erfolgs ist. Statt planvoller Aufteilung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsgebiete unter dem Gesichtspunkt billigster Versorgung entstehen die Überlandzentralen, wie es der Zufall gibt. Das Bedürfnis einer Fabrikationsfirma nach Absatz ihrer Produkte, der Wunsch eines strebsamen Landrats oder Oberamtmanns auch seinem Bezirk die Segnungen der Elektrizität zuzuwenden, die Nachahmungssucht der Gemeinden: das sind ebensoviele Motive zur Gründung einer Überlandzentrale, zu der dann die Teilnehmer gesucht werden. Man nimmt, wen man als Teilnehmer bekommen kann. Erst in allerneuester Zeit treten Bestrebungen hervor in die elektrische Versorgung größerer Gebiete Plan und Ordnung hineinzubringen und dadurch zugleich auch die wirtschaftlich billigste Versorgung zu erreichen. Solche Anfänge sind in Bayern zu konstatieren, wo der Staat

die Ausnutzung der Wasserkräfte planmäßig in die Hand genommen hat, wenn er auch den Bau von Überlandzentralen zunächst noch von sich abgewiesen hat. Es ist natürlich bequemer für den Staat, wenn er die Ausbeutung der Wasserkräfte, die er nicht für die Zwecke seines Eisenbahnbetriebs braucht, anderen Unternehmern überläßt, mögen das nun Privatkapitalisten oder kommunale Körperschaften sein. Ob das Vorgehen aber, namentlich mit Rücksicht auf die zukünftige Entwickelung, richtig ist, erscheint mehr als fraglich. Schon die Rücksicht auf eine spätere Verallgemeinerung des elektrischen Antriebs der Eisenbahnen sollte den Staat veranlassen die Überlandzentralen zur Ausnutzung seiner Wasserkräfte selbst zu bauen. Dabei kann er immerhin die Arbeitsteilung vornehmen, daß er den Gemeindeverbänden die Herstellung und Unterhaltung des Verteilungsnetzes sowie die direkte Lieferung des Stroms an die Konsumenten überläßt und sich ihnen gegenüber nur als Großlieferant der elektrischen Energie betätigt. Auf jeden Fall aber sollte der Staat soweit irgend möglich verhindern, daß die private Unternehmung sich der elektrischen Versorgung in weiterm Umfang bemächtigt und, falls er nicht selbst Überlandzentralen baut, ihren Bau durch die Gemeinden nicht nur durch Rat sondern auch durch finanzielle Unterstützung fördern. Das Vorgehen des pommerschen Provinziallandtags ist in dieser Richtung mustergültig. In einer Denkschrift, die ihm von dem Provinzialausschuß vorgelegt wurde, wurde auf die ungesunden Verhältnisse hingewiesen, die eine Folge der ziellosen Zersplitterung seien. Um die Bestrebungen auf Errichtung von Überlandzentralen in die richtigen Bahnen zu leiten, müsse in der ganzen Provinz nach einem einheitlichen Plan vorgegangen werden. Zu diesem Zweck müsse die Provinzialverwaltung eingreifen, deren Führung allein die Einheitlichkeit des Vorgehens sichern könne. Die Provinz müsse sich mit erheblichen finanziellen Mitteln an der Gründung solcher elektrischen Zentralen beteiligen, ihre Beteiligung an bestimmte, von ihr aufzustellende Bedingungen knüpfen und durch Anstellung eines Sachverständigen für die erforderliche technische Beratung der Unternehmungen sorgen. Der Provinzialausschuß schlug daher vor für diese Zwecke eine Anleihe aufzunehmen und sie auf 4 Millionen zu bemessen, wovon 2 im kommenden Etatsjahr zur Verwendung kommen werden. Es wurde in Aussicht genommen 3, höchstens 4 Zentralen in Pommern zu errichten. Der Provinziallandtag trat den Vorschlägen des Provinzialausschusses und seiner Kommission bei und genehmigte damit die Beteiligung des Provinzialverbands bei der Gründung und Erweiterung von elektrischen Überlandzentralen mit höchstens einem Drittel der Baukosten, falls ihm ein ausreichender Einfluß auf Bau und Betrieb gesichert wird, die Aufnahme einer Anleihe von 4 Millionen Mark sowie die Bildung eines besondern Fonds für die Verwaltung der Überlandzentralen.

Daß die Zersplitterung und Planlosigkeit bei der Gründung von Überlandzentralen häufig dazu führt zusammenhängende Wirtschaftsgebiete auseinanderzureißen, das beweisen die Vorgänge, die sich vor einiger Zeit bei der Einrichtung einer Überlandzentrale für Leipzig-Land abgespielt haben, und mit denen sich die Leipziger Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 9. März auf Grund einer Ratsvorlage beschäftigte. Im Herbst 1908 wurde von dem Amtshauptmann von Leipzig die Anregung gegeben eine Überlandzentrale zu begründen. Nachdem dies bekannt geworden war, bemühten sich der Rat der Stadt Leipzig und die Verwaltung des städtischen Elektrizitätswerks die Lieferung des elektrischen Stroms an diese Gemeinden zu erhalten. Daraufhin kam von seiten des Amtshauptmanns eine Gegenordre: Er wünsche nicht, daß die einzelnen Gemeinden mit dem Rat direkt verhandelten, die Gemeinden sollten sich zu einem Gemeindeverband zusammenschließen, um gemeinsam vorzugehen und einheitliche Bestimmungen herbeizuführen. Diesem Wunsch wurde von den Gemeinden entsprochen. Es wurde ein Gemeindeverband gegründet, mit der Aufgabe die Versorgungsfrage zu lösen. Anfänglich dachte man an die Errichtung einer selbständigen Zentrale. Es stellte sich aber schließlich als rentabler heraus den Strom nicht selber zu fabrizieren sondern ihn von einem Großunternehmer zu beziehen. Die Stadt Leipzig machte wiederum ein Angebot, das sie an die Amtshauptmannschaft richtete. Diese ließ die Stadtverwaltung monatelang ohne Ant-

wort. In der Zwischenzeit wurden aber von dem vorbereitenden Ausschuß des Gemeindeverbands Verhandlungen mit einer privaten Gesellschaft, der *Außenbahngesellschaft,* die die außerhalb des Leipziger Stadtgebiets gelegenen elektrischen Straßenbahnen betreibt, angeknüpft, die schließlich auch zu einem Vertragsabschluß führten. Das Angebot der Stadt Leipzig wurde monatelang ignoriert. Erst auf deren wiederholtes Drängen wurde nach Konstituierung des Gemeindeverbands ein neues Angebot eingefordert. Die Würdigung dieses Angebots im Vergleich mit dem Anerbieten der *Außenbahngesellschaft* scheint sich nur auf eine oberflächliche Nebeneinanderstellung der Strompreise beschränkt zu haben, wobei man die von der Stadt gebotenen Vorteile nicht genügend berücksichtigte. Eine wichtige Rolle in den Verhandlungen spielte die *Thüringer Gasgesellschaft,* die die Gasversorgung eines großen Teils der Leipziger Vor- und Nachbarorte betreibt und sich in diesen Orten zugleich mit der Gasversorgung auch das Monopol auf Elektrizitätsversorgung gesichert hatte. Sie erklärte sich bereit ihre Ansprüche nur an die *Außenbahngesellschaft* gegen Leistung einer Abgabe von 3 Pfennig pro Kilowattstunde abzutreten. Es handelte sich dabei um 38 Gemeinden mit mehr als 56 000 Einwohnern. So wurde also durch das Zusammenarbeiten der *Außenbahngesellschaft* und der *Thüringer Gasgesellschaft,* die auch in der Leitung des Gemeindeverbands Unterstützung fanden, die Stadt Leipzig von der Versorgung der wirtschaftlich mit ihr zusammenhängenden Vor- und Nachbarortsgemeinden mit Elektrizität ausgeschlossen und dem Privatkapital ein Gebiet von zirka 96 Gemeinden und 18 Gutsbezirken mit einem Strombedarf von wenigstens 1 Million Kilowattstunden ausgeliefert. Dieser Leipziger Vorgang zeigt recht deutlich, wie notwendig ein gesetzgeberisches Vorgehen ist, um die Interessen der städtischen Agglomerationen gegen unwirtschaftliche Zersplitterung bei der Versorgung mit Licht und Kraft zu schützen.

× ×

Kurze Chronik Die Kollegien von Freiburg in Baden haben 3000 Mark für eine Arbeitslosenversicherung nach Genter System in den Etat eingesetzt. × Die Stadt Straßburg hat im Jahr 1909 für die Arbeitslosenversicherung 5989,23 Mark ausgegeben. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen belief sich auf 674, die der städtischen Unterstützungstage auf 8095; die städtische Unterstützung betrug also pro Person und Tag 74 Pfennig, gegen 70 Pfennig im Jahr 1908 und 72 Pfennig im Jahr 1907. × Das bayrische Ministerium des Innern hat eine Entschließung an die Kreis-, Bezirks- und Gemeindebehörden gerichtet, worin diese aufgefordert werden dafür zu sorgen, daß der Wegfall der bisherigen Oktrois der Allgemeinheit und nicht nur den beteiligten Erwerbskreisen zugute komme, und alle Bestrebungen solcher Art nach Möglichkeit zu unterstützen. Dabei wird die Vornahme mündlicher Besprechungen mit den Verbänden der beteiligten Bäcker, Metzger usw. empfohlen. × Der anhaltische Landtag hat die Abänderungsvorlage des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz betreffend den Unterstützungswohnsitz angenommen, wonach die Frauen das Stimmrecht in der kommunalen Armenpflege erhalten. × Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung lehnte die Einführung des Bedürfnisnachweises bei der Erteilung von Wirtschaftskonzessionen ab.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Erkenntnistheorie Was kann eine Erkenntnistheorie eigentlich wollen? Sie kann nur zwei zusammengehörige und doch sorgsam zu trennende Fragen ins Auge fassen: erstlich die Frage, wie es kommt, daß wir in gewissen Fällen lange Gedankenketten unabhängig von der Naturbeobachtung ausspinnen — wie vor allem in der Mathematik —, und daß die Ergebnisse dieser begrifflich oft ganz wundersamen Gedankenketten für die Naturbeobachtung selbst ganz genau stimmen, ja daß wir — wie es in besonders auffallender Weise bei der Entdeckung des Planeten Neptun geschah —, die Naturbeobachtung erst auf Grund der Gedankenschlüsse machen; sodann die weitere Frage, mit welchem Recht und in welchem Umfang wir überzeugt sein dürfen, daß unsere Vorstellungen von der Natur selbst, wie wir sie alltäglich haben, auch für eine unabhängig von unseren Vorstellungen existierende Natur Gültigkeit haben; das heißt, ob der Ge-

genstand, auf den wir diese Vorstellungen beziehen, und den wir ganz unbefangen und unerläßlich als außer uns befindlich annehmen, auch tatsächlich außerhalb unserer Vorstellungen vorhanden, ob er als grün, hart räumlich ausgedehnt, zeitlich verfließend etc. anzusehen ist; und endlich, durch welche Mittel wir hierüber Gewißheit erlangen können. Auf die erste der beiden Fragen hat Kant eine Antwort gegeben, wenn er sagt, die Übereinstimmung unserer Gedankenschlüsse mit der Naturvorstellung werde durch die Tatsache begründet, daß die Gedankenelemente dieser Schlüsse schon der Naturvorstellung selbst unvermerkt zugrunde liegen. Das ist das richtige *a priori*. Bei der zweiten Frage aber hat er den gordischen Knoten einfach durchgehauen. In der berühmten Erklärung der zweiten Analogie der Erfahrung wird auf Grund der rein psychologischen Tatsache, daß alle unsere Vorstellungen doch nur Vorstellungen sind, erklärt, wir hätten es deshalb nur mit diesen Vorstellungen zu tun, folglich sei auch deren Gegenstand nur das an der Erscheinung, was die Verbindung des Mannigfaltigen notwendig mache. Kant berücksichtigt die Tatsache nicht, daß wir unsere Naturvorstellungen auf einen Gegenstand außerhalb der Vorstellung beziehen müssen und diesen Gegenstand bezeichnen und bestimmen, ähnlich wie der Geometer eine seiner direkten Beobachtung unzugängliche Entfernung bestimmt und einzeichnet. Damit hat er der Entwickelung zu Fichte und Hegel hin den Weg geöffnet, den Weg, auf dem selbst vielen unserer modernen Kantianer wie Marcus, Cohen, Natorp und anderen mehr die einfache und natürliche Lösung der zweiten Erkenntnisfrage ganz aus den Augen gerückt wird.

Ich erwartete in Leonard Nelsons Buch *Über das sogenannte Erkenntnisproblem* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/, das ich seit längerer Zeit zu lesen begierig war, eine Beantwortung dieser Frage zu finden. Aber, wenn ich auch das frisch und spannend geschriebene Buch in einem Atem durchgelesen habe und mich besonders dem meisten gegenüber, was der Verfasser über andere Philosopheme kritisch geäußert hat, zustimmend verhalten konnte: in der Hauptsache war ich gründlich enttäuscht und ernüchtert, als ich es aus der Hand legte.

Wenn freilich Nelson im 1. Teil die Unmöglichkeit einer Erkenntnistheorie erweisen will, so konnte das noch nicht sehr stören. Denn das, was Kant und die meisten seiner Nachfolger als Beweise der objektiven Gültigkeit der Erkenntnis angeben, halte auch ich für keinen Erweis, sondern ich bin ebenfalls überzeugt, daß die Elemente, die die objektive Gültigkeit der Urteile über Naturdinge enthalten, nur darzulegen, nicht aber zu beweisen sind. Freilich können die Sätze, mit denen Nelson diesen Beweis ablehnt, nicht befriedigen. So sagt er zum Beispiel: Wenn das Kriterium für die objektive Gültigkeit eine Erkenntnis sei, so gehöre es dem Bereich des Problematischen an; sei es aber nicht Erkenntnis, so müsse es solche werden können, dann aber müsse die Gültigkeit dieser Erkenntnis erst entschieden sein, ehe das Kriterium anzuwenden sei. Diesen rein scholastischen Satz halte ich für das leibhaftige Gegenstück zum ontologischen Gottesbeweis des seligen Anselm von Canterbury. Und dieser Satz hat leider manche Geschwister in Nelsons Buch. Daß ein einmal gebildeter Begriff etwas Feststehendes, Unveränderliches sei; daß der Begriff der *Tugend* nicht in dem Menschen enthalten sein könne, weil sonst alle Menschen tugendhaft sein müßten; daß, wer wie Ostwald die Möglichkeit allgemeiner Aussagen bestreitet, eben damit selbst eine allgemeine Aussage mache; oder daß ein Mathematiker, wenn er einen Satz beweise, diesen Satz, aber nicht dessen Richtigkeit beweise. Seinen eigenen Satz vom grundsätzlichen Mißtrauen gegen alle Reflexion hat Nelson da schlecht beachtet.

In einem 2. Teil untersucht Nelson das Problem der Vernunftkritik, wie er seine Erkenntnistheorie tauft. Dabei ist zu bemerken, daß er unter Vernunfterkenntnis die unmittelbare Erkenntnis, aber nicht die der Sinnlichkeit sondern die der reinen Begriffe versteht. Da er kurz zuvor im 1. Teil gegen Natorp gesagt hat, das positive Kriterium der Wirklichkeit suche er »jederzeit nur in der Anschauung«, und er halte jede Vorstellung für gültig, die diese Beschaffenheit zeige, wofern sie nicht mit anderweitig gegebener Gesetzeserkenntnis unverträglich sei, so durfte man gespannt sein, wie denn diese Gesetzeserkenntnis respektive wie die Vernunfterkenntnis sich zu jener Anschauung verhalte. Und das umsomehr als im 2.

Teil das Faktum des Selbstvertrauens der Vernunft die entscheidende Instanz gegen allen Skeptizismus ist und mit der Zurückführung der Urteile auf die ihnen zu grunde liegende unmittelbare Erkenntnis dem Postulat der Begründung Genüge getan sein soll.

Aber solche Erörterung suchen wir leider ganz vergebens. Wir finden solche weder im 3. Teil, der die Geschichte der Erkenntnistheorie von Hume bis Fries behandelt, noch in den eigenen Zusätzen am Schluß. Fries soll nach Nelson durch den Nachweis, daß die apriorischen Gesetze ihrerseits erst empirisch durch innere Erfahrung gefunden werden können, durch die strenge Trennung von Kritik und System sowie durch die erfahrungsmäßige Aufweisung einer nicht anschaulichen unmittelbaren Erkenntnis — die unmmittelbar erkennt, aber nicht ohne Reflexion erkannt wird —, und endlich durch Beseitigung des formalen Idealismus und die spekulative Begründung der Ideen Kant ergänzt und verbessert haben. Darum wird er als der größte Philosoph nach Kant begeistert gepriesen. Ich kann mich diesem Urteil nicht anschließen. Daß die apriorischen Begriffe, sowohl in ihrer richtigen wie in ihrer falschen Bedeutung auch nach Kant nicht *a priori* erkannt werden, geht nicht nur direkt aus verschiedenen Stellen bei Kant hervor sondern ergibt sich auch aus der einfachen Tatsache, daß Kant, wenn sie als solche *a priori* erkannt würden, seine Vernunftkritik nicht hätte zu schreiben brauchen. Das war also eine sehr überflüssige Mühe. Die Behauptung einer nicht anschaulichen unmittelbaren Erkenntnis, das heißt trotz allem einer intellektuellen Anschauung, ist dagegen mehr als bedenklich. Denn was hindert daran auf Grund dieser Behauptungen wieder munter drauflos zuphantasieren, wie es im kleinen ja schon Fries selber getan hat?

Diese Erneuerung der Friesschen Philosophie ist nach meiner Überzeugung unfruchtbar, und die Liebesmühe auch eines trotz verschiedener logischer Extravaganzen zweifellos sehr begabten Denkers wie Nelson ganz vergebens. Die von ihm abgewiesene respektive dogmatisch beantwortete Frage nach dem Grund der Beziehung auf den Gegenstand, und die Frage, welche unserer Vorstellungen dem Gegenstand bloß als subjektive Kennzeichen — zum Beispiel Empfindungsinhalt —, und welche ihm als unabhängig vom Bewußtsein gültige Bestimmung — etwa Größe, Bewegung und Veränderung usw. — zuzuschreiben sein möchten, ist doch nicht so von der Hand zu weisen. Und es fragt sich, ob alle Möglichkeiten der Erklärung bereits mit den von Nelson betrachteten Problemstellungen erschöpft sind, wie er diktiert. Der ganz gemeine, vom Philosophen verachtete Menschenverstand sieht sie von alters her wesentlich in jener bewußten Veränderung unserer jeweils gegebenen Seelenzustände, die wir Empfinden nennen. Diese beziehen wir sofort und ganz unmittelbar auf etwas außer uns. Das lebendige Empfinden wohlgemerkt, nicht die bereits abstrakte Empfindung, die nur Qualität und Intensität hat. Wie, wenn in jenem unmittelbar und ohne weiteres Raum, Zeit und alle Kategorieen steckten, die das Kind unbewußt aus dem Empfinden abstrahiert und zur Verknüpfung des Empfindungsinhalts und dessen Beziehung auf das Welt-*X* im Weltbild verwendet? Vielleicht eine Operation, die wir längst in ihren Einzelheiten vergessen haben, wie wir die Einzelheiten der Buchstaben und Bewegungen, die wir als Kinder mühsam zusammensetzten, nach erlangter Übung vergessen, und die wir nur mühsam von neuem wieder finden können. Ich will hier nicht darauf eingehen. Aber wäre dem so, so wäre wohl auch das zweite Kantische Prinzip gelöst. Raum, Zeit, Kategorieen gehörten dann allerdings zur *Wirkung des Objekts*, und es wäre der Kantischen Behauptung, daß unsere sinnliche Vorstellung doch die Gegenwart eines Objekts beweist, sowie der, daß unsere apriorischen Formen bloß für Erfahrungsgegenstände gelten können, eine Erklärung gegeben, die zugleich alle metaphysische Spekulation endgültig auf den Kehrichthaufen verwiese. Mit dieser Zurückführung der Urteile auf die ihnen zugrunde liegende Erkenntnis wäre in der Tat der Dualismus zwischen Verstand und Sinnlichkeit beseitigt, und Nelsons »Postulat der Begründung« Genüge geleistet, während das »Faktum des Selbstvertrauens der Vernunft« doch als bloße und sehr gewagte Behauptung erscheint.

Wie zutreffend die oben gemachte Bemerkung ist, daß die Lehre von der unmittelbaren Selbstgewißheit der Vernunftkategorieen allem metaphysischen Unfug wieder Tür und Tor öffne, das ist aus einem Buch der Friesschen

Schule, *Kantisch-Friessche Religionsphilosophie und ihre Anwendung* /Tübingen, Mohr/, das der Göttinger Professor Dr. Otto veröffentlicht hat, ganz deutlich zu ersehen. Das zum Gebrauch der Studierenden bestimmte, der Form nach sehr gelehrte Buch bringt unter anderm folgende Sätze: »Der Begriff des *Notwendigen* schließt selber gerade ein Wesen ein, das seinen Grund in sich selber hat.« Das ist nun nicht mehr bloß ein Gegenstück zum ontologischen Gottesbeweis sondern dieser selbst in höchsteigener Person. Und ebenso wird der alte kosmologische Gottesbeweis wieder aufgetragen und in der Form dekretiert: »Die Welt als Gemeinschaft von Substanzen kann nur gründen in einer wesentlichen, notwendigen Ursache von allen Substanzen und Kräften überhaupt.« Wie gut haben es doch unsere künftigen Forscher: Sie brauchen sich bloß eine Portion Selbstgewißheit der Vernunftbegriffe aus Göttingen kommen zu lassen, und die schwierigsten Aufgaben sind mit einemmal gelöst.

Leonard Nelson hat neuerdings auch *Untersuchungen über die Entwickelungsgeschichte der Kantischen Erkenntnistheorie* in den *Abhandlungen der Friesschen Schule* erscheinen lassen. Er will darin im wesentlichen beweisen, daß das Problem Kants über Kausalität schon in den vorkritischen Schriften anders als das Humesche, ja zum Teil ihm entgegengesetzt ist, daß die analytische Methode der Kantischen Preisschrift keine Induktion ist, und daß deren Unterscheidung zwischen analytischer und synthetischer Methode etwas anderes ist als die spätere Unterscheidung von analytischen und synthetischen Urteilen. Wie weit er da recht hat, das erfordert eine längere Prüfung als sie hier vorgenommen werden kann. Seine oben charakterisierte voreilige und hyperkritische Logik in Einzelheiten verleugnet sich freilich auch hier nicht. Voreilig ist es, wenn er behauptet, nach Kant solle »alle Synthesis nur durch Begriffe im Urteil verrichtet werden«, während er doch die Stelle Kants kennt, die die Synthesis vorausgehen läßt und nur die Aufgabe darin setzt diese natürliche Synthesis auf Begriffe zu bringen. Ebenso dürfte es eine hyperkritische Unterscheidung sein, daß Kants Fragestellung betreffs der Kausalität den Gegenstand, Humes Frage aber nur den Ursprung gewisser Vorstellungen betreffe. Interessant war mir besonders der Abschnitt über die Ideenlehre, in der Kant, wie Nelson darlegt, zweifellos einen Fortschritt von einer metaphysischern zu einer sachgemäßern Begriffsbestimmung gemacht hat. Es ist hier meine Aufgabe nicht nur zu kritisieren sondern, bei der Wichtigkeit dieses Punkts, auch den bleibenden Inhalt des Kritisierten darzulegen. Dieser ist den Begriff und die Idee betreffend folgender: Der Begriff als solcher erfaßt Fertiges, Abgeschlossenes für die Erkenntnis und auch das Geschehende als Fertiges. Die Idee aber, die Kant selbst als reine Selbsttätigkeit charakterisiert, ist ganz der selbe begriffliche Inhalt, sofern er theoretisch als heuristisches Prinzip dient, praktisch als Zielrichtung zu immer vollkommenerer Darstellung des Begriffsobjekts treibt und damit jene eigentümliche Färbung des Unendlichen und Unvollendbaren erhält. Nicht bloß die Begriffe von Raum und Zeit etc. oder die moralischen Begriffe, sondern jeder Begriff, sofern er nicht etwas in sich Abgeschlossenes bezeichnet, kann zur Idee werden, selbst der einer Suppe, sobald man sie nur immer besser kochen möchte. Nelson sagt also insoweit mit Recht, die Objektivität der Ideen sei die der Kategorieen selbst. Wenn er aber hinzusetzt: »nur ohne Schranken gedacht«, so muß betont werden, daß sie gerade in dieser Hinsicht nicht mehr objektiv sondern auch nach Kant nur regulativ sind. Gerade dann, wenn sie auch ohne Schranken als objektiv gültig oder konstitutiv gedacht werden, entsteht der *transzendentale Schein*, wie es Kant nennt. Dann aber wird die Erkenntnis zur starren Schulformel, die innerlich lebendige Religion, das ist die innere Gesamttriebkraft nach vorwärts, zum bloßen Vorstellungsglauben, das Symbol zum Dogma, der freie moralische Antrieb zum äußerlichen Werkdienst, das Streben nach Vervollkommnung auf allen Gebieten zur mechanischen Schablone. Es ist also nicht unwichtig sich auch theoretisch über das natürliche Verhältnis von Begriff und Idee klar zu werden, sowohl um unzweckmäßige Ideenbildungen als auch um Erstarrungsformen richtiger Ideen sicherer zu beurteilen.

Ein ganz anderer Kopf als Nelson ist Hans Pichler, der in einem Büchlein *Über die Erkennbarkeit der Gegenstände* /Wien, Braumüller/ seine Ge-

danken niederlegt. Stürmt Nelson unaufhaltsam voran, so gibt Pichler seine Gedanken fast in Thesenform, so daß man hübsch hinten oder vorn anfangen kann und doch das selbe erreicht. Man findet ja zuweilen auch im gewöhnlichen Leben einen angenehmen, unterrichteten Menschen, der über alles Alte und Neue Bescheid weiß, bei dessen Urteilen man aber trotz aller Freude das Gefühl hat, sie hängen nicht recht zusammen und haben so einen Anflug von anmutiger Voreiterlichkeit. Eine Reihe recht feiner Bemerkungen findet sich in dem Buch, wie, daß das nur Individuelle ein Nonsens, daß im System alles gegenseitig bestimmt sei, daß die kausale Betrachtung eine isolierende sei, und auch noch manches andere. Aber man fragt umsonst, warum das Büchlein seinen Namen trägt. Und wenn Pichler meint, über Kant hinausgehen könne ihn vielleicht besser verstehen lehren, so muß doch gesagt werden: Ein solches über Kant hinaus Gehen ist erst dann möglich, wenn man ihn verstanden hat. Und das ist freilich bei dem Verfasser so gut wie gar nicht der Fall, so viel er auch von ihm anführt. Er kennt nur die Einzelsätze, aber nicht das Problem, an dem Kant sich abmüht, und so kann er meinen, den Beweis, daß die Kategorieen »nicht aus den Gegenständen verallgemeinert« seien, sei Kant schuldig geblieben. Nein, Kants grundlegende Leistung besteht gerade im Nachweis, daß die Erkenntnisse erst durch die Kategorieen gegenständlich gemacht, das ist verbunden und bezogen werden.

×

Kulturphilosophie Von der Logik und ihren Kopfzerbrechen kommend, möchte man sich an etwas erholen, was rein menschlichen Inhalt hat. Man greift zu David Koigens *Ideen zur Philosophie der Kultur* /München, Georg Müller/. Was könnte mehr locken? Der Anfang: Der Kulturakt nach 4 Prinzipien, dem aristokratischen, demokratischen, revolutionären und gemeinschaftlichen, gegliedert. Das verspricht etwas. Es muß gerade jemanden reizen, der, wie der Referent in seinen *Wirtschaftlichen Grundlagen der Moral*, ähnliche heuristische Einteilungsgründe aufgestellt hat. Nun lesen wir: »Die aristokratische Willensrichtung drückt, populär gesprochen, alle möglichen Verhältnisse der Hierarchie aus. Das Streben des einzelnen geht hier auf Besitzergreifung fremder Kräfte und Mächte aus.« Gut das. Die folgende Seite: »Menschliche oder, genauer, willentliche Machtzentren würden jeden Sinn und jede Bestimmtheit verlieren, wenn sie nicht in der Richtung der senkrechten Linie auf einander sich bezögen. Und senkrecht heißt hier so viel wie Überordnung und Unterordnung, wie gegenseitige Beherrschung und Verwaltung, wie endlich Assimilation und Aneignung.« Gleich starke Willensrichtungen würden »nicht nur das Ende der aristokratischen Stellung im Kulturakt bedeuten . . ., das Verschwinden der aristokratischen Position des einzelnen würde . . . den Kulturakt selbst in Frage stellen. Eines der Fundamente, auf die die Menschenordnung begründet ist, ist und bleibt die aristokratische Stellung aller einzelnen . . . Der panaristokratische Gedanke zieht sich durch alle Verhaltungsformen der Menschen und verlangt gebieterisch nach der Verwirklichung des Satzes *Suum cuique*.« Die zwei letzten Sätze folgen, wohlbemerkt, unmittelbar auf das Frühere. Was soll man zu solcher Regellosigkeit sagen, die ganz heterogene Dinge auf Grund gleicher Worte zusammenschleudert? Ich las noch ein gutes Stück weiter. Aber das gleiche wiederholt sich alle Augenblicke. Hoffentlich kann ein anderer auch Besseres in dem Buch des zweifellos unterrichteten und äußerst sympathischen Autors entdecken.

×

Kurze Chronik Der als Psychologe und Ethiker besonders wegen seiner 2bändigen *Geschichte der Ethik* bekannte Professor Dr. Friedrich Jodl in Wien ist an Stelle des verstorbenen Professors Heinze nach Leipzig berufen, aber nicht bestätigt worden.

Psychologie / Otto Lipmann

Religionspsychologie Nachdem weite Kreise unseres Volks lange Zeit allen religiösen Fragen mit einer gewissen Indifferenz gegenübergestanden hatten, und das geistige Leben von einem als selbstverständlich auftretenden Rationalismus beherrscht worden war, befinden wir uns gegenwärtig zweifellos in einem Stadium des wachsenden Interesses an allem Religiösen: Der religiöse Indifferentismus ist durch ein positives oder auch wohl negatives Stellungnehmen zu religiösen Dingen abgelöst worden. Es mehren sich einerseits die Publikationen, die einen atheis-

tischen Standpunkt vertreten und verfechten, andrerseits finden auch Schriften, die eine Mystik predigen — und dies ist ja gewissermaßen höchste Religiosität —, Autoren und Verleger. Und auch dies darf wohl als Symptom für das tief ins Volk eindringende Interesse am Religiösen betrachtet werden, daß die Verfasser dieser wie jener Schriften häufig in keiner Weise als zur Schriftstellerei berufen betrachtet werden können. Von dem Gebildeten darf man heute ja wohl voraussetzen, daß er wenigstens so weit unter dem Einfluß Kants steht, daß er das Dasein Gottes nicht mehr wissenschaftlich zu widerlegen oder zu beweisen versucht.

Von neueren Publikationen, die sich die scharfe Scheidung der Sphären des Wissens und des Glaubens zur Aufgabe stellen, nenne ich die vorzügliche Schrift F. Mörchens *Wirklichkeitssinn und Jenseitsglauben* /Halle, Marhold/, in der das Problem auf die Frage *Determinismus oder Willensfreiheit?* zugespitzt erscheint. Über solche positiv- oder negativ-religiöse Publikationen dagegen, deren Verfasser sich zu dieser Klarheit noch nicht durchgerungen haben, und die infolgedessen mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit auftreten, darf man also wohl zur Tagesordnung übergehen. Eine derartige Schrift ist *Entweder oder?!* von R. Hollack /Leipzig, Teichmann/, die in etwa 100 *Thesen* Freiheit und Gott einander gegenüberstellt. Nicht viel mehr ist von den 729 Aphorismen A. Nadels *Aus vorletzten und letzten Gründen* /Berlin, Fleischel/ zu berichten; anscheinend — Bestimmtes nämlich läßt sich über Aphorismen fast niemals sagen — ist Nadels Religion eine Art Pantheismus. Mystik dagegen predigt uns *Animatus* in seinem *Gespräch mit einem Mädchen über die Verliebtheit* /Berlin, Oesterheld/. Das Buch ist auch in anderer Hinsicht interessant: als neuer Beleg für den engen Zusammenhang von Religion und Sexualität. Der Verfasser gefällt sich in überschwänglichen Gedanken und gewagten Wortneubildungen.

Wenn ich diese Erscheinungen hier erwähne, so geschieht dies, weil ich ihren religionspsychologischen Wert darin sehe, daß sie geschrieben und wohl auch gekauft werden. So sind sie Dokumente des religiösen Sehnens und Lebens unserer Zeit; freilich keine sehr erfreulichen. Ein anderes, erfreulicheres Symptom dieses neuerwachten religiösen Interesses ist das Aufblühen der Religionspsychologie als Wissenschaft, und dafür wiederum ist es kennzeichnend, daß die von Runze und Bresler herausgegebene, bei Marhold in Halle erscheinende *Zeitschrift für Religionspsychologie* soeben ihren 3. Band zum Abschluß bringen konnte. Freilich ist die Auffassung dieser Zeitschrift von der Religionspsychologie als eines Grenzgebiets zwischen Theologie und Medizin eigenartig, und ich kann mich ihr durchaus nicht anschließen: Heißt dies doch Religionspsychologie mit Religionspsychopathologie gleichsetzen. Demgegenüber sehe ich mit Wobbermin (*Aufgabe und Methode der Religionspsychologie* im 3. Band der *Zeitschrift für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung*) ihre wesentliche Aufgabe im Studium der Grundmotive und Grundtendenzen des normalen religiösen Bewußtseins der Menschheit. Man könnte meinen, daß das religiöse Bewußtsein am leichtesten in seinen primitivsten Erscheinungsformen zu studieren sei. Wobbermin legt aber Wert darauf zu betonen, daß weder die psychologische Untersuchung noch bestehender primitiver Religionen noch diejenige zeitlich zurückliegender wertvolle Aufschlüsse zu geben vermöchte. Ein Verständnis religiöser Bewußtseinszustände ist nur möglich, wenn der Forscher von der eigenen religiösen Erfahrung ausgehend sich in die des andern Menschen hineinzuversetzen vermag. Darum bieten gerade die höchstentwickelten Religionen der Gegenwart das geeignete Forschungsmaterial. Nun haben diese wie jede Religion eine Doppeltendenz: Einmal sind sie geschichtlich, also zeitlich bedingt; andrerseits findet sich gerade die größte Intensität religiösen Bewußtseins in der Mystik, das ist in einer Erhebung über die zeitliche Daseinsweise, einer Versetzung in die Sphäre der Ewigkeit. Mit dieser Doppelbeziehung hängt es wohl zusammen, daß die Religion nicht nur ein sozialpsychologisches Problem ist, daß also die Religionspsychologie ein Teil der Völkerpsychologie ist und eine geschichtliche Behandlungsweise nicht ganz entbehren kann, sondern auch in höchstem Grad ein individualpsychologisches, daß also zum Beispiel die Entstehung der Religion nach Wobbermin und James durchaus auf letzterm Weg untersucht werden muß. Das Pro-

blem, das für die genannten Autoren das größte Interesse hat, ist also dies: Wie gelangt der moderne Kulturmensch zu religiösem Fühlen? Das ontogenetische Entwickelungsproblem lassen sie außer Betracht.

Dagegen behandelt E. Rignano (*Le phénomène religieux* /Bologna, Zamchelli/) die Frage: Wie kann zum erstenmal ein Mensch dazu etwas einer Religion Ähnliches zu fühlen oder zu tun? Rignano modifiziert die häufig ausgesprochene Meinung, daß wohl die Furcht das auslösende Moment gewesen sei. Seiner Ansicht nach ist es vielmehr der Wunsch zunächst den menschlichen Gegner, dann auch die feindlich scheinende Naturkraft zu versöhnen, der als erster Anfang einer Religion aufzufassen ist. Bestechend an dieser Theorie ist sicherlich dies, daß sehr viele, wenn nicht letzten Endes alle religiösen Zeremonieen und Kulthandlungen auf eine solche Versöhnungsabsicht abgestimmt zu sein scheinen. Natürlich wäre es zu derartigen Versöhnungsakten nicht gekommen, wenn sie nicht zunächst einmal dem menschlichen Feind gegenüber Erfolg versprochen hätten. Rignano schließt daraus, daß die erste *Religion* in einer Zeit entstanden sein müsse, in der bereits die Institution der Sklaverei irgendwelche Gestalt angenommen, in der bereits eine Differenzierung in *Ausgebeutete* und *Parasiten* stattgefunden hatte. Die herrschende Klasse bediente sich nun weiter fortgesetzt der Religion, um durch die Furcht vor den mit ihr verbündeten höheren Gewalten die niedere Klasse sich unterworfen zu halten. Diese fortgesetzte Massensuggestion — also ein sozialpsychisches Element —, der daraus resultierende, immer erneute Affektzustand, die Einführung gleichfalls suggestiv wirkender religiöser Zeremonieen und die immer mehr fortschreitende Durchdringung aller privaten und öffentlichen Ereignisse mit solchen Kulthandlungen erklären es, daß das religiöse Verhalten zur Natur und ihren Kräften lange Zeit ein wissenschaftliches nicht neben sich aufkommen ließ und, nachdem dieses aufgekommen war, es dennoch weiter beherrschte. Wir stehen jetzt in einer Zeit, in der die Wissenschaft die Übergriffe des Glaubens in ihre Sphäre mit Erfolg zu bekämpfen beginnt. Das Ende dieses Prozesses muß, so folgert Mörchen aus seinen Darlegungen über Wirklichkeitssinn und Jenseitsglauben, dies sein, daß »staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen ausschließlich auf Tatsachen gegründet werden, die mit objektiver Allgemeingültigkeit bewiesen sind«. Aber, so meint er, gegenwärtig sind weite Kreise des Volks zu einer so radikalen Trennung von Staat und Kirche noch nicht reif; für viele ist die Moral noch durchaus an den Jenseitsglauben gebunden. Immerhin sollten doch schon jetzt auf dem Weg der Gesetzgebung vorbereitende Schritte getan werden: Fundierung des Strafrechts auf den Determinismus, Abschaffung des Eides und dergleichen.

Wie bereits oben erwähnt wurde, steht für Wobbermin das religiöse Fühlen des Gegenwartsmenschen im Vordergrund des religionspsychologischen Interesses. Dieses religiöse Fühlen aber ist wesentlich dadurch bedingt, welcher Religionsgemeinschaft der betreffende Mensch angehört: Die meisten unserer Volksgenossen, die überhaupt noch als irgendwie *religiös* bezeichnet werden können, sind heute — leider — nicht schlechthin religiös, sondern sie sind religiöse Christen oder religiöse Juden, das heißt sie sind in die historisch bedingten Religionsformen hineingewachsen, und ihre Religiosität ist nur unter Zuhilfenahme dieser historischen Bedingtheit zu verstehen. Einen wesentlichen Bestandteil des Christentums bildet nun die Person Jesus'; der religiöse Christ muß so auch zu dieser Person irgendwie Stellung nehmen, und die Jesusfrage wird somit auch zu einer religionspsychologischen. Eine sehr instruktive Darstellung der *Verschiedenen Auffassungen Jesu in der evangelischen Kirche* hat uns soeben J. Naumann gegeben /Halle, Marhold/. (siehe auch die Rubrik *Geschichte* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 137 ff.; auch 1909, 3. Band, pag. 1728).

× ×

Kurze Chronik Professor E. Meumann, bisher in Halle, wurde nach Leipzig berufen. × Dr. W. Peters, bisher in Frankfurt, habilitierte sich in Würzburg. × Als nächster Austauschprofessor kommt Hugo Münsterberg von der *Harvard University* nach Berlin.

× ×

Literatur Professor C. Stumpf hat 7 seiner in den Jahren 1887 bis 1909 gehaltenen *Philosophischen Reden und Vorträge* neuer-

dings gesammelt im Verlag von Barth in Leipzig erscheinen lassen. Die Vorträge betreffen sehr verschiedene Teilgebiete der Philosophie und Psychologie. Die Titel lauten: *Die Lust am Trauerspiel, Leib und Seele, Der Entwickelungsgedanke in der gegenwärtigen Philosophie, Zur Methodik der Kinderpsychologie, Die Wiedergeburt der Philosophie, Vom ethischen Skeptizismus, Die Anfänge der Musik.*

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Mann (Heinrich) Heinrich Mann ist seit einiger Zeit in eine bestimmte Kunstform verliebt. In der Erzählung schildert er fast gar nichts. Er läßt nur die Menschen sprechen. Er gibt nur den Reflex der Weltendinge in den Menschenherzen, die beredt werden. Und er hebt diese Methode noch ins Hochpathetische, indem er sich sehr heiße Charaktere aussucht. So gelingt es ihm oft Szenen von großer Gewalt in die Erzählung zu bringen. Die Meisternovelle von der *Branzilla* ist darum sein bestes Stück. Hier geht alles in einem heftigen Atem ans Ende. An 50 Seiten, und 3 Menschenschicksale sind erfüllt. Heinrich Mann will die Meisterschaft der Novelle in den Roman übertragen, also seine Welt erweitern, statt drei Wesen einige hundert schaffen und dazu noch die Örtlichkeit, die Tage, Nächte, die Gärten, den Mondschein, die Mittagsglut, das Heimliche der Nacht, kurz, einen sehr umfangreichen Ausschnitt des Kosmos. Der Roman heißt *Die kleine Stadt* /Leipzig, *Inselverlag*/. Diese Stadt liegt in Italien irgendwo. Sie hat die Pracht des Südens in den Gärten. Sie hat die Glut der Sonne in Männern und Frauen. Leichtigkeit der Verführer und Verführten lebt in der kleinen Stadt. Die Wandelgänge der Kirchen spielen eine Rolle als Liebesverstecke. Die Springbrunnen, die Blumenbeete, die undurchdringlichen Boskette der Parks, Schluchten, verborgene Bänke, all das ist Requisit für einen Roman von den Liebesbrünstigen. Musikmeister, geile Apotheker, Doktorsfrauen, Präfekten, Schneider, Konditorjungen, Tenöre, Bässe, Nonnen, Primadonnen, Pfaffen: die ganze Menagerie des lieben Gottes lebt in der kleinen Stadt. Eines Tages zieht dorten ein Theatertrupp ein. Die Komödianten, die üppigen Sängerinnen, der leicht zu habende Mädchenchor, das bringt einige Verwirrungen in die Ehebetten, in die Nonnenkammern, in die Trostlosigkeit der Junggesellen und Jünglinge. Wilhelm Meisters Theaterleute sind so sehr anständig, und die süße Philine verdient auch noch tausend Tugendpreise. Die Theaterschar unserer Zeit bringt eine ganze Revolution in die kleine Stadt. Religion und Staatsbürgerpflicht kommen in Gefahr. Die kleine Stadt wird zur Stätte aller menschlichen Passionen. Eines Tages wird die ganze Theatergesellschaft in die Diligence verladen, die Tenöre, die Primadonnen, das Korps der unmoralischen Choristinnen, und die kleine Stadt wird wieder ein Nest, langweilig, unbekannt auf der Erde, verstaubt, schmutzig, lächerlich. Der Poet, der in seine Form verliebt ist, erschöpft auf 30 Seiten das Seelenproblem seines Romans. Wir wissen schon, was in den Seelen rumort. Die Überraschungen, die kommen, sind gleich den Variationen des Musikers über ein Thema. Da kann oft etwas sehr Überraschendes erscheinen, aber es liegt doch immer auf einer Entwickelungslinie. Dieser Roman besteht aus lauter Variationen. Er ist aus dem Willen des Dichters geworden, nicht aus seinem freien, vollen Herzen wie der schwer vergleichliche *Professor Unrat*. Aber er ist oft, ja meist, wundervoll geschrieben, in jener Art, in der von unseren Deutschen heute dem Heinrich Mann kaum einer gleich kommt.

× ×

Jüdische Dichter Theodor Zlocisti, ein Arzt, ein Lyriker und guter Mensch hat für deutsche Leser jene Schriftsteller übersetzt, die im Jargon schreiben, in dem Heimatsidiom der russisch-österreichisch-polnischen Juden. Diese Poeten sind Abramowitsch, Perez, Brandes, Steinberg, Asch, Pinsky, Scholaum Aleichem, Nomberg, Onauchi und andere. *Aus einer stillen Welt* steht als Leitwort über den 2 Bänden der Sammlung /Berlin, Winz/. Zlocisti sagt in einer Vorrede, von Liebe und Schwärmerei erfüllt, was die modernen jüdischen Dichter sind. Sie wurden im Ghetto geboren. Ihre Väter waren noch in die soziale und politische Sklaverei eingeschlossen. Ihre Väter lebten in der Starrheit, aber auch in der melancholischen, unirdischen Süßigkeit ihres Wunderglaubens. Die alten Ghettojuden schafften das Dasein nur so lange, bis sie genug hatten, um

sich ungestört in die krause Weisheit ihres Bekenntnisses und die Schönheit ihrer Märchenmythen zu vertiefen. Die Alten versteinern oder sterben. Die Jungen sind aufgewachsen. Es ist für sie leichter das Ghetto zu verlassen. Da geben in ihnen der Kontakt von rabbinischer Tradition und modernen Gedanken, die Flucht aus der Einschränkung und das Erstaunen über die unendliche Freiheit ganz eigentümliche Gefühle und Gedanken. Diese Schriftsteller sind interessant, sehr sensibel, sehr sentimental und traurig oder auch kindisch und dekadent ausgelassen und verzweifelt. Onauchi und Pinsky scheinen mir die begabtesten in dem Kreis. Alle diese Schriftsteller sind zum Teil in der Form sehr ungewandt, sogar primitiv, unbeholfen. Doch dort, wo sie nicht ihre Seele verdecken, ist eine beträchtliche Menge von Poesie in ihnen.

× ×

Rostand: Chantecler Mißtrauisch und verstimmt bin ich ins Brüsseler *Galerietheater* gegangen, um das Drama des Hühnerhofs zu sehen, das der Franzose Edmond Rostand mit so viel geschickter Reklame auf die Bühne gebracht hat. Das Mißtrauen ist nicht ganz verschwunden. Doch ist es erfreulich von einem kühnen, zum Teil sehr geistreichen, sehr formvollen Kunstwerk berichten zu dürfen. Chantecler ist der Herrscher des Hühnerhofs, der stolze, mit dem prunkenden roten Kamm, mit dem prächtigen Federgepluster geschmückte Hahn. Er siegt über alle Nebenbuhler, über die bunten und geschwätzigsten Hähne, bei einem eitlen, eigensinnigen, sehr geputzten, sehr anmutigen Fasanenweibchen. Er zeigt ihr sein Königtum, daß er der Rufer des Tags ist, daß er mit seinem Schrei die Sonne aus der Tiefe lockt, daß er aller Kreatur das Wachsen, den Arbeitsmut, die Daseinsfröhlichkeit heraufbringt. Das eitle, schwer zu gewinnende Fasanenweibchen ergibt sich dem Helden, dem Lichtsänger Chantecler. Nun ist Leidenschaft, Brunst, Verträumtheit, Anbetung unter ihnen. Das Fasanenweibchen will mehr. Sie will nicht Chantecler zum Tyrannen, sie will, daß er sich ihr unterwirft, daß er einmal in der Liebesvergessenheit unersättlich ist, sich restlos an sie verliert und nicht den Tag lockt, dessen erster Herold er ist. Sie bittet Chantecler, er höhnt sie. Da verschwören sich mit einander des Fasanenweibchens Ehrgeiz und der Neid der Gestirne, die Chantecler hassen, da er sie am Ende der Nacht durch sein Singen entthront. Es gelingt. Chantecler versäumt in der Nacht der Nachtigall die entscheidende Sekunde. Siehe, es wird ohne ihn Tag, er singt zu spät, er muß erkennen, daß er nicht mehr der Helfer und Heiland des Lichts, daß er nur ein elender Knecht, ein schwacher Genießer des Lichts ist. Er lebt nicht lange nach dieser Bitternis. Die Kugel eines Jägers trifft ihn ins Herz. So ist die Legende des Dramas. Sie ist also moralisch. Sie ist nicht genial und unerhört, aber sie ist geistreich. Wir kennen die Fabel vom Ritter, der sich *verliegt,* ein Erbstück aus der Zeit der Troubadours. Die Ritter, die sich *verliegen,* Tannhäuser im Venusberg, sie haben einen süßen Lebensteil, aber sie haben Hexengift in sich, das wirkt wie der Tod. So auch bei Chantecler. Faust ist auch nahe daran auf solchem Faulbett zu verenden. Das andere ist die Kraft der Persönlichkeit in Chantecler. Einer ist schon ein Held, wenn er es nur selber glaubt, wenn es nur andere eine Zeitlang aus seinen Taten glauben, wie zum Beispiel das Fasanenweibchen. Auf der Bühne versagt der 2. Akt seine Wirkung nicht, da Chantecler die harmonischsten und kraftvollsten Verse redet, um die Sonne heraufzubeschwören. Rostand hat nie schönere Verse geschrieben. Nach dieser Höhe des Poetischen ist alles andere, selbst die Nacht der Nachtigall, nur leichte Maskerade, nur elegantes, sehr nett, oft ungewöhnlich dumm gereimtes Französisch. Die ganze Welt der Vögel ist auf der Bühne, auch die Küchlein piepsen; nur ein Schäferhund mischt sich minutenlang ins Spiel. Dennoch hält die Illusionskraft der Hühnertragödie sehr lange vor, ohne zu parodistisch zu wirken.

× ×

Autobiographieen Die Jungfrau Maria, die Sappho von Lesbos, die geniale Liebessängerin Louise Labé, die Colonna und die köstliche Kurtisane Veronica Franco würden niemals die berühmtesten Frauen der Welt geworden sein, wenn sie nicht selber so vollkommen von sich gesprochen und gedichtet, oder wenn sie nicht als Ersatz für eigene Beredsamkeit einen weitschallenden Herold ihrer Herzenspracht gefunden hätten. Lu Märten hat es selber versucht von ihrem Lebensschicksal zu erzählen, sie hat das Buch ihrer Kindheit und ihrer Jungfrauenjugend ge-

schrieben und es *Torso* genannt /München, Piper/. *Torso* soll ein symbolischer Name sein. Der Mensch, der da berichtet, ist früh ermüdet, früh mürbe, mit Not genährt, bestimmt für die Traurigkeit, aber doch getragen von der großen, leidensschweren Schwärmerei für das allgemeine Erdenglück, für das Beseligen der Armen und Unteren. Lu Märten sagt alles so ehrlich, so herzzerreißend offen, und doch ist ihr Buch in einem so ganz andern Sinn Torso als sie es gedacht hat. Die wirkliche Tragik in ihrem Wesen ist, daß ihre Kunstmittel doch nicht ihrem Kunstwillen gewachsen sind. Sie schildert das Elend in ihrer Familie, kranke Geschwister, Darben, Verzweiflung, entsetzliche Unglücksfälle; dann Glaubensnot, geistige Vereinsamung und schließlich auch Liebe, die eher vernichtet als emporhebt. Es ist leider so in der Kunst, daß nur der Poet ein Recht zu heftigem Subjektivismus hat, der uns zwingt ihm, seiner Sprache, seiner Form zu gehorchen. Lu Märten zwingt uns nicht. In romanischen Ländern pflegt man den herzlichen Brauch in jedem Frühling einmal den tugendhaftesten Menschen des ganzen Jahres zu belohnen und zu feiern. Lu Märten würde in Italien und Frankreich diesen Preis empfangen. Aber Dichtkunst soll in dieser Chronik besprochen werden. Ich habe hier kein Recht von moralischer Schönheit zu reden.

Eine andersartige Autobiographie hat Lily Braun verfaßt. Sie nennt sie *Memoiren einer Sozialistin* /München, Langen/, und sie hat wohl mit Absicht diesen Titel für die Erzählung ihrer *Lehrjahre* gewählt. Aber es ist gar kein literarischer Grund erkennbar, der sie hätte veranlassen können diese Memoiren als einen Roman zu schreiben. Ein Roman ist eine Poesie, eine Erfindung, ein vom Leben und Sehen des Dichters eingegebenes Phantasiewerk, das wohl der Wirklichkeit nachgeformt werden darf, das aber stets an Glanz, an der künstlerischen Vollendung verliert, wenn es sich nur der Realität anpaßt. Wir klagen heute sehr viel über die Federhandwerker, die irgend ein merkwürdiges Schicksal, das heißt kuriose Zufälle, Entgleisungen des Alltags, Spitzbübereien des Himmels an den Menschen und anderes, berichten und kühn *Roman* über solche Arbeit setzen. Zum Glück geht noch immer die ernste Kritik, die zweihundertmal weniger einflußreich ist als die oberflächliche, geschäftliche, mit derartigen Erzeugnissen gehörig ins Gebet. Ich will nicht sagen, daß Frau Braun sehr schwer gegen die Kunst gesündigt hat, als sie ihre Memoiren einen *Roman* taufte; sie hat jedoch sicher mit diesem Titel irregeführt, da man ihre Feder wohl schätzen durfte. Ihr Roman ist also in der Form falsch angelegt. Entweder sie hätte auf die vielen hundert Seiten der zu blumigen, zu sentimentalen, zu *romanhaften* Sprache verzichtet und ein handfestes, mit Reflexion und Kulturbetrachtung erfülltes Buch schreiben sollen, oder sie hätte ein dichterisches Zeitgemälde geschaffen, *Dichtung und Wahrheit*, freier gemischt als sie es hier getan hat. Das bißchen Verkleiden bekannter Namen genügte nicht. Sie erzählt ihr Leben bis zu dem Zeitpunkt, da sie ihren ersten Gatten begräbt und zur sozialistischen Weltanschauung kommt. Die Kapitel, in denen Frau Braun nichts als Memoirenschreiberin ist, gehören zu den besten des Buchs. Sie erzählt wahrheitsgemäß von den Abenden bei Egidy, von einem Volkskommers für Engels. Das ist schmucklos und ohne *Poesie* erzählt. Dann stehen aber so viele Abschnitte, die eine sehr merkwürdige Jugend, Liebesbegebnisse, festliche Stimmungen und Familienereignisse umfassen. Hier vergreift sie sich im Ton und sinkt beträchtlich im literarischen Niveau. Das letzte Goethebuch der Frau Braun zeigte sie als sehr gewandte Memoirenschreiberin. Sie hätte bei diesem System bleiben und nicht nach dem Ruhm einer sehr mäßigen Romanschriftstellerin verlangen sollen.

× ×

KurzeChronik Am 15. März ist Paul Heyse 80 Jahre alt geworden. × Belgien will eine eigene Akademie der Literatur schaffen, einen Verein der belgischen Schriftsteller, der dem Kreis der Unsterblichen in der *Académie française* entsprechen soll. × Ein Züricher Gymnasialprofessor hat bisher unbekannte Manuskripte zum *Wilhelm Meister* entdeckt, ein Volumen von Blättern, die besonders zur Geschichte des 1. Teils wertvolle Materialien liefern werden. Das Ganze soll nächstens im Druck erscheinen. × Unter dem Titel *Französinnen* sind Skizzen Marcel Prévosts deutsch bei Langen in München erschienen. × Eine Reihe exotischer Skizzen vereinigt Max Dauthendey unter

dem Titel *Lingam* /München, Langen/. Nicht merkwürdige Seelen werden geschildert, sondern merkwürdige, meist stark erotische Begebenheiten aus Indien. × Ein neuer Roman Hans von Kahlenbergs *Spielzeug* /Berlin, *Vita*/ berichtet, wie ein leichtes, kokettes Ding langsam eine ernste Frau wird. × *Die Hagestolze* heißt ein von Frische und Humor erfüllter Lebensroman, den Kurt Aram bei Schottlaender in Berlin herausgibt.

Bühnenkunst / Hans Winand

Sorma

Nach langer Kunstpause sieht man die Agnes Sorma wieder. Monatelang mag sie draußen, wo die Leute frömmer sind, mit ihrer Stimme und den großen Frauenaugen, die nun in weicher stiller Trauer leuchten, Menschen zum Weinen gebracht haben. Ich sah diese Frau vor 6 Jahren zum ersten Mal; und in mir wird es still, blicke ich in diese Augen, wo noch heute die fragende Unschuld des Mädchens mit dem müden Wissen der Frau ineinanderklingt. Doch von vertrauenslosen Vorbehalten hat sie mich nie befreien können. Ich weiß, daß Else Lehmann nie die Prinzessin des Tasso sein könnte: doch wenn sie die Rose Bernd spielt oder ihre ureigene, hausbackene und doch erschütternde Frau Alving, dann fühle ich Rose Bernd oder Frau Alving und vergesse in diesen Stunden alles Andere. Die Sorma, so muß ich mich anklagen, schenkt mir nicht diese Weltvergessenheit. Wenn sie, als Hermione, in Goldlicht verklärt, vom Piedestal herabsteigt, wenn sie die Lippen öffnet, und ihre süße Stimme wie dunkler Glocken ferner Klang zärtlich zu tönen beginnt » . . . O sprich, mein Einz'ges, wie du gerettet wardst, wo du gelebt, wie her zum Vater kamst? . . . «, dann möchte ich in Kindesfreude weinen. Doch zugleich flüstert's in mir, höchst unwillkommen und aller frohen Demut feind: Sie könne nie eine Mariamne sein. Und wenn sie heute, in einem Stück von Henri de Rothschild, freiwillig stirbt, trostlose Bangigkeit in den großen Augen, pocht an die Ergriffenheit des Augenblicks die ketzerische Frage: Wie würdest' du, Rebekka West, zum Mühlbach gehen?

Das bleibt, darüber ist kein Wort zu verlieren, Torheit und Widersinn zugleich. Für die Größe einer Künstlerschaft und die Wirkungen, die sie schaffen kann, ist nicht die Spannweite des Könnens entscheidend. Auch Else Lehmann ist keine Alleskönnerin: Doch man kommt überhaupt nicht darauf das erst festzustellen. Sie bleibt in ihrem Kreis, in dem sie Höchstes geben kann; sie ist groß durch und trotz der Begrenztheit ihres Wesens; sie ist und sie kann als groß empfunden werden, weil sie nirgends ihre Schranken durchbricht, weil die Grenzen dadurch gar nicht fühlbar werden. Der Fall Agnes Sorma ist schwieriger. Ihr Wesen ist nicht so einseitig wie das der Lehmann; Ihre Grenzen sind nicht so scharf markiert. Die Art, in der die Lehmann ihr Reich beherrscht, hat etwas Fanatisches. Bei der Sorma fließt alles freier und ungehemmter. Ihr Gebiet ist größer. Aber nicht in allen Teilen dieses Gebiets herrscht sie mit der gleichen selbstverständlichen Macht. Wo sie leidet, wo sie duldet, wo sie hinnimmt, da kenne ich neben der Duse schlechthin nichts, was ihr gleichkommt. Lucie Höflich ist ihr hierin, bei geringerer Zartheit, verwandt und teilt ihre Grenzen. Auch sie weiß als Käthchen von Heilbronn dies ewige *Mein hoher Herr* mit einer stillen Musik der grenzenlosen Hingabe zu sprechen wie die Sorma es vermochte, aber ihre Kraft erlahmt, je mehr sie vom Dulden zum Handeln gedrängt wird. Und Ähnliches empfinde ich bei der Sorma. Das Abnehmen der darstellerischen Kraft offenbart sich hier nicht in herben Gegensätzen. Doch selbst in der mildern Abstufung wird fühlbar, wie ihr Wesen die Augenblicke aktiver Theatralik nicht mit der gleichen Innerlichkeit durchleuchtet. In diesem robusten Theaterstück des Barons Rothschild, das *Die Rampe* heißt, gibt Agnes Sorma eine Frau, die an ihrer Liebe zu einem kleinlichen Mann zugrunde geht. Sie verläßt ihr Heim, sie kehrt der Gesellschaft den Rücken, um dem Geliebten zu folgen. Der ist ein berühmter Schauspieler, und sie wird seine Schülerin. Ihr starkes Talent drängt bald das ihres Lehrers und Geliebten künstlerisch beiseite: seine Schauspielereitelkeit kann ihr das nicht verzeihen. Er wendet sich von ihr ab und gibt ihr als Nachfolgerin irgend eine leichtfertige Theatermamsell, die in der Nachtversammlung der Berliner Schau-

spielerinnen gelyncht worden wäre. Agnes Sorma gibt die Verlassene, die die Eitelkeit des Geliebten nicht sieht und nicht sehen will; und sie gibt die große, grenzenlose Liebe, die auch nach der Erkenntnis Lebensinhalt und Lebenswert bleibt. Es ist lehrreich zu sehen, wie sie im 1. Akt, im Liebesglück, die frohe Heiterkeit der glücklich Liebenden darstellt; es wird erschütternd, wenn sie später die dunkle Ahnung des Niegeglaubten, Unausbleiblichen gestaltet, das Entstehen der Entfremdung. Man weint, wenn man dann die Verlassene sieht, die nun jenseits aller Worte zu stehen scheint und mit weitaufgerissenen, trostlos traurigen Augen in ein jäh erstandenes schwarzes Nichts starrt. Hier, im Dulden, in der Lyrik des Leidens, gibt sie Unvergeßbares; sie adelt ein Theaterstück zur Seelentragödie. Aber inmitten dieses Ganzen erstehen doch Augenblicke, die wie grelle Blitze Grenzen der Sormakunst aufleuchten lassen. Wenn sie ihren Schmerz in leidenschaftliche Worte preßt, wenn das Pathos des Schweigens durch das Pathos des tönenden Ausdrucks abgelöst werden soll, verlischt wie durch den Fluch eines bösen Zaubers der matte Glanz einer edlen Frauenpersönlichkeit, der vordem das Auge in Tränen blendete. Und an die Stelle der milden, stillen Madonna tritt eine ausgezeichnete Schauspielerin. Aber doch nur eine Schauspielerin. Dann wird man — es sind nur Augenblicke — fast zornig auf diese großen, herrlichen Augen, die Unendlichkeiten schenken und dann wieder zurückfordern. Wo man, vor zwei Minuten noch, in Ehrfurcht glaubte und litt, beginnt man zu rechnen, zu forschen, abzuwägen, ordnet Soll und Haben mit der gewissenhaften Nüchternheit eines Bücherrevisors und zieht wider Willen Bilanz. Man rechnet auf, was das Gastspielwesen, dieser Ausverkauf aller Schauspielkunst, der Kundschaft zugibt oder nachläßt; man registriert die Gratiszugaben an Kulissenzauber und fährt fort, in herzbeklemmender Pedanterie, zu addieren, zu subtrahieren, zu multiplizieren, zu dividieren, bis da oben auf der Bühne die dramatischen Ausbrüche wieder zu stiller Verhaltenheit sich dämpfen; bis die Sormastimme wieder in ihren weiten Strom weiblichens Erleidens zurücksinkt, bis in die von aller Leidenschaftlichkeit gereinigten Augen wieder jene schmerzliche Heiligkeit, jenes stummes Märtyrertum einströmt, die alle Bühnenhaftigkeit verwischt und nur das eine Gefühl walten läßt: Sieh, hier leidet eine wundervolle, liebe Frau . . . .

× ×

Reinhardt: Stuckens *Gawan*

Reinhardt hat inzwischen seiner Gemeinde im *Deutschen Theater* mit einer Aufführung von Hebbels *Judith* einen neuen Beweis seines ruhelosen Strebens gegeben und dann im Kammerspielhause mit dem *Gawan* von Eduard Stucken dem Berliner Theatergläubigen einen Dichter vorgestellt, der die ehrliche Anerkennung, die er endlich erfuhr, schon viel eher verdient hätte (siehe die Rubrik *Dichtkunst* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 68 ff.); denn 4 mythische Tragödien von herbem, packendem Rhythmus und starker Kraft der Sprache sind seit Jahren als Bücher erschienen, ohne genügend beachtet zu werden; ein modernes Drama harrt noch vergeblich der Aufführung, und ein neues Werk, das reifste, das der Dichter geschaffen, *Astrid*, ist soeben vollendet. Trotzdem war der Name Stucken der Berliner Premièrenwelt eine Überraschung. Die mystische Märchenwelt der Artusheldenschaft steigt empor, der heilige Gral leuchtet in der Ferne, und Gawan, der reine Jüngling ohne Furcht und Bangen, irrt durch fremde Lande. Den Weg zur grünen Kapelle sucht er. Um Weihnacht, zum ersten Schlag der Mitternachtsglocke, muß er sich dem grünen Ritter stellen; sein Ritterwort hat er verpfändet. Er wird, der Absprache getreu, niederknieen, den Nacken entblößen und den Todesstreich empfangen, mit dem gleichen Beil, mit dem er 365 Tage früher dem unheimlichen Gesellen das Haupt vor die Füße legte. Himmel und Hölle selbst entsenden Getreue, um den reinen Toren auf seiner Wanderung in Versuchung zu führen. Schuldig wird er, doch er sühnt auch: statt des Todesstreiches empfängt er, aus den Händen der heiligen Jungfrau, den schimmernden Gralskelch: »Denn mehr wert sind Buße und Reue als Schuldlosigkeit. Es ist mehr wert zu fallen und durch die Gnade zu steigen als sündlos zu wallen auf ebenem Pfade.« Das Dramatische dieses Dramas erwächst völlig aus der Welt der alten Sage; nur aus ihrem Vorstellungskreis heraus will es geglaubt

— nicht verstanden — werden. Und das macht nicht zum wenigsten die fast religiöse Weihe dieser Dichtung: daß Stucken nicht versucht ihre Teile einer spätergeborenen Menschheit anzupassen und psychologisierende Entwickelungen zu ziehen; die Ritterehre und der mystische Begriff der *sündenlosen Reinheit* sind als eine Unantastbarkeit, als etwas Gegebenes aufgerichtet, zwischen denen die Sehnsucht und der höchste Ehrgeiz des Artushelden dahinstrebt. Die von Eduard von Winterstein geleitete Aufführung zählt darum zu den ehrlichsten und reinsten der Reinhardtbühnen, weil der Regisseur seine Anregungen aus der Dichtung zu ziehen suchte statt sie in die Dichtung einzuschmuggeln. Denn die darstellerischen Leistungen vermochten nicht immer den Stimmungsinhalt auszuschöpfen. Der 1. Akt, die Tafelrunde des Artus, konnte schon in seiner Inszenierung nicht die weihevoll-mystische Religiosität der alten Sage mit der frohmutigen Ritterlichkeit der Artushelden verschmelzen. Und das Überlebensgroße des grünen Ritters ging zum besten Teil durch einen unglücklichen Ehrgeiz nach greifbarer Anschaulichkeit verloren. Denn wo der Eindruck des Übersinnlichen, Übermenschengroßen erstrebt wird, wo die Jenseitigkeit in diese Wirklichkeit eintritt, ist jede Detailmalerei eine verlorene Schlacht; je größerer Spielraum der Sinnenfreiheit und der Phantasie des Zuschauenden geschenkt ist, desto gewaltiger können die Erscheinungen erlebt werden. Aber die folgenden Akte, in ihrer abgestimmten Einfachheit des Dekorativen, konnten für vieles entschädigen. Kayßler als Gawan drohte im 1. Akt den Zauber des Ganzen zu brechen; er gab reife leidenschaftliche Männlichkeit, wo der reine Tor nur tatendurstiger Jüngling ist: »Zwar bin ich der Schwächste, ich weiß, doch groß ist Christs Gnade. . . . Ich bin in deinen Scharen der jüngste, wohl weiß ich's; mein Sinn ist noch unerfahren.« Doch später wußte Kayßler den lärmenden Imperativ abzustreifen, er dämpfte seine gefährliche Kinnladenmimik und gab in den Szenen bei Hautdesert Ergreifendes. Die junge Leopoldine Konstantin war eine entzückende Mischung von Unschuld und Lüsternheit, Leben, Grazie und Farbe in jeder Bewegung, eine frische, helle Stimme, die wie ein klarer Bach durch frühlingsbunte Wiesen rieselt. Das Teuflische freilich, die Schatten der Dämonie, die ihre Doppelgestalt umspielen, entziehen sich ihrer Kraft: Sie wird nie Tragödin werden, aber ein frisches, lebendiges Temperament prädestiniert sie zu allen Rollen, wo jugendliche Fröhlichkeit noch nicht in den Bannkreis eherner Tragik schaut.

× ×

Kurze Chronik Im *Deutschen Theater* wird ein interessanter Versuch unternommen das Mimodrama zu neuem Leben zu erwecken. Das Werk, das dargestellt wird, hat Friedrich Freksa, der Verfasser der *Ninon de l'Enclos* und des *Todes des Prinzen Karneval*, ersonnen. Die Tanzszenen werden von den Schwestern Wiesenthal ausgeführt. × Rostands *Chantecler* (siehe die Rubrik *Dichtkunst*, pag. 528), der in Wien von einer französischen Truppe des Pariser Theaters *Porte Saint-Martin* gespielt wurde, ist vom Wiener Publikum abgelehnt worden. Das selbe Schicksal erlebte das Werk bei der Uraufführung in Genua. × Für die geplante *Große Oper* in Berlin soll Gustav Mahler als Dirigent verpflichtet werden. × In New York hat der Schülertrust ein neues Theater eröffnet, das in erster Linie der Ibsendarstellung gewidmet ist. *Klein Eyolf* und die *Wildente* werden einstudiert.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Mongolische Bahn In China ist jetzt eine ganze Anzahl großer Eisenbahnprojekte im Bau oder in Vorbereitung, die auch international von erheblicher Wichtigkeit sind. Unter diesen ragt besonders die mongolische Eisenbahn hervor. Sie hat den Zweck Peking, das von Europa her mit der sibirischen Bahn nur auf dem Umweg über Charbin zu erreichen ist, günstiger an die sibirische Bahn anzuschließen. Die durch die Provinz Tschili und die Mongolei führende Strecke baut die chinesische Regierung, während die auf russischem Boden liegende transbaikalische Strecke von Rußland gebaut wird. Fertig ist bisher die Strecke von Peking über Nangku bis Kalgan. Nangku liegt am Südrand der Bergzüge, die die Provinz Tschili im Norden umsäumen, etwa 55 Kilometer von Peking entfernt,

noch innerhalb der großen chinesischen Mauer, während Kalgan zwar auch noch in Tschili liegt, aber außerhalb der Mauer. Kalgan ist die wichtigste Handelsstadt für den Durchgangsverkehr des Handels von China nach Rußland und umgekehrt. Die Strecke Peking-Nangku war schon Ende November 1906 fertig, während die schwierige Strecke Nangku-Kalgan erst Anfang Oktober vorigen Jahres vollendet wurde. Die zu überschreitenden Gebirgszüge machten 4 Tunnel nötig, von denen der unter der großen Mauer 1092 Meter lang ist. Der Bahnbau wurde — wie überhaupt die chinesische Strecke — durch chinesische Ingenieure ausgeführt. Die Mongolei wird auf der alten Karawanenstraße durch die Wüste Gobi durchquert. Von Kalgan aus nach Nordwesten führt diese über Sairussu, dann nach Norden über Urga, Maimatschin und Kiachta. Letzteres ist der russische, Maimatschin der mongolische Grenzort. Die Strecke Kalgan-Maimatschin ist etwa 1280 Kilometer lang, also gleich der Luftlinie Berlin-Neapel. Die reine Wüstenstrecke wird kaum Schwierigkeiten machen, während die Strecke Urga-Maimatschin mit den quer zur Bahnlinie laufenden Gebirgen zu kämpfen haben wird. Noch schwieriger aber ist das Stück von Kiachta bis zum Baikalsee. An diesem soll nämlich die neue Strecke an die sibirische Bahn angeschlossen werden. Der Anschluß soll bei der Station Myssowaja erfolgen, wo die Bahn den Baikalsee wahrscheinlich auf einer Fähre überschreitet. Von Kiachta wird die Bahn über die nahegelegene russische Handelsstadt Troiskossawsk nach Neu Selenginska geleitet. Diese Stadt ist Bezirksstadt und liegt an der schiffbaren Selenga, einem großen Strom, der sich in weitem Bogen nach Norden wälzt und sich schließlich in den Baikalsee ergießt. Die Selenga müßte durch eine etwa 385 Meter lange Brücke überschritten und das zwischen der Selenga und dem Baikalsee liegende Chamar Daban-Gebirge auf 1385 Meter Länge durchtunnelt werden. Die Gesamtstrecke von Peking über Kalgan, Urga, Kiachta bis Myssowaja würde den Weg gegen die alte Trace über Charbin um fast 2000 Kilometer abkürzen. Von Peking nach Berlin fährt man auf der jetzigen alten, 11 200 Kilometer langen Strecke auf dem kürzesten Weg über Tscheljabinsk, Jekaterinenburg, Wjatka, Wologda, Petersburg, Wirballen länger als 13 Tage; nach Fertigstellung der mongolischen Bahn wird sich die Reisedauer auf der dann wohl auch schon vollständig 2gleisig ausgebauten sibirischen Bahn auf etwa 9 Tage verkürzen. Der Gesamtweg von Peking nach Berlin wird nur noch 9300 Kilometer betragen.

× ×

Südchinesische Bahnen

Die Peking-Hanku-Bahn wird über Hanku hinaus nach Kanton fortgeführt, das im Süden dicht am Meer unweit Hongkongs liegt. Von Hanku aus wird aber auch über Itschang nach der Provinz Setschuan eine Linie gebaut. Hanku ist der Endpunkt des auch für größere Seeschiffe fahrbaren Unterlaufs des Jangtsekiangs, so daß man es als Seehafen ansehen kann, obwohl es über 700 Kilometer vom Meer entfernt liegt. Oberhalb Hankus wird der Riesenstrom durch Stromschnellen unschiffbar, kann nur durch kleinere Dschunken befahren werden. Wochen- und monatelang können aber auch diese kleinen chinesischen Fahrzeuge nicht verkehren, so daß die Provinz Setschuan, deren eigentlicher Zufahrtsweg der Jangtsekiang ist, praktisch von den anderen Provinzen abgeschnitten ist. Dabei ist Setschuan die größte und bedeutendste innere Provinz Chinas. Sie ist etwas größer als das Deutsche Reich und von 80 Millionen Menschen dicht bevölkert. Nach Süden, Osten und Norden ist sie durch hohe Gebirge abgeschlossen, also nur im Westen offen, wo der Jangtsekiang abfließt. Die Bahn wird also die an Bodenschätzen reiche Provinz eigentlich erschließen und die betriebsame Bevölkerung mit den anderen Teilen des Reichs verbinden. Im Innern der Provinz ist der Jangtsekiang von Stromschnellen wieder frei und bildet mit vielen Kanälen gute Verkehrswege. Die Bahn durchzieht die Provinz Hu-pei, in der Hanku und Itschang liegen. Auch diese Provinz bietet der Bahn reichen Verkehr. Die Strecke ist noch nicht genau festgelegt; sie wird etwa 5 bis 600 Kilometer lang und ungefähr 60 Millionen Mark Baukosten verschlingen. Der Bau wird durch deutsches Kapital ausgeführt.

Auch die chinesische Jünnanbahn, die Haiphong am Golf von Tongking mit der Hauptstadt Jünnan der gleichnamigen chinesischen Südwestprovinz verbinden soll, nähert sich der Vollendung. Sie führt von Haiphong über Hanoi nach

Laokai an der chinesischen Grenze, ferner nach Mongtse in Jünnan über Panohi nach der Stadt Jünnan. Am 15. April 1909 war der Betrieb bis Mongtse eröffnet, am 17. Juli 1909 bis Panohi, 301 Kilometer von der Grenze bei Laokai entfernt. Trotz der Erdbebenstörungen wurde die Gleisstrecke bald bis zu 350 Kilometer von Laokai vorgeschoben und wird nun wohl bald ganz fertig werden. Die ganze Strecke ist 860 Kilometer lang. Bei Hanoi ist die Bahn durch eine 1680 Meter lange eiserne Brücke über den Roten Fluß an die nach dem Süden von Tonkin führenden Strecken angeschlossen. Das imposante Bauwerk (eine 1gleisige Eisenbahnbrücke mit 2 seitlich angebrachten Fußwegen) führt den Namen des frühern Gouverneurs von Französisch Indochina Doumer. Diese Brücke, deren Baukosten 4,8 Millionen Mark betragen haben, ist bereits März 1902 in Betrieb genommen worden.

× ×

Rheinbrücke Im Zug der Strecke Oberhausen-Hohenbudberg wird über den Rhein eine neue Eisenbahnbrücke errichtet werden. Der Bau wird demnächst in Angriff genommen. Die Brücke ruht auf 2 Strompfeilern, die in der Mitte durch eine 186 Meter weite Öffnung überspannt werden, an die sich zu jeder Seite eine 106 Meter weite anschließt. Auf dem rechten Ufer werden 18, auf dem linken 6 je 41 Meter weite Flutöffnungen angeschlossen. Die Strompfeiler werden zwar gleich 2gleisig erbaut, die Brücke aber vorerst 1gleisig eingerichtet. Jetzt bestehen bei Ruhrort bereits 2 Brücken: die gleichzeitig dem Fußgängerverkehr dienende Eisenbahnbrücke bei Hochfeld und die Straßenbrücke zwischen Ruhrort und Homberg.

× ×

Italien: Staatsbahnen Durch Gesetze aus den Jahren 1903, 1904 und 1905 wurden 6 große Projekte zum Ausbau der italienischen Staatsbahnen beschlossen; im Jahr 1908 traten eine Reihe anderer hinzu. Insgesamt wurden dafür 737 Millionen Lire Aufwand vorgesehen. Die wichtigsten dieser Projekte sind die Linien Rom-Neapel, Florenz-Bologna und Genua-Tortona. Namentlich das letzte Projekt ist für den Handel Liguriens und der Lombardei von großer Bedeutung, denn die zurzeit bestehende einzige Verbindung von Genua nach dem Norden genügt schon lange nicht mehr, um den Hafen von Genua und sein industriereiches Hinterland zu der erforderlichen Entfaltung zu bringen. Daneben ist geplant auf einer Reihe von Linien den elektrischen Betrieb einzuführen. Bisher ist noch keines der Projekte fertiggestellt worden.

× ×

Akkumulatorenbahnen Auf den Bahnstrecken Lauban-Görlitz-Kohlfurt und Lauban-Marklissa werden vom 1. Mai ab Akkumulatorenmotorwagen eingeführt werden. Die Ladestelle bezieht den elektrischen Strom zu billigen Preisen aus dem Elektrizitätswerk zu Maklissa. Dort besteht nämlich ein Talsperrenelektrizitätswerk, das den Strom zu günstigen Preisen liefern kann. Es ist zu bemerken, daß der Bahn während der Fahrt kein Strom zugeführt, sondern daß die ganze Betriebsenergie in den Akkumulatoren mitgeführt wird. Solcher Wagen sind jetzt auf den preußischen Staatsbahnen schon über 100 in Betrieb. Für die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe ist weniger der Strompreis ausschlaggebend als die Verschleißkosten der Akkumulatoren. Der Ersatz geschieht nach vertraglich mit Akkumulatorenfabriken vereinbarten Pauschalvergütungen.

× ×

Kurze Chronik Die Gesamtlänge der chinesischen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig 10 150 Kilometer, wovon jedoch nur 3100 unter chinesischer Verwaltung stehen. An der Betriebsführung auf den übrigbleibenden 7050 Kilometern sind 6 fremde Mächte beteiligt, und zwar stehen 1740 unter russischer, 1450 unter belgischer, 1130 unter japanischer, 1100 unter deutscher, 980 unter englischer und 650 unter französischer Verwaltung. × Ähnlich wie in New York sollen vom 1. Januar 1912 an alle Eisenbahnen in Chicago innerhalb eines Kreises von 13 Kilometer Halbmesser um das Rathaus elektrischen Betrieb erhalten. × Von der argentinischen Regierung ist die Andinobahn für 114,78 Millionen Mark in Gold an mehrere Gesellschaften verkauft worden. × Die längste elektrische Überlandbahn in Europa ist in Österreich fertiggestellt worden. Sie führt von Trient nach Malé und ist 60 Kilometer lang. Die Geschwindigkeit beträgt 35 Kilometer pro Stunde. × Eine Postuntergrundbahn wird für Berlin geplant.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN RENLÄNDER IN NEUBABELSBERG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON HANS DOHRN IN BERLIN